

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis
Wochenblatt 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Wochenblatt 28 Pfg. frei ins Haus
Wochenblatt 5 Pfg. Samstagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage
Die Neue Welt 10 Pfg.
Eingetragen in die Post-Zeitungsverzeichnisse
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat
Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Belagt für die Leihspalten Kolonnen...
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Nach Ablauf des Waffenstillstandes.

Sonntag noch haben die Vertreter der Großmächte Schritte in den Hauptstädten der Balkanstaaten unternommen und zur Fortsetzung der Verhandlungen geraten.
Vergänglich. Bulgarien hat geantwortet, die Verhandlungen könnten nur wieder aufgenommen werden, wenn die Türkei Adrianopel abtrete.
In letzter Stunde kommt nun die Nachricht von einem neuen Vermittlungsvorschlag der Londoner Botschafterkonferenz.

nahme der Feindseligkeiten unsere Friedensbedingungen nicht sofort annehmen sollte, dann werden wir territoriale und finanzielle Nachtragsforderungen stellen.
Wir werden einen Zugang zum Marmarameer verlangen und die von uns geforderte Kriegsschädigung erhöhen.
Im übrigen wird, keinen Anerbieten die Türkei auch machen wird, keinen Waffenstillstand mehr geben.

Ueber die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sagte Dr. Danew: Wir haben den Rumänen das Anerbieten gemacht, daß wir unsere Grenzen nicht befestigen wollen, ohne ihnen das Recht zu bestreiten, ihre eigenen Grenzen zu befestigen.
Wir haben ihnen sogar versprochen, die südlich von Silistria gelegenen übrigens wenig bedeutenden Forts zu schleifen.
Das ist ein entscheidender Beweis für unsere bona fides, das ist eine teilweise Preisgebung unserer Souveränitätsrechte, das bedeutet, daß wir dort eine militärische Inferiorität hinnehmen, das zeigt unvorderlich, daß wir keine bösen Absichten hegen.

Der Zwiespalt in der türkischen Armee.

Köln, 3. Februar. Nach einer Konstantinopeler Depesche der „Kölnischen Zeitung“ ließ Schükri Pascha, der Verteidiger Adrianopels, erklären, er werde nach Schluß des Krieges nach Konstantinopel kommen, um wegen der Ermordung Nazim Paschas abzurechnen.
Auch Marschall Fuad Pascha erkundigte sich nach dem Namen einer großen Anzahl von Offizieren, die wegen der Ermordung Nazims gestraft werden sollen.
Weiterhin fordert die kurdische Kavallerie der Selimje-Kaserne von Skutari die Hinrichtung der Mörder Nazims und weigert sich, die Befehle des Kriegsministers auszuführen, der sie auffordert, in ihre Heimatstädte zurückzukehren.

Verlagung der Botschafterkonferenz.

London, 3. Februar. Die Botschafter hatten 3 1/2 Uhr nachmittags auf dem Auswärtigen Amt eine Zusammenkunft mit Staatssekretär Grey, die nur eine halbe Stunde dauerte.
Der einzige Grund für die kurze Dauer der Zusammenkunft war der, daß tatsächlich nichts zu erledigen war.
Und die Botschafter kamen zu dem Entschluß, daß es zwecklos sei, vor Donnerstag wieder zusammenzukommen, wenn nicht ein besonderer Anlaß vorliege.

Eine österreichische Mahnung.

Wien, 2. Februar. Das „Freundenblatt“ schreibt: Im Interesse des Friedens und der auf die Beendigung des Kriegeszustandes gerichteten Bemühungen Europas ist es unbedingt notwendig, daß die Türkei, die sich in der Antwort auf die Kollektivnote der Mächte entgegenkommend gezeigt hat, auch dem Rate der Mächte sich vollkommen anschließt, da die Mächte nicht von der Auffassung abgehen werden, die sie in der Kollektivnote niedergelegt haben.
Andererseits werden die Mächte keinen Druck auf die Balkanstaaten ausüben, um sie zur Annahme der türkischen Vorschläge zu veranlassen, die ja bisher den Wünschen der Großmächte nicht vollständig entsprechen.

Die Türkei schießt nicht zuerst.

Konstantinopel, 3. Februar. Die türkischen Friedensbevollmächtigten haben Befehl erhalten, erst nach Wiedereröffnung der Feindseligkeiten von London abzureisen.
Eine offizielle Note erklärt: die türkischen Truppen seien angewiesen worden, nicht früher zu schießen, als bis die Bulgaren nach Ablauf der Mündigungsfrist des Waffenstillstandes zu schießen beginnen.
Die Porte hat es für nötig gehalten, diese Weisungen zu erteilen, damit die öffentliche Meinung überzeugt werde, daß die Verantwortung für den Wiederbeginn des Krieges ausschließlich auf die Verbündeten falle.

Der Abschluß des Prohaska-Schwindels.
Wien, 3. Februar. Der österreichisch-ungarische Konsul in Prinzend Prohaska ist abberufen und nach Südamerika versetzt worden.

Bulgarien und Rumänien.
Paris, 2. Februar. Der Korrespondent des „Temp“ in Bukarest will aus guter Quelle erfahren haben, daß in dem bulgarisch-rumänischen Streit eine Entspannung eingetreten und eine Verständigung als gewiß anzusehen sei.
Die Verständigung werde auf folgender Grundlage erfolgen; Rumänien werde auf die Abtretung mehrerer Punkte verzichten, bei welchen sich das bulgarische Nationalgefühl unanachgiebig zeigen würde, dagegen werde Bulgarien über die von Danew in London vorgeschlagenen Zugeständnisse hinausgehen und wahrscheinlich in größere Gebietsabtretungen an der Küste des Schwarzen Meeres einwilligen.
Die Festung Silistria würde geschleift werden, aber bulgarisch bleiben.
Die beiden Regierungen wünschen, daß das angestrebte Abkommen die Grundlage für eine dauernde Freundschaft bilden möge.

Vom „goldenen Boden“ des Handwerks.

Züngst ist im Verlage von Gustav Fischer, Jena, ein Werk erschienen, dessen Verfasser sich die interessante Aufgabe gestellt hat, das Einkommen der Handwerker im Stadtkreise Hannover zu ermitteln.
Die erzielten Resultate bestätigen von neuem, daß es mit dem „goldenen Boden“ des Handwerks sehr windig bestellt ist und daß die Tendenz zur Proletarisierung sich auch bei der Masse der großstädtischen Handwerksmeister feststellen läßt.
Leider hat sich der Verfasser darauf beschränkt, die Einkommen der Handwerker zu untersuchen.
Ein viel deutlicheres Bild des Handwerkdaseins hätte er erhalten, wenn es ihm möglich gewesen wäre, durch Aufnahme von Haushaltsrechnungen und Verbrauchstatistiken auch die Aufwendungen der Handwerksmeister für ihre Lebenshaltung zu ermitteln.
Eine solche Arbeit hätte gewiß ihre Schwierigkeiten gehabt und wäre nur bei einer beschränkten Anzahl typischer Handwerksbetriebe durchführbar gewesen, aber was schließlich bei Hunderten von Beamten- und Arbeiterhaushaltungen möglich war, wird sich auch bei selbständigen Handwerksmeistern ermöglichen lassen.

Als Material für seine Erhebungen hat der Verfasser die Daten der Steuerbehörde der Stadt Hannover genommen.
Er ist sich aber klar darüber, daß dieses Material nicht ganz einwandfrei ist, weil zweifellos die Steuererklärungen der Handwerker zum größten Teil das wirklich erzielte Einkommen nicht richtig angeben.
Man tut daher gut, bei den mitgeteilten Einkommenszahlen einen entsprechenden Aufschlag in Anrechnung zu bringen; Sachkenner halten einen Aufschlag von 10-20 Proz. für berechtigt.
Im ganzen wurden die Steuererklärungen von 4621 Handwerkern, also eine ganz erhebliche Zahl, benutzt.
Die Gewinnung des Materials geschah in der Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910.
Der Verfasser hat aber auch die Vermögen der Handwerksmeister nach den Ergänzungssteuerlisten untersucht.
Aufferdem hat er Angaben über die Einkommensverhältnisse der Gesellen und Lehrlinge gesammelt, sowie über deren Arbeitsverhältnisse Erkundigungen angestellt.

Merkwürdigerweise hat Dr. Vogel sich hierbei an „Vertreter der einzelnen wichtigeren Handwerke“, den Obermeistern der Zünfte nämlich, gewandt und dort Auskunft über die Lage der Gesellen und Lehrlinge eingeholt.
Diese Methode der Materialbeschaffung ist außerordentlich bedenklich, denn die Herren Meister haben ein Interesse daran, die Löhne und Arbeitsverhältnisse der bei ihnen beschäftigten Arbeiter möglichst günstig darzustellen.
Es war daher nötig, wenigstens durch Rückfrage bei den Arbeitern resp. deren gewerkschaftlichen Organisationen die Angaben der Zunftmeister zu kontrollieren.
Das ist unterblieben.

Die Untersuchungen Dr. Vogels ergeben nun ein sehr trauriges Bild der Einkommensverhältnisse der großen Masse der Handwerksmeister.
Das geht schon daraus hervor, daß von den 4621 selbständigen Handwerkern 4130, also fast 90 Prozent, unter 3000 M. Einkommen versteuerten.
Nur 491 Handwerker, 10,63 Prozent, haben ein Einkommen von mehr als 3000 M. angegeben.
Das ist ein recht ungünstiges Ergebnis.
Noch düsterer wird das Bild, wenn man zur Betrachtung der Einzelheiten übergeht.

Da ist zunächst die Gruppe der 4130 Handwerker mit unter 3000 M. Einkommen.
Der Verfasser hat hier die Frage nach dem typischen Einkommen durch die Ermittlung des sogenannten Medianwertes, also des Einkommensfußes, über den 50 Prozent der Handwerker nicht hinauskommen, während die anderen 50 Prozent nicht unter ihn hinabsinken, zu beantworten gesucht.
Er stellt darüber folgende Tabelle auf, worin der Medianwert durch Fettdruck hervorgehoben sei.

Es erzielten:
*) Einkommen der Handwerker im Stadtkreise Hannover, von Dr. Karl Vogel.

Der neue Vermittlungsvorschlag.
London, 3. Februar. Das offiziöse „Reuterische Bureau“ ist zu der Erklärung ermächtigt worden, daß Bulgarien durchaus bereit sei, den Vorschlag der Mächte anzunehmen.
Es ist damit einverstanden, daß ein Vertreter des Kalifen, der mit religiösen Hoheitsrechten ausgestattet ist, in Adrianopel, und zwar in dem Stadtteil, der die osmanischen Heiligthümer umfaßt, residieren soll, nachdem die Festung an die Verbündeten übergeben worden ist.

Die Auffassung in London.
London, 3. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Hoffnung, daß noch in letzter Stunde eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verhindert werden würde, ist allgemein aufgegeben worden.
In einem optimistisch gehaltenen Telegramm aus Sofia berichtet der Korrespondent der „Times“, dort sei man der Ansicht, daß eine gänzliche Demoralisation des türkischen Heeres bei Tschataldscha die Jungtürken in letzter Stunde zum Rückgehen bewegen werde.
Man glaubt in London, daß der Kampf, falls er ausbrechen sollte, auf alle Fälle nicht lange währen wird.

Aus Konstantinopel wird dem „Daily Telegraph“ berichtet, daß die türkischen Befehlshaber alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen und daß dieser mit einer Wildheit geführt werden würde, von der der erste Teil des Krieges keine Ahnung gebe.
Bemerkenswert sind die Ausführungen der „Daily Chronicle“, die meint, daß der Angriff der Bulgaren wahrscheinlich nicht auf die starke Festung Adrianopel mit ihrer disziplinierten Garnison erfolgen werde, sondern auf die demoralisierteren Truppen bei Tschataldscha.
Damit wäre die Möglichkeit der Einnahme Konstantinopels, die Vertreibung der Türken aus Europa und die Auflösung der türkischen Herrschaft in Asien gegeben.
Das Blatt fragt, ob es nicht Zeit sei, daß die beiden europäischen Mächtegruppen sich über das Schicksal der Türkei in Asien verständigten.

Die Intervention der Mächte in Sofia.
Sofia, 3. Februar. Die bei der bulgarischen Regierung unternommenen Schritte der Botschafter der Mächte hatten die Form eines freundschaftlichen Rates und waren keineswegs energisch gehalten.
Die Botschafter richteten an die bulgarische Regierung die Anfrage, welche Privilegien sie den Osmanen in Adrianopel zu bewilligen bereit seien, falls die Stadt von den Türken abgetreten würde.
Heute abend werden die Minister darüber beraten, welche Antwort den Mächten auf diese Frage zu geben ist.

Die bulgarische Kriegsankündigung.
Sofia, 3. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Wenn die Regierung um 7 Uhr abends nicht davon verständigt ist, daß die Türkei die Kollektivnote der Mächte unverändert annimmt, werden vor Adrianopel unverzüglich die Feindseligkeiten wieder beginnen.
Die Häfen Warna und Burgas werden für die Handelschiffahrt als geschlossen erklärt, da in der Nähe der beiden Häfen schwimmende Minen ausgelegt sind.

Neue Forderungen.
Paris, 3. Februar. Dr. Danew erklärte einem Redakteur des „Temp“: Wenn die Türkei nach der Wiederauf-

| Verlust | 2 selbständige Handwerker |
|--------------------|---------------------------|
| 0—420 M. Einkommen | 20 |
| 420—600 | 29 |
| 600—900 | 214 |
| 900—1050 | 405 |
| 1050—1200 | 743 |
| 1200—1350 | 427 |
| 1350—1500 | 612 |
| 1500—1650 | 292 |
| 1650—1800 | 337 |
| 1800—2100 | 412 |
| 2100—2400 | 285 |
| 2400—2700 | 188 |
| 2700—3000 | 164 |

4180 selbständige Handwerker

Hiernach wäre also ein Einkommen von 1350—1500 M. für die stadthannoverschen Handwerkermeister typisch. Diese Summe verschiebt sich auch dann nicht, wenn die Handwerker mit einem Einkommen von über 3000 M. mit berücksichtigt werden. Auch Dr. Vogel betont, daß das „außerordentlich gering“ ist, er glaubt aber das ungünstige Ergebnis durch den Hinweis verbessern zu können, daß dieses geringe Einkommen doch „durchaus nicht typisch, sondern vielmehr aus besonderen Umständen“ zu erklären sei. „Häufig werden wohl in dem Betriebsjahre, das für die Veranlagung in Frage kommt, mehr oder minder große Verluste vorgelegen haben, wie denn in zwei Fällen das Einkommen überhaupt ein negatives war. Oft handelt es sich auch um junge Selbständige und um Anfänger, die noch keinen angemessenen Gewinn erzielt haben. Endlich finden wir recht kleine Einkommen bei alten oder invaliden Meistern, deren Gewerbebetrieb einen ganz unbedeutenden Umfang hat und die wohl in der Hauptsache von ihren Angehörigen unterhalten werden.“

Diesen Unzulänglichkeiten können wir eine Beweisraft nicht zugestehen, denn umgekehrt werden sicher ebenso oft günstige Umstände das typische Einkommen nach oben beeinflussen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß in sehr vielen Fällen auch der Verdienst der Handwerkerfrauen in den angeführten Einkommenszahlen enthalten ist. Dr. Vogel führt 52 Fälle an, wo die Handwerkerfrauen durch allerhand Nebenbeschäftigung, durch Kleinhandel, als Aufwartefrau usw. das Einkommen des Mannes vergrößerten. In Wirklichkeit dürfte jedoch die Zahl der Handwerkerfrauen, die durch Verkäuferdienste im Geschäft des Mannes oder durch andere Arbeiten im eigenen Betrieb zum Einkommen beitragen, bedeutend größer sein.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Einkommen aller einzelnen Handwerker anzuführen; wir wollen uns daher auf einige wenige Fälle beschränken. Prozentual am günstigsten stehen mit ihren Einkommensverhältnissen da die Schornsteinfeger und die Gerber, die alle über 3000 M. Einkommen haben. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die ersteren ein privilegiertes Handwerk ausüben und die Gerber nur mit 1 selbständigen Meister vertreten sind, ein Schluß auf die allgemeine Lage des Gerberhandwerks also nicht gut gezogen werden kann. Dasselbe trifft für die Büchsenmacher zu, die nur durch 2 vertreten sind, von denen einer über 3000 M. verdient. Ein hohes Einkommen haben dann noch die Maurer. Von diesen erzielen 41,94 Prozent über 3000 M. Es folgen dann die Seiler mit 33 Prozent, die Goldschmiede mit 31 Prozent, die Fleischer mit ebenfalls 31 Prozent, die Konditoren mit 27 Prozent, die Zimmerer mit 26 Prozent, die Metallgießer mit 25 Prozent, die Steinhauer auch mit 25 Prozent und die Bäcker mit 22,97 Prozent.

Untersuchen wir nun noch, wie sich die Einkommensverhältnisse bei der Masse der Handwerker im einzelnen gestalten, den Bäckern, Fleischern, Barbieren, Klempnern, Malern, Maurern, Schlossern, Schneidern, Schuhmachern, Tapezierern und Tischlern. Von diesen stehen am günstigsten da, außer den Maurern, die Bäcker und die Fleischer. Der höchste Einkommensstatus wurde bei den Maurern gefunden. Nicht nur liegt der Medianwert am höchsten (in der Stufe von 2400—2700 M.), auch 65 von 155 Selbständigen, das sind fast 42 Prozent, haben mehr als 3000 M. steuerpflichtiges Einkommen. Ebenso ist es mit der Vermögenslage der Maurer. 65 Maurer haben Vermögen versteuert, bei 60 von ihnen konnte ein Vermögen über 6000 M. festgestellt werden; es betrug im Mittel 50 000 bis 100 000 M. Im ganzen hatten die 60 Maurer 6 161 655 M. Vermögen. Das ist in der Tat eine glänzende finanzielle Lage. Die Zahlen zeigen aber auch, wie enorme Gewinne die Boden- und Häuser speculation in der modernen Großstadt den Herren Maurermeistern in den Schoß wirft. Sie zeigen weiter, wie unberechtigt der Widerstand gerade der Maurermeister gegen die Lohnforderungen der Bauarbeiter ist.

Daß die Lage der Handwerkermeister aus dem Nahrungsmittelgewerbe, der Bäcker und Fleischer, günstig ist, ist allgemein bekannt. Die vorliegende Erhebung bestätigt das. Die Einkommensübersicht der 341 Bäcker zeigt einen Medianwert von 2100—2400 M. Bemerkenswert ist aber, daß rund 23 Prozent der Bäcker über 3000 M. Einkommen erzielen. Fast 56 Prozent der Bäckermeister sind zudem Hausbesitzer, was wohl die Art des Betriebes mit sich bringt. Bei den 271 Fleischern liegt der Medianwert ebenfalls in der Gruppe 2100—2400 M. Von diesen Handwerkern überschreiten fast ein Drittel (31 Prozent) ein Einkommen von 3000 M. und fast die Hälfte von ihnen (48,7 Prozent) haben ein oder mehrere Häuser. Ein Fleischer erreichte das höchste der bezeichneten Einkommen, bei nahe 50 000 M. Man sieht also, daß auch bei den teuren Viehdreien die Herren Fleischermeister immer noch ein einträgliches Geschäft zu machen verstehen.

Erheblich ungünstiger sind die Schlosser, die Klempner und die Maler gestellt. Die 105 Schlossermeister erzielten im Mittel 1650—1800 M.; nur 11,52 Prozent erzielten mehr als 3000 M. Einkommen. Bei den 134 Klempnern stellt sich der Medianwert auf 1500—1650 M.; nur 7,46 Prozent kommen höher als 3000 M. Die 351 Maler haben denselben Medianwert (1500—1650 M.); nur 7,41 Prozent haben mehr als 3000 M. Einkommen. Ein noch geringeres Einkommen haben die Tischler und die Tapezierer. Die ersteren (392 Meister) hatten ein mittleres Einkommen von 1350—1500 M. und nur 6,63 Prozent von ihnen haben mehr als 3000 M. Die 294 Tapezierer kamen nur auf 1200—1350 Mark und nur 4,02 Prozent über 3000 M.

Können schon die zuletzt aufgeführten Handwerker zu denen mit wahrhaft proletarischem Einkommen gerechnet werden, so erst recht die Barbieren, die Schneider und die Schuhmacher. Die 296 Barbieren erzielten im Medianwert 1200—1350 M. und nur 1,35 Prozent von ihnen erreicht ein Einkommen von mehr als 3000 M. Zweifellos hat dieses niedrige Einkommen seinen Grund in der großen

Zahl der kleinen selbständigen Existenzen, die auf eine bedenkliche Ueberfüllung dieses Handwerks hinweist. Die eigentlichen Proletarier unter den Handwerkern sind aber die Schuster und die Schneider. Sie erreichen im Durchschnitt das niedrigste Einkommen mit 1050—1200 M. 41 Schneider, das sind 7 Prozent, kommen nicht einmal über das Existenzminimum von 900 M. hinaus. Zimmerhin winkt wenigstens den Kapitalsträtigen Schneidermeistern die Möglichkeit, ein höheres Einkommen zu erzielen. Das sind aber nur verschwindend wenig, denn nur 3,69 Prozent verdienen über 3000 M. Nicht viel besser ist es mit den Gesellen bestellt. Davon arbeiten in Hannover 700—800. Diese leiden hauptsächlich unter einer überaus langen Arbeitslosigkeit, denn das Schneiderhandwerk ist vor allem Saisonhandwerk. Selbst Dr. Vogel gibt zu, daß der Geselle nach allen Erfahrungen durchschnittlich nur 7½ Monate im Jahre Beschäftigung hat. Die übrige Zeit ist er arbeitslos. Da ist es erklärlich, daß die in der Saison mitunter erzielten verhältnismäßig hohen Löhne arg zusammenschrumpfen, wenn man sie auf das Jahr umrechnet. Der Verfasser schreibt:

„Es ist nicht zu erwarten, was der Geselle in der stillen Zeit tut, ob er sich irgendwelche außerhalb seines Berufes liegende Beschäftigung sucht oder ob er tatsächlich — wie manche annehmen — die Ueberschüsse aus der guten Zeit auf die schlechte verteilt. Sehr wahrscheinlich scheint uns diese letztere Annahme nicht.“

Am unerfreulichsten ist das Bild bei den Schuhmachern. Nur 3 von 648, also noch nicht ½ Prozent, haben über 3000 M. Einkommen. Dagegen bleiben 119 oder 18 Prozent unter dem selbst vom Staat als notwendiger erachteten Existenzminimum von 900 M. Der Medianwert liegt in der Gruppe von 1050 bis 1200 M. Das Schuhmacherhandwerk steht somit am ungünstigsten von allen Handwerken da. Die Gesellen haben ein klein wenig höheres Einkommen als die Schneidergesellen. Nach den Ermittlungen Dr. Vogels kommen sie im Mittel auf 1200 M. (?), gegen 1150 M. bei den Schneidergesellen.

Im Ganzen betrachtet, bildet die Arbeit Dr. Vogels eine lehrreiche Illustration zum Zerfall des städtischen Handwerks. Die große Masse der Handwerker — daran ist selbst wenn man zu den mitgeteilten Einkommenszahlen noch einen Aufschlag von 20 Prozent rechnet, nicht zu zweifeln — lebt in durchaus unzulänglichen Einkommensverhältnissen. Mit dem so viel gerühmten „goldenen Boden“ des Handwerks ist es für die meisten Gewerbe endgültig dahin, und je weiter die kapitalistische, großindustrielle Entwicklung fortschreitet, desto weniger ist es den Handwerkern möglich, sich zu einer einträglichen Position emporzuarbeiten. Da quält man sich nun seit Jahrzehnten, durch allerhand Palliativmittelchen dem Handwerk auf die Beine zu helfen; der Erfolg ist so gut wie Null. Die meisten Handwerker leben noch immer unter kümmerlichen Daseinsbedingungen, die kaum besser, in vielen Fällen sogar ungünstiger sind, als die der städtischen Fabrikarbeiter. Statt aber den Handwerkern die Wahrheit zu sagen, suchen die Herren Mittelständler sie über ihre wirtschaftliche Lage zu täuschen. Die Sozialdemokratie ist erlicher. Sie zeigt den Handwerkern, wohin die Reise geht und daß es auch für sie keine andere Rettung gibt, als den Sozialismus. Untersuchungen von der Art der Dr. Vogelschen sind in all ihrer Unvollkommenheit die besten Beweise dafür, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Gegen Sozialdemokraten und Polen.

Unter diesem Zeichen fand auch der dritte Tag der Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern, die der Abg. Frhr. v. Jellly (R.) mit einem Klageschild über das Einbringen der Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen, namentlich in Schleswig-Holstein und Frankfurt a. M. eröffnete. Dort besteht bekanntlich kein Dreiklassenwahlrecht wie in den östlichen Provinzen, sondern ein allgemeines Justizwahlrecht. Herr v. Jellly aber will, daß auch dort das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wird. Dazuzielende Bestrebungen sind ja schon seit längerer Zeit im Gange, unsere Genossen werden deshalb aus den Jellly'schen Provokationen die richtige Lehre ziehen und dafür sorgen, daß jeder Anschlag auf ihr verhältnismäßig freies Wahlrecht zuhause bleibt. Das Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus spielte in der Rede des konservativen Führers eine untergeordnete Rolle. Natürlich verbreitete er sich auch über die beliebte Thema, aber nach den Ausführungen seines gelehrigen Schülers v. Kardorff vom Freitag blieb ihm darüber nicht mehr viel zu sagen übrig. Ist so mehr wettete er gegen den Reichstag, dem er die denkbar größte Misachtung entgegenbringt. Kein Wunder! Ist es ihm doch trotz krampfhaftester Anstrengungen bisher nicht gelungen, unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht irgendwo eine nennenswerte Stimmengahl auf sich zu vereinigen! Aber etwas höflicher hätte er trotzdem sein können. Sein Anspruch, der Beschluß des Reichstags habe für die preussische Polenpolitik so viel Bedeutung, als wenn er beschloffen hätte, die Sonne soll nicht mehr scheinen, zeugt nicht gerade von der guten Kinderstube, deren er und seine Freunde sich rühmen.

Wenig Aufmerksamkeit fand die Rede des Abg. Gronowski vom Zentrum. Wenn dieser sogenannte Arbeitervertreter die Tribüne bestieg, so weiß man, was er sagt; seine ganze Kunst erschöpft sich in namenlosen Verhörungen und Beschimpfungen der sozialdemokratisch gestimmten Arbeiter, und da er die gleiche Rede schon seit Jahren hält, so benutzte die Mehrheit des Hauses die gute Gelegenheit, sich in den Wandelgängen und Restaurationsdräumen zu erholen. Diesmal wurde die Erholungspause dadurch verlängert, daß nach Gronowski Herr Hammer das Wort ergriff, um in abertausenden Phrasen gegen die Sozialdemokratie zu toben, die Polizei gegen die Arbeiterbewegung anzukämpfen und das Dreiklassenwahlrecht als ein mittelstandsfreundliches Wahlrecht anzupreisen. Und dieser Herr läßt sich beleidigt, wenn man ihn nicht ernt nimmt.

Nachdem der Pole Seyda die begründeten Beschwerden seiner engeren Landsleute zur Sprache gebracht hatte, die der Minister v. Dallwitz wie immer als nicht berechtigt bezeichnete, hielt als dritter Freisinnredner Herr Schupp eine Schaulustrede der Art, wie man sie von diesem durch konservative Hülsen in den Landtag gewählten „Fortschritt“mann gewöhnt ist. Von Ausnahmeseiten wollte er nichts wissen, dafür besah er den eigenartigen Gesichtsausdruck, jene „geistige“ Verämpfung der Sozialdemokratie zu verherrlichen, durch die Herr Eugen Richter sein politisches Renommee zu ruinieren verstanden hat. Bezeichnenderweise verwahrte Herr Schupp den Fortschritt auch lebhaft gegen den von Stroffer geäußerten furchtbaren Verdacht, daß der Freisinn am Ende doch noch bei der bevorstehenden Landtagswahl mit der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis treffen könne.

Dem folgenden Redner, unserem Genossen Liebknecht, sollte dann wieder einmal das Wort abgeschrieben werden. Aber das Zentrum scheute sich diesmal doch, bei dem Geldstücklein mitzumit, eilige seiner Abgeordneten erhoben sich zwar für den

Schlussantrag, duckten sich dann aber, wie Herr Schmedding, auf sozialdemokratische Zwischenrufe hin wieder schleunigst nieder. Dagegen gelang es dem Zentrum bei der Gegenprobe — die bei dem zweifelhafte Resultat erfolgte — nicht, einige besonders beleibte Mitglieder trotz physischer Hilfeleistung zum Aufstehen zu bringen. Demnach fiel der Schlussantrag, so daß Liebknecht noch einmal eine gründliche Abrechnung mit den blauen Schorfmachern vornehmen konnte. Er sprach den Kardorff, Jellly und Groeben den freudigen Dank der Sozialdemokratie aus, für ihre prächtige agitatorische Unterstützung zur Aufpeitschung der Volksmassen und überhäufte diese Beschüßer der armen terrorisierten „Arbeitswilligen“ mit beizendem Hohn. Aber Liebknecht unterzog auch die ganze innerpolitische Lage einer scharfen Analyse, wobei er besonders die Reichstagsdrängungsgelüste des Zentrums auf ihre arglistig reaktionären Motive hin untersuchte.

Mit einer Flut persönlicher Bemerkungen endete die Generaldebatte. Doch dürfte am Dienstag die Debatte über die Landräte und die Polizeiverwaltungen noch zu mancherlei Nachlese Veranlassung geben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Februar 1913.

Herrenhaus kontra Wassergesetz.

Das ist natürlich nicht etwa so zu verstehen, als ob das Wassergesetz gestern im Herrenhaus abgelehnt worden wäre. Schließlich ist es doch keine Wahlreform oder so ein Teufelsblödsinn. Aber es legt, wie der Graf Mirbach-Sorquitten mit großer Deutlichkeit feststellte, dem heiligen Privateigentum Beschränkungen auf! Und für wen geschieht das Unerhörte? Für ein sogenanntes Gemeinwohl? Doch schöner! Darüber kann die einstimmige Annahme durch das andere Haus der doch wahrlich nicht Gemeinen nicht hinweghelfen, umso mehr, als das höchstbedenkliche zu verzeichnen ist, daß auch die Sozis mit dem ganzen Dreiklassenhaus für das Gesetz gestimmt hatten. Der Sorquittener also lehnte es ab und bedankte sich überhaupt für die Tortur der viel zu vielen gesetzlichen Hürden. Das heißt noch, daß er in seinem Stall anschlagen müßte: Graf Mirbach wird bestraft, wenn er das und das tut oder nicht tut. Sonderbar malt sich in diesem blondbärtigen Kopf die Welt!

Auch die Oberbürgermeister, wenigstens der Krefelder, Dr. Johansen, wollen nichts von dem Gesetz wissen, das nur neue Prozeßgelegenheiten schaffen werde.

Aber schließlich nahm man doch 183 Paragraphen an; nur änderte man einiges, sodaß das Abgeordnetenhaus sich nochmals damit zu befassen haben wird.

Morgen Dienstag, Weiterberatung.

Die Verschleppungsstatistik in der Elektrifizierungskommission.

Die Elektrifizierungskommission hat zehn Sitzungen darauf verwendet, endlose Diskussionen zu führen und durch immer neue Anträge die Zeit zu vertrödeln, ohne zu einem abschließenden Resultat zu gelangen. Trotz aller Erhebungen, Beschichtigungen und Debatten ist das Resultat der Beratung ein negatives geblieben. Die Kommission ist schließlich bis auf weiteres vertagt worden! Nochmals soll die Frage erörtert werden, ob nicht der Zweckverband Groß-Berlin an den Kosten beteiligt werden kann. Auch will man zunächst beobachten, welche Folgen eine Tarifierhöhung bei verbesserter Dampfheizung hervorruft. Da die Stromlieferung nicht durch ein privates Werk erfolgen sollte, hätte sich die Regierung bereit erklärt, ein eigenes Kraftwerk anzulegen. Aber auch das gab den Verschleppungsstatistern in der Kommission nur den Vorwand, neue Experimente zu fordern; es soll jetzt der gemischte Betrieb erprobt werden, eine Verbindung staatlicher Organe mit privaten Unternehmungen. Schließlich verlangte man noch Versuche mit einer allerneuesten Lokomotive.

Bemerkenswert und für die zielbewusste Opposition des Zentrums charakteristisch ist seine Forderung, die Tarifserhöhung sofort einzuführen, um beurteilen zu können, ob und welche Abwanderung dadurch von den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen erfolgt und ob sich dann die elektrische Betriebsform noch lohnt!

Zunmer krasser tritt hervor, daß es den Gegnern der Elektrifizierung lediglich auf Verschleppung der ganzen Angelegenheit ankommt. Teils aus Gründen eines politischen Schachergeschäfts — das Zentrum könnte ja die Verpfehlung der Fortbildungsschule einhandeln — teils aus Rücksichten materieller Natur. Wohl noch nie ist eine Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses so stocktaub gegen alle Erklärungen der Regierung und so skeptisch gegen die Befundungen aller ihrer Sachverständigen gewesen, wie die Elektrifizierungskommission. Und während man so tut, als trage man Bedenken, ein erhebliches Kapital falsch anzulegen, spricht letzten Endes aus allen junferlich-kerikalen Bedenken hauptsächlich der Haß gegen den Wasserkopf Berlin, dessen nächtliche Freuden doch auch so mancher stramm staatsbehaltende Konservative und fromme Zentrumsmann zu schämen weiß!

Die Selbstlosigkeit des Dreiklassenparlamentes.

Diese vom Minister anerkannte Eigenschaft wird dem hohen Hause nicht von allen Staatsbürgern zugeschrieben. Prof. Andreas Voigt an der Akademie in Frankfurt a. M. läßt sich über diesen Punkt in seinem Buche „Mathematische Theorie des Tarifwesens“, in denen er die Schönheiten mancher Tarife überhaupt und die des preussischen Einkommensteuertarifs im besonderen untersucht, also vernehmen. S. 37. (Es ist davon die Rede, daß der Steuertarif grundsätzliche Verstöße gegen die Progression enthält, dann heißt es wörtlich weiter): „Uebrigens rührt ein Teil der Verschleppungen von parlamentarischen Kommissionsbeschlüssen her. Die Regierungsvorlage war formal insofern besser als der definitive Tarif, als in ihr die Progression bis 30 000 M. Einkommen fortschritt. Hier freilich mit 3 Proz. abbrach. Das Festhalten des dreiprozentigen Steuertarifes gerade auf den Stufen, an denen die Mehrheit der Parlamentarier interessiert war, läßt den Gedanken kaum unterdrücken, daß diese auch ihren eigenen Vorteil nicht ganz aus dem Auge verloren haben.“

Ebbe in der Kasse des Reichverbandes.

Dem Reichverband gegen die Sozialdemokratie muß es sehr elend gehen. Es ist bekannt, daß eine begüterte Dame in Böhmen der österreichischen Sozialdemokratie 150 000 Kronen vermacht hat. Voller Behmut nimmt der Reichsverband in Nr. 3 seiner Korrespondenz von dieser betrüblichen Kunde Notiz und preßt sich folgenden Schmerzensschrei ab:

„... Keuchst setzen läßt man in den Zeitungen, daß eine Persönlichkeit, die mit Gläubigern im Uebermaß begünstigt war, eine wirklich große Summe für einen nationalpolitischen Zweck vermacht hätte. Damit würde das finanzielle Rückgrat von Organisationen, die den Kampf gegen die

Gewerkchaftliches.

Freibeutertum im Arbeitgeberverbande.

Außer den Arbeitern drohen die Herrschaften vom Arbeitgeberverband auch den Lieferanten mit der Hungerpeitsche. Sie suchen nach berühmten alten Mustern ihren Kassen, mit denen es nicht am besten zu stehen scheint, durch einen organisierten Raubzug auf die Taschen der Kaufleute aufzuhelfen. Der „Arbeitgeberverband für das Maler-, Anstreicher- und verwandte Gewerbe in Rheinland und Westfalen“ versendet an die Lieferanten dieses Rundschreiben:

„Sehr geehrter Herr!

Der Beginn eines neuen Geschäftsjahres steht bevor und damit die Erneuerung der Ihnen bekannten Vorzugsarten. Trotz des Beschlusses des Händlerverbandes, keine Karten abzunehmen, ist der Erlös noch in diesem Jahre so hoch gewesen wie in diesem Jahre. Es zeigt dies einmal von einer strengen Disziplin unserer Mitglieder, die unsere Parole: „Ohne Vorzugsarte keinen Auftrag“ immer mehr befolgen; zum anderen von einer erfreulichen Einsicht unserer Lieferanten, die durch Lösung der Karten befreit haben, daß sie hierdurch mitarbeiten wollen an einer Gesundung und Gesunderhaltung unseres Gewerbes.

Diese Herren haben eingesehen, daß die durch Tarifverträge dem Erwerbe vom Arbeitgeberverband erkämpfte Ruhe auch ihnen zugute kommt, indem durch Streiks und Ausperrungen verurlichte Arbeits- und damit Materialausfälle wegfallen, unsere Kollegen hierdurch weiterhin finanziell genützt werden und ihren Verpflichtungen weit besser nachzukommen vermögen, wie eine durch Streiks und Ausperrungen geschwächte Arbeiterschaft. Ganz besonders gilt dies im kommenden Frühjahr. Am 15. Februar laufen bekanntlich die Tarifverträge ab und die Gewerkschaft, die in den letzten Jahren sowohl in numerischer wie finanzieller Beziehung außerordentliche Fortschritte gemacht hat, wird nach den bisher bekannt gewordenen exorbitant hohen Forderungen zu urteilen, alles versuchen, uns und damit auch unsere Lieferanten zu schädigen. In diesem Kampfe gehören Händler und Wassermeister, die ein gleiches Interesse an dem Wohlergehen des Gewerbes haben, zusammen und ein Beitrag zur Rückkehr des Arbeitgeberverbandes durch Lösung der Vorzugsarten ist deshalb sicherlich kein unbilliges Verlangen.

Da wir eine Liste aller derjenigen Lieferanten, die Vorzugsarten bezogen und diejenigen, die Karten nicht bezogen haben, drucken lassen, um sie jedem einzelnen unserer Mitglieder zu stellen zu können, bitten wir uns auf heiligender Postkarte angeben zu wollen, wieviel Karten Sie für 1913 benötigen und auf welchen Namen die Haupt- und eventuell Nebenkarten auszustellen sind. Jede Firma muß erst im Besitz einer Hauptkarte zu 20 M. sein, die für weitere Bezüge Nebenkarten zu je 10 M. ausgestellt werden können. Da uns im vergangenen Jahre häufiger Klagen zu Ohren gekommen sind, wonach Reisende infolge der gleichen Karten der Jahre 1911 und 1912 Mißbrauch getrieben haben, haben wir für 1913 graue Karten als Hauptkarten und dunkelblaue Karten als Nebenkarten herstellen lassen.

Sollten wir bis zum 15. Dezember d. J. nicht im Besitz Ihrer Bestellung sein, so dürfen wir wohl annehmen, daß Sie keine Karten wünschen. Mit der Verkaufsbereitigung des Bezirks IV der Vereinigten deutschen Tafelglasfabriken sind Verhandlungen im Gange über Erneuerung des mit demselben getätigten Vertrages, wonach Vorzugsarten von den Mitgliedern der Vereinigung nicht verlangt werden dürfen.

Sollten Sie bisher Vorzugsarten von uns nicht bezogen haben, und aus dem Vorstehenden deren Berechtigung nicht erkennen, so sind wir gerne bereit, Ihnen kostenlos die Broschüre „Weshalb soll jeder Lieferant eine Vorzugsarte haben“ zuzusenden.

Zu der Hoffnung, bald von Ihnen zu hören, zeichnet in vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Maler-, Anstreicher- und verwandte Gewerbe in Rheinland und Westfalen, E. S. C. Wenner, Vorsitzender, Dr. Geislich, Syndikus.

Aus dem Brandbriefe geht hervor, daß die Lieferanten sich diesem unerlaubten Zwange fügen. Was sollen sie auch schließlich tun? Die Konkurrenz ist groß und es ist nicht zu erwarten, daß sich ein Staatsanwalt findet, der auf diese an Erpressung grenzenden Praktiken die Handhaben des Gesetzes anwendet. Anders läge die Sache, wenn es Arbeiter wären, die auf einem solchen Wege zu einem Kriegsschiffe zu kommen suchten. Da würde der öffentliche Ankläger nicht lange auf sich warten lassen. Aber erinnert sich in diesem Zusammenhange nicht, welcher Apparat von Staatsgewalt oft in Bewegung gesetzt wurde, wenn die Arbeiter mal eine harmlose Sammlung veranstalteten?

Nichtsdestoweniger bleibt dieser Ausweg der Unternehmer, zu einem Kampfbündnis zu kommen, blamabel. Unter keinen Umständen ist er geeignet, der Mittelschicht Achtung oder gar Respekt vor der Unternehmerorganisation beizubringen! Der vom Standpunkt der Bismarckzeit beklagten Umstand, daß smarte Handelsreisende mit den aufgezogenen Karten „Mißbrauch“ getrieben haben, zeigt schon, wie lässig die Brandstiftung empfunden wird. Es muß da allerdings die Frage entstehen: Wenn schon die Vorzeigung einer vorjährigen Karte als „Mißbrauch“ bezeichnet wird, welcher Ausdruck ist dann für das Vorgehen der Arbeitgeberverbände am Platze?

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Die am 16. Januar gescheiterten Verhandlungen wurden gestern wieder aufgenommen. Unter dem Vorsitz des Freiherrn von Zelewski traten die Parteien im Abgeordnetenhaus zusammen. Es wurde eine sehr ausführliche Generaldebatte gepflogen, die hauptsächlich auf die Frage des Absterbens der abzuschließenden Verträge und auf das Maß der von den Unternehmern zu gewährenden Arbeitszeitverkürzung sich erstreckte. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Tarifbewegung in der Delaturbranche.

Für die in der Berliner Delaturbranche beschäftigten Arbeiter ist unter Mitwirkung des Einigungsamtes des Berliner Gewerkschafts nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen der Arbeiter und der Vereinigung der Delaturantibesitzer Berlins ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe sieht für alle Beteiligten eine Lohnaufbesserung von 1 M. pro Woche vor. Außerdem sind vorgegeben eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde, Regelung der Bezahlung der Ueberstunden für Arbeiter, sowie Verbesserungen des Urlaubsverhältnisses. Der neue Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1913.

Deutsches Reich.

Der Streik bei der Hamburger Hochbahn erfolgreich beendet.

Die allgemeine Beteiligung der Hochbahnangestellten am Streik hat diesen sehr schnell einen Erfolg gebracht. Am 1. Februar wurde der Betrieb notdürftig mit Aufsehern und Sitzednarbeitern aufrecht erhalten. Abends 7 Uhr stockte er völlig. Die Angestellten riefen schließlich die Leitung des Transportarbeiterverbandes zur Vermittlung an. So kam noch am späten Abend des 1. Februar

eine Verhandlung zwischen einer Kommission der Angestellten und der Direktion zustande. Die Direktion erklärte sich schriftlich bereit, die vorgelegten Forderungen zurückzunehmen. Die Wieder-einstellenden müssen erklären, nicht gegen die Gesellschaft agieren zu wollen. Die Strafverfügungen sollen eingehend geprüft werden. Bis Mitte Februar soll die Antwort auf die Gehaltsforderung vorliegen; die Direktion wollte sich erst Mitte März dazu äußern. Diese Zugeständnisse wurden von den Angestellten angenommen. Am Sonntag um 11 Uhr vormittags verkehrten die Hochbahnzüge wieder jahresplanmäßig.

Die Direktion ist das Opfer des bekannten Schanzmachereitums geworden, daß die Fernhaltung oder Vernichtung jeder Organisation der Arbeiter das Unternehmertum vor Heber-raschungen sichere. Es handelt sich bei dem Ausstand in Hamburg um einen sogenannten „wilden“ Streik. Das streikende Personal ist zum größten Teil unorganisiert, da die Direktion nur Nicht-organisierte einstellte und ihren Angestellten den Anschluß an die Organisation aufs strengste verbot. Die Gründung einer sogenannten Fürsorgekasse, zu der die Angestellten ganz enorme Beiträge zahlen sollten, die sie natürlich bei ihren geringen Gehältern nicht aufzubringen vermochten, hatte unter den Angestellten eine große Unzufriedenheit und Erregung hervorgerufen und schließlich ein Vorgehen der Angestellten verursacht. Diesen Vorstoß hat die Direktion mit der Maßregelung von 10 Angestellten beantwortet, die ein Vorgehen an die Direktion unterzeichnet hatten. Die Nachricht von der Maßregelung bewirkte, daß die Angestellten mitten in der Nacht zum Sonnabend ihre Tätigkeit einstellten und daß im Laufe dieses Tages auch die übrigen sich auf einige Werkstätten-arbeiter und des Aufsichtspersonals bis ebenfalls dem Streik anschlossen. Nun mußte sich die Direktion dazu bequemen, mit dem Deutschen Transportarbeiterverband zu verhandeln, der daraufhin die Forderungen des Personals vertrat und neben einer allgemeinen Lohnerböschung die Anerkennung der Organisation forderte.

Die „heiligsten Güter des Vaterlandes“.

Der konservative Abgeordnete Stroffer rief im Abgeordnetenhaus am Sonnabend nach einem Geset zum Schutze der Arbeits-willigen, um die „heiligsten Güter des Vaterlandes“ zu verteidigen. Von welcher Art diese „heiligsten Güter der Nation“ sind, kann man jetzt wieder an der Ausperrung in der Manganindustrie zu Königberg studieren. Eine Reihe Streikbrecher sind immer noch mit Dolchen und Revolvern bewaffnet, obwohl sie bereits wiederholt großes Unheil angerichtet haben. Dieser Tage hat ein 22 Jahre alter Hingebroder wieder eine Schießerei veranstaltet. Er befand sich in einer Kneipe und benahm sich hier ungebührlich; schließlich zog er einen schatzgeladenen Revolver hervor und bedrohte damit die Gäste. Er wurde aber veranlaßt, die Waffe einzustechen. Darauf ergriff er jedoch ein Bierglas, schlug damit einem Monteur ins Gesicht und zer-schmetterte dem Manne das Nasenbein! Hierauf ergriff der brutale Burche die Flucht; er wurde jedoch verfolgt. Als ihm seine Verfolger hart auf den Fersen waren, zog er wiederum seinen Revolver und feuerte einen Schuß ab. Die Angel-kreiste den Hut eines Mannes und richtete glücklicherweise sonst keinen Schaden an. Wie leicht aber hätte hier ein Menschenleben vernichtet werden können. Die Staatsanwaltschaft wurde nunmehr einem Schutzmänn übergeben, der sie zur Polizeiwache schaffte. Und solche Elemente werden als die „heiligsten Güter des Vaterlandes“ bezeichnet. Für sie wird noch ein größerer gesetzlicher Schutz verlangt.

Achtung, Schiffszimmerer! Auf der Werft von Caesar Wollheim in Cöbel bei Breslau sind sämtliche Holzschiffbauer wegen Lohnrückständen ausständig geworden. Die Schiffszimmerer aller-orts werden dringend ersucht, den Zugang von Schiffszimmerern nach Breslau streng fernzuhalten.

Das Schicksal einer Hirsch-Dunderschen Tabakarbeiter-gesellschaft.

Unter dieser Spitzmarke wird der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Vor einiger Zeit gründete eine Anzahl Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Tabakarbeiterverbandes unter Führung des Zentralvorsitzenden Stephan und des Generalsekretärs Hoff eine Tabakarbeitergesellschaft mit dem Sitz in Heidelberg. Die Herstellung der Zigarren sollte in Hohenheim (Baden) geschehen. Das Unternehmen wurde ins Leben gerufen „auf Grund der traurigen Arbeitsverhältnisse“, wie auf Drängen arbeitsloser Mitglieder des Gewerkschafts der Zigarren- und Tabakarbeiter. Nachdem man nun einige Wochen in Hohenheim fabriziert hatte, kam eines Tages der Generalsekretär und erklärte den verbliebenen Arbeitern, die Filiale solle nach Leimen (Baden) verlegt werden. Unter den Gründen, die nach seiner Angabe zu diesem Schritt veranlaßt haben sollten, verdient der eine besonders hervorgehoben zu werden, daß in Leimen die Arbeits-löhne billiger seien als in Hohenheim, mit unter sogar 1 M. pro Mill! Daß durch dieses Vorgehen die Hohenheimer Ortsgruppe des Hirsch-Dunderschen Verbandes völlig durcheinander gekommen ist, verriet sich am Rande. Aber man fragt sich unwillkürlich: Wie ist so was möglich? Auf der einen Seite will man durch die Gründung der Gesellschaft die traurigen Arbeitsverhältnisse verbessern und verlegt zu dem Zweck die Gesellschaft an einen Ort mit noch billigeren Arbeits-löhnen als in Hohenheim! Auf der anderen Seite will man arbeitslosen Mitgliedern des Gewerkschafts Arbeit geben und wirft sie dann nach kurzer Zeit mitten im Winter wieder auf die Straße. Decarige Manipulationen haben mit gewerkschaftlichen Prinzipien wenig zu tun.

Die Blätter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften täten gut, in der Öffentlichkeit darzulegen, wie es sich mit diesen Vorgängen verhält.

Eine Bewegung für den Neunstundentag.

Ein größerer Kampf steht in dem kleinen Städtchen Großsch bei Leipzig bevor. Die Arbeiter aus fünf Betrieben haben an den Verband der Schuhmacher den Antrag gestellt, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Verhandlungen leiteten die Unternehmer in Großsch ab, sie beauftragten jedoch den Industrie-Schuhver-band (Sitz Dresden) mit der Führung der Unterhandlungen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da die gemachten Zugeständnisse der Unternehmer zu gering waren. Sie machten folgendes Angebot: Die Arbeitszeit (bisher im Winterhalbjahr 58 1/2 Stunden, im Sommerhalbjahr 59 1/2 Stunden, zwei Betriebe 58 1/2 Stunden) bleibt bestehen. Am 1. Juli 1913 tritt eine Verkürzung auf 58 Stunden ein. Nachdem von den Vertretern der Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß ein solches Angebot unbillig sei, wurde ein weiteres Angebot gemacht, ab 1. April 1914 die Arbeitszeit auf 57 1/2 Stunden zu beschränken. Die Verkürzung soll lediglich an Sonnabenden eintreten, an den übrigen Wochentagen soll die zehnstündige Arbeitszeit bestehen bleiben. Für dieses Zugeständnis wurde von den Arbeitgebern gefordert, auf Ansuchen der Fabrikanten an drei Sonntagen im Jahr zu arbeiten und für zehn Ueberstunden auf den Zuschlag zu verzichten. Wie zu erwarten, lehnte eine Versammlung der Arbeiter diese Vorschläge fast einstimmig ab. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Kündigung am 1. Februar einzutreten und auf die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit bestehen zu müssen. Sollten die Fabrikanten auf ihrem Standpunkt verharren, ist eine Arbeits-niederlegung unvermeidlich, die circa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen wird. Arbeitsangebote von den Schuhfabriken in Großsch sind zurückzuweisen.

Der Bauhofslosterer in Stuttgart ist von den Unternehmern gefündigt worden. Im Jahre 1911 kam es nach einem mehrwöchentlichen sehr erbittert geführten Streik zum Abschluß eines Tarifs.

Der am 1. April dieses Jahres abläuft. Der Streik hat damals den Christlichen eine weidlich ausgenützte Gelegenheit, sich als Streik-brecherlieferanten an groß zu etablieren, wobei sie sich noch eine ungeheure Wamoge zuzogen, da die sozialistisch herbeigeleiteten Streik-brecher die eingearbeiteten tüchtigen Gesellen nicht ersetzen konnten. Jetzt haben die Unternehmer den Tarif gefündigt, wahrscheinlich in der Absicht, das Bestehende noch einwärts zu revidieren. Das dürfte ziemlich schwer werden, und wenn die Unternehmer aus der letzten Tarifbewegung nichts gelernt haben, so müßten sie eben nochmals gezwungen werden, einzuliegen, daß organisierte Arbeiter eine einmal erzwungene Position nicht so leicht preisgeben. Die Tarifkündigung im Schloßergewerbe Stuttgarts durch die Unternehmer läßt aber darauf schließen, daß auch an anderen Orten und in anderen Bauhandwerken die Unternehmer aggressiv gegen die Arbeiter vorgehen gewillt sind. Hinter dem Angriffplan steckt wohl niemand anders als der Unternehmerverband für das Baugewerbe.

Ausland.

Streik von Schiffsoffizieren.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Dampfer-Compagnie Abre hatte ihren Offizieren eine Gehaltssteigerung zugesagt, indessen diese nicht ausbezahlt. Am Sonnabend meigerten sich nun die Offiziere des Dampfers „Kanada“, der mit 500 Passagieren zur Ausreise nach New York bereit war, den Hafen zu verlassen. Sie fordern Inzuffizienz des Reglements für Schiffsoffiziere, das infolge des letzten Ausstandes der eingeschriebenen Seeleute ausgearbeitet wurde und von den übrigen Schiffsgesellschaften angewendet wird. Der Streik zieht jetzt weitere Kreise. Am Montag sind die in Havre stationierten Dampfer „Mauretania“ und „Madonna“ von ihren Offizieren verlassen worden. Die Streikenden wollen sich mit ihren Kollegen von dem Dampfer „Kanada“ solidarisch erklären. Einigungsversuche waren ohne Erfolg.

In der amerikanischen Stahlindustrie steht ein Riesenaufstand bevor. Obgleich der Stahltrust vorbeugend einige Lohn-erhöhungen bewilligte, hat der Verband der Stahlwerkarbeiter einen Aufruf zu einem Generalstreik in den Holzwerken des Trusts im Bezirke Pittsburg erlassen. Wenn es nicht noch vorher zu einer Einigung kommt, würden 40000 organisierte Arbeiter in den Aus-stand treten. Die Arbeitsniederlegung soll noch in dieser Woche erfolgen.

Siegreicher Eisenbahnerstreik.

Die Angestellten der Canada-Pacific-Bahn haben einen Streik siegreich durchgeführt. Es sind ihnen infolgedessen höhere Löhne bewilligt worden.

Letzte Nachrichten.

Triands Stellungnahme zur Wahlreform.

Paris, 3. Februar. (W. T. B.) Ministerpräsident Triand empfing heute eine Abordnung des Komitees der republikanischen Vereinigung für die Wahlreform und erklärte, er werde vor der Senatskommission und vor dem Senat für die Hauptbestimmungen des von der Kammer angenommenen Entwurfs eintreten. Die Änderungsanträge über die weniger wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs werde er annehmen, vorausgesetzt, daß die Vertretung der Minderheiten gesichert bleibe. — Vor der Senatskommission gab Triand dieselbe Erklärung ab, worauf die Kommission fast einstimmig beschloß, ihre früheren Beschlüsse aufrechtzuerhalten.

Die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich?

Sofia, 3. Februar. (W. T. B.) Der „Mir“ weist die Vorwürfe zurück, daß die Bulgaren mit übertriebener Hast handelten. Diese Vorwürfe, so schreibt das Blatt, sind nicht verdient. Denn die Langsamkeit in den Verhandlungen, die dem Lande ungeheure Opfer, die selbst die des Krieges über-treffen, auferlegte, durfte nicht ins Unendliche fortgesetzt werden. Es genügt, daran zu erinnern, daß Bulgarien wegen der Halsstarrigkeit der Türkei mehr als eine halbe Million Mann auf dem Kriegsfuß erhält, um die Notwendigkeit der von der Regierung getroffenen Entscheidung zu verstehen. Da die Türkei der Kollektivnote der Mächte nicht nachgegeben hat, konnte niemand von den Mächten verlangen, daß diese zu Zwangsmassnahmen gegenüber der Porte ihre Zusucht nehmen. Die Wiederaufnahme des Krieges ist daher unaus-bleiblich. Und dann wird es sich nicht mehr um das Wilajet Adrianopel handeln, sondern es wird nur von Konstanti-nopel und den Dardanellen zu sprechen sein.

Türkische Klagen.

Paris, 3. Februar. Der türkische Delegierte Reschid Pascha erklärte einem Sonderberichterstatter des „Matin“: Niemals ist ein Besiegter mit größerer Härte behandelt worden. Wir haben keinerlei Beweise von Sympathie erhalten, keinen Akt der Unparteilichkeit gesehen, kein Wort der Freundschaft gehört. Vac victis, das war der einzige Ruf, der an unser Ohr klang. Europa wird die Haltung, die es uns gegenüber beobachtet hat, noch bedauern. Der Friede, den es uns aufzwingen will, wird ihm später einmal teuer zu stehen kommen.

Serbische Hilfe gegen Skutari.

Turazzo, 3. Februar. Von der serbischen Armee wurden hier gestern 1300 Mann mit reichlichem Proviant eingeschifft. Man nimmt an, daß sie sich nach Alessio begeben, um sich mit den anderen Streitkräften zu vereinigen, gegen Skutari vorzu-rücken und gemeinsam mit den Montenegrinern zum Sturm gegen die Stadt vorzugehen.

Serbisch-bulgarische Verständigung.

Belgrad, 3. Februar. (W. T. B.) „Togovinski Glasnik“ er-fährt, daß zwischen Serbien und Bulgarien ein neues Einver-nehmen getroffen worden sei, wonach Bulgarien für die großen von der serbischen Armee im bulgarischen Interesse in Thrazien und vor Adrianopel gebrachten Opfer territoriale Kompensa-tionen in Mazedonien an Serbien erteilt habe.

Explosionskatastrophe.

Bern, 3. Februar. (W. T. B.) In Seebach bei Zürich er-folgte heute nachmittag in der Fabrik der elektrischen Werke eine gewaltige Explosion. Während der Fabrikdirektor Kühne damit beschäftigt war, einen Versuch mittels Wasserstoffgases vor-zunehmen, explodierte der Rezipient, wobei Kühne getötet wurde. Das Fabrikgebäude wurde durch den Brand völlig zerstört. Der Sachschaden wird auf 100 000 Fr. geschätzt.

Gestrandeter Dampfer.

London, 3. Februar. (W. T. B.) Der große Frachtdampfer „Haddonhall“ ist auf der Fahrt von Liverpool nach Kapstadt in der Saldanha-Bay (Südafrika) auf den Strand geraten und befindet sich in gefährlicher Lage. Drei Eingeborene sind er-trunken. Die Mannschaft soll in Sicherheit sein.

Zwei Kinder ertrunken.

Eisenburg, 3. Februar. (W. T. B.) In Dodelwitz sind die acht Jahre alte Tochter des Lehrers Buzum und die ein Jahr ältere Tochter des Fabrikbesizers Bunge auf dem Eise ertrunken und ertrunken.

Abgeordnetenhaus.

124. Sitzung. Montag, den 3. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Holz.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Dritter Tag der allgemeinen Besprechung.

Abg. Febr. v. Jellig (H.): In der Eingemeindungsfrage sind Rechte der Stadt Berlin durch die ihr entgegengelegten Entscheidungen der höheren Selbstverwaltungsbehörden nicht verletzt worden. Der Kreis Teltow hatte gewichtige Gründe zur Ablehnung. Mit der Verlegung des Wohnungspolizeigebietes hätte sich der Oberpräsident mehr beeilen können. Die Hauptpolizei war seinerzeit der Stadt Berlin angeboten, aber sie hat den richtigen Zeitpunkt, zuzugreifen, veräumt, indem sie die gerechtfertigten Bedingungen der Staatsregierung ablehnte. (Sehr wahr! rechts.) Gewiss muß die Wohnungspolizei ausgebaut werden. Von einem Stillstand der Gesetzgebung für die innere Verwaltung, von Rückständigkeit usw. ist keine Rede. Eine nützliche Wirkung der Sozialdemokratie im Berliner Rathaus kann höchstens in ihrer Gegnerschaft gegen den Fortschritt liegen, aber sonst ist das immer stärkere Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretungen höchst gefährlich und das ist besonders in Schleswig-Holstein zu befürchten, wo nicht das Dreiklassenwahlrecht besteht, ebenso ist das in Frankfurt a. M.

Da muß überall das bewährte, sichere, altpreussische Dreiklassenwahlrecht eingeführt werden.

(Weißfall rechts. Lachen links.) An dem Auswachen der Sozialdemokratie ist die unerhörte liberale Steuerhege schuld. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Reichstagsbeschluss hat für unsere Polenpolitik so viel Bedeutung, als ob er beschlossen hätte, die Sonne soll nicht mehr scheinen. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts. Hört! hört! links.) An dem revolutionären Charakter der Polenbewegung kann gar kein Zweifel sein. Die innere Kolonisation in der Ostmark ist ein Kulturwerk ersten Ranges. Leben und Kultur steht heute dort dank Preußen auf einer ganz anderen Höhe als in der glorreichen polnischen Republik. (Sehr wahr! rechts und bei den National-Liberalen.) Der Reichstag hat sich einen schweren Hebergriff über seine Befugnisse, einen Eingriff in unsere Verfassung, das Zurück, auch im Interesse des Reichstages, den ein Eingreifen in die Rechte der Bundesstaaten nur herabziehen könnte. Wir wahren damit die Interessen auch der anderen Bundesstaaten, denen der Reichstag als ein unitarischer Konvent sehr unangenehm werden könnte. (Zustimmung rechts. — Abg. Hoffmann: Das fürchten Sie!)

Der Reichstag hat nicht zu verwalten, er macht alljährlich Hunderte Gesetzesparagrafen und hat die übliche Gewohnheit, über alle Dinge Resolutionen zu fassen. (Abg. Hoffmann: Versor den Reichstages!) In der Wilhelmstr. 70 und auch sonst fehlt es an Männern, die selbstbewußt genug sind, sich dem Parlamentarismus nicht anzupassen; diesen Männern fehlt natürlich die Fähigkeit, die Sozialdemokratie zu überwinden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das können Sie wohl!) Ich bin weder Reichs-Langler noch Staatssekretär des Innern. Herr Delbrück hätte sich sagen müssen, daß seine verwunderliche Erklärung über das Wohnungsgezet, die als Flucht in die Öffentlichkeit aufgefaßt worden ist, zu Mißverständnissen Veranlassung geben würde; hat sie doch in der Tat zu Gerüchten über einen Gegenfall zwischen Delbrück und Dallwitz, über Krisen in der Reichsleitung und ähnlichen Dummheiten geführt.

Darüber, daß gegenüber anderen Arbeitern ein gewaltiger sozialdemokratischer Terrorismus herrscht, besteht gar kein Zweifel. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Wenn bei einem einzigen Streik 1700 Fälle von Verhaftungen wegen sozialdemokratischer Streikterrors vorgekommen sind, so ist das ein Beweis von ganz unglaublichem Terrorismus. In dem Abg. Cassel hat die Demokratie selbst den juristischen Schwachsinn betäubt, wenn ihm die Zahl der Verurteilungen nicht die Notwendigkeit gesetzlicher Bestimmungen noch vor der Strafgesetzschrift beweist. Wir dürfen die Arbeitswilligen nicht einem Koalitionszwang preisgeben. Die Gewerkschaften bekämpfen wie wir, so lange sie sich nicht zu ihrem eigenen Vorteil von dem

sozialdemokratischen Unkraut befreien. (Abg. Dr. Liebknecht: Sie reden ja Quatsch!) Die Gewerkschaften sollten für Streikschäden haftbar sein. Im sozialdemokratisch verwalteten Stanton Basel hat man das Streikpostensuchen verboten. (Abg. Liebknecht: Ist ja falsch!) Da wird das doch auch bei uns möglich sein. Die National-Liberalen des Reichstages lassen es an der nötigen Schärfe gegen die Sozialdemokratie fehlen. Ich hoffe, daß die Schwärmerie des nationalliberalen Abgeordneten Maurer für die süddeutsche Volkstrankheit des Großbodens vereinzelt bleiben wird. (Abg. Hoffmann: Notlosler!) Ich bedauere die Haltung des Reichstagszentrums. (Zuruf von der Mitte: Die Zukunft wird uns recht geben!) Noch nie ist eine Partei, mit der man ein Stichwahlbündnis ein Jahr zuvor geschlossen hat, so wegworfend mißtrauisch behandelt worden, wie der Fortschritt vom Sozialdemokratischen Freuentag. (Abg. Hoffmann zur Volkspartei: Erst verfolgt er die National-Liberalen, jetzt Sie!) Das ist das denkbar schlimmste laudische Joch. Demokratisierung soll gegen die Sozialdemokratie helfen? Und Baden? — Gegenüber dem demokratischen Aufsturm des Südens muß unsere Eigenart aufrechterhalten werden und zu unserer Eigenart gehört unser Wahlrecht! Die Neuordnung des Wahlrechts darf nur so erfolgen, daß es auf lange Jahre hinaus dem demokratischen Aufsturm standhält. Zwei Grundgedanken müssen bei der Reform des Wahlrechts festgehalten werden: die Stimmen müssen noch ihrem wirklichen Gewicht gewertet und der Einfluß des Mittelstandes muß gestärkt werden. Es wäre eine Negation der Gerechtigkeit, wenn man Ungleiches durch ein gleiches Wahlrecht als gleich bewertet. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Gronowski (Z.): Herr Kardorff bemerkt ich, daß die Zentrumspartei stets nur nach ihren Grundfragen und nach sorgfältiger Gewissensforschung zur Abstimmung schreitet. Die Herren v. Kardorff und v. Jellig sind entsetzt, daß der Reichstag sich mit preussischen Angelegenheiten befaßt hat. Dann sollten sie selbst doch nicht in solcher Weise, wie sie getan, sich in Reichsangelegenheiten mischen. Damit dient man nicht dem Zusammenarbeiten von Reich und Staat. Herr v. Jellig nennt das Enteignungsgezet eine nationale Notwendigkeit. Aber es ist nichts weiter als eine Anleihe bei dem sozialdemokratischen Partei-programm. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir halten die Polenpolitik für verderblich und verfehlt; wer die Macht hat, soll sie nicht mißbrauchen. Sehen Sie doch nach Portugal, was da alles unter der Firma „Staatswohl“ geschieht. Durch Ausnahmegesetze schaffen Sie nur Märtyrer, bei den Polen sowohl wie bei den Sozialdemokraten. Herr v. Kardorff und Herr v. Jellig verlangen härteren Schutz der Arbeitswilligen und wollen deshalb das Streikpostensuchen verbieten. Das wäre nur ein Privileg für die Fabrikanten und Unternehmer. Das Koalitionsrecht ist nicht antwortbar, wenn als äußerstes Mittel nicht der Streik erlaubt ist. Und wie wollen Sie die Arbeitswilligen schützen, die gegen ihren Willen ausgepeinert werden. In solchen Fällen sollte der Regierungspräsident vernünftig eingreifen, nicht aber, wie es geschieht, zur Gründung gelber Gewerkschaften auffordern. Die gelben Gewerkschaften sind nur Puppen in der Hand ihrer Vorgesetzten. — Herr Liebknecht verweigert sich dagegen, daß die Sozialdemokratie ordensfeindlich sei. Nur ihre Feindschaft gegen die Kirche und das Christentum ist ja notorisch; in Düsseldorf haben erst jetzt wieder die Sozialdemokraten sich gegen die Anstellung katholischer Krankenschwestern gewandt. — Der Abg. Hirsch hat selbst zugegeben, daß sozialdemokratischer Terror vorkommt. Gerade dieser Terror ist schuld, wenn heute im Bürgertum Stimmung für ein Ausnahmegezet vorhanden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Was soll denn Ihr Spiel mit der Generalstreikidee? Arbeiter gewinnen Sie dadurch nicht, aber das Bürgertum verärgern Sie. (Zustimmung im Zentrum.) Sie haben den großen Ruhrbergarbeiterstreik mit seinem Gefolge von Rot und Mend heraufbeschworen, getragen von dem Gedanken, das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu einem Exerzierplatz für sozialdemokratische Wuchtgeleite zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Hirsch berief sich darauf, daß bei dem Dynamitattentat in Aßeln unter den acht Angeklagten sich nur ein gewerkschaftlich organisierter sozialdemokratischer Arbeiter befand. Aber wir klammern uns nicht an die Ziffer. Der Geist, den Sie durch Ihre revolutionäre Presse in die Arbeiterschaft hineintragen, muß geradezu solche Verbrechen hervorgerufen. (Zustimmung im Zentrum.) Die Schuldigen der Terrorattentateprozeße sitzen in den

Redaktionen, und diese Leute haben die Strafen mitverdient. (Weißfall rechts.)

Abg. Hammer (L) verteidigt den Kreis Teltow und die Provinz Brandenburg gegen den Abg. Cassel. Berlin wird sehr gut behandelt. Was hat der Kreis Teltow alles für Lasten! Den Autoverkehr Berlin-Potsdam, den Teltowkanal, die Krankenhäuser! Da sollen wir uns die zahlungsfähigsten Gemeinden entziehen lassen? Der Oberbürgermeister von Berlin muß seinen selbstgefälligen Ton aufgeben. Hat er sich etwa wirklich beim Minister über den Landrat, seinen Kollegen, beschwert? Warum will man den Berliner Beamten und Lehrern verbieten, im Vorort zu wohnen? Ein Wohnortgesetz ist nötig, sagt die Strafkreditkommission, der Herr v. Vögler angehört; auch der Arbeitswilligen gehört nicht erst ins neue Strafgezet. Handwerkerbriefe an mich äußern sich entrüstet über Dr. Delbrück, der gegen die Sozialdemokratie nicht mehr aufzutreten mag, seitdem er mit ihr die zu ganz fürchterlichen Folgen führende elfjährige Verfassung gemacht hat. Ueberhaupt ist die ganze Haltung Dr. Delbrücks ganz außerordentlich merkwürdig. Der Redner erwähnte dann verschiedene Terrorismussfälle, in denen die Gerichte verlag hätten, oder wo ein Koalitionszwang ausgeübt worden sei. Der „Vorwärts“ beschlößt doch auch fürstlich Halberstädter Wärschen! Der Baseler sozialdemokratische Regierungspräsident hat keine Verzeigung über den Terrorismus seiner Genossen geäußert. Da muß geleglich eingegriffen werden. Wir brauchen auch mehr Gendarmen. Warum hat man in Moabit nicht schon am ersten Tag Karabiner gegen das feige, aufgeregte Gefindel ausgegeben? Nur energisch zuzugreifen, dann ist gleich Zug in der Kolonne! Der Vergleich zwischen Reichstags- und Landtagsleistungen beweist die Güte unseres Wahlrechts, wo nicht der fünf- undzwanzigjährige Zufahrt ebenso Wähler ist wie der erste Beamte. Das Dreiklassenwahlrecht liefert eine großartige Mittelstandsmehrheit. Der Mittelstand wünscht kein geheimes Wahlrecht. Wer es ehrlich meint mit dem Mittelstand, muß das Dreiklassenwahlrecht aufrechterhalten! (Weißfall rechts.)

Abg. Dr. Seyda (Kole) spricht über die Lastenverteilung zwischen Gutsbezirken und Landgemeinden und schildert Schikanierungen der politischen Bevölkerung durch Verwaltungsbehörden, darunter auch die Wahl in Schweg. Die Runderheiden des Deutschen Wahlausschusses gingen im Einverständnis mit den Behörden darauf aus, durch plamphigere Fernhaltung und Ausschließung der politischen Wähler von der Wahl die Wahl zu fälschen, so daß der Landrat v. Halem schon zweimal zu Unrecht als gewählt proklamiert wurde. Hält der Minister diesen Landrat des Vertrauens der Kreis-eingeweihten für würdig?

Der Redner führt des weiteren Klage über eine schändliche und gesetzwidrige Handhabung des Vereinskredits. Durch all solche Dinge werde die politische Bevölkerung in Erregung gesetzt, die durch die Anwendung des Enteignungsgezetes noch gesteigert wird.

Minister des Innern v. Dallwitz: Daß die bei der Wahl des Landrats v. Halem vorgekommenen Unregelmäßigkeiten nicht gerügt worden sind, ist unzutreffend. Es ist auch unrichtig, daß der Landrat v. Halem diese Unregelmäßigkeiten beanlagt oder auch nur um sie geworbt hat. Von den Runderheiden bei der Landratwahl nichts gewußt, sie werden ja der Reichstag beschuldigen, es hat keinen Zweck, hier weiter davon zu sprechen.

Der Minister spricht dann über die Geschichte des nationalen Boykotts in Polen, der schon nach 1863 von der polnischen Liga, ja schon 1849 betrieben sei. Die Enteignung war doch 1908 prinzipiell entschieden, da hätte die Erregung austreten können. Da der Verkauf von polnischen Gut an Deutsche als Vollverrat hingestellt wurde, mußten wir zur Enteignung greifen. Lassen Sie Ihre Agitation, dann werden wir zu solchen Maßregeln nicht gezwungen sein. (Sehr gut! rechts. Wohl bei den Polen.)

Die Billigung gelber, d. h. nationaler Gewerkschaften, durch einen Regierungspräsidenten, die der Abgeordnete Gronowski getadelt hat, vermag ich nicht zu mißbilligen, denn sie sind, ebenso wie christlichen Gewerkschaften ein Gegen-gewicht gegen die Sozialdemokratie. (Weißfall rechts.) — Dem Reichstag wird die Konfessionierungspflicht der Kinos vorgeschlagen werden. Hoffentlich beschließt er sie.

Abg. Dr. Schepp (Sp.): Die Berliner Lehrer und Beamten dürfen aus Gesundheits- und anderen Rücksichten auch außerhalb Berlins wohnen. Die Vororte sind ihren Beamten auch vor, daß sie dort wohnen müssen, was will also Herr Hammer? Wenn kräftige Vorstöße à la Kardorff die Sozialdemokratie umbringen könnten, müßten

Reserve auf. So passiv er früher war, so stürmisch wird er jetzt und stößt dabei natürlich überall auf zähen Widerstand. Die Kleine von seinen Worten im Innern verlegt, zieht sich Scheu und Irrede in sich zurück. Ein paar Jahre streichen in einem Leben völliger Entfremdung hin; da bricht, nachdem Serdan die letzten Vermittlungsversuche des fremdlichen Abbe abgewiesen, bei einem leidenschaftlichen Streit der Eltern die schwächliche, herzlose Florence ohnmächtig zusammen; und auf dem Krankenbett, in den Schauern des nahenden Todes entringt sich ihr vor dem erschütterten Vater das Bekenntnis, daß sie nach langem Widerstande sich zu seiner Ueberzeugung durchgerungen, sie werde ohne Glauben an einem Gott und ein Jenseits. Ihre letzten Worte sind eine Bitte an die Eltern, einander verzeiht in Liebe die Hand zu reichen. Amalie Wagner fand in der Rolle der Florence, vor allem in diesen Szenen des letzten Aktes, die so leicht und glatt Lar-mohante hätten fallen können, Töne überraschend echter stürzender Naturwahrheit. Die anderen Figuren waren gut besetzt. —

Notizen.

— Das Theater des Westens wird nunmehr am Donnerstag, 7 1/2 Uhr, und zwar mit der Operette „Die beiden Husaren“ wieder eröffnet werden.

— Der Kapellmeister Guarneri von der Wiener Hofoper hat seinen Posten ohne Kündigung aufgegeben. Daraufhin wurde der große Mann über ihn verhängt; d. h. er wurde für kontraktbrüchig erklärt. Keine Wähe, die dem Direktorenverbande angehört, darf ihn wieder anstellen. Diese Proklamierung eines Künstlers charakterisiert das ganze Sklaventum unserer Bühnenverträge. Guarneri hat wiederholt um seine Entlassung gebeten, weil man seine künstlerischen Forderungen nicht erfüllte — aber die Direktion bestand auf ihrem Schein. Will umgekehrt eine Direktion einen Künstler vor der Zeit loswerden, so hat sie Mittel genug. In Berlin z. B. winkt S. M. mit dem Finger und Paat geht.

— Neue Dramen. Strindbergs bekanntester Roman „Das rote Zimmer“, mit dem er seine literarische Karriere eröffnete, ist (wohl mit des Dichters Zustimmung) dramatisiert worden und soll nächstens in Stockholm aufgeführt werden. Solche nachträglichen Dramatisierungen bekannter Romane haben sich in der Regel nicht als Gewinn für die Bühne erwiesen. Man denke nur an Zola.

— Der schwedische Erfinder Laval ist im 68. Lebensjahre in Stockholm gestorben. Die bekannteste seiner Erfindungen ist die überall verbreitete Milchzentrifuge.

— Siegfried bei Kronprinzess. Im „März“ wird folgende „wahre Geschichte“ erzählt: Partensiraden. Nodelbahn. Kronprinzess. Schneejuden. Eine alte Sänesjüdin zu ihrem Sprößling: „Och, Siegfried, zum kleinen Prinzen, sag: Königliche Hoheit, wie alt bist du?“ Siegfried geht. „Königliche Hoheit, ich soll fragen, wie alt Du bist.“ „Sechs Jahre, Du frecher Judenjunge.“

Kleines feuilleton.

Der größte Bahnhof der Welt. Demnächst wird der neue Leipziger Hauptbahnhof seinen Namen, der größte Bahnhof der Welt zu sein, an Amerika abtreten und sich damit begnügen, bis auf weiteres der größte Bahnhof Europas zu sein. In New York soll der monumentale Neubaubau eingeweiht werden, der künftig als der New Yorker Zentralbahnhof ein Denkmal bildet für das gewaltige Wachstum des amerikanischen Verkehrswezens. Zusammen mit den Kosten des Grundstücks, das eine Fläche von 82 Hektar umfaßt, hat diese monumentale Anlage alles in allem rund 600 Millionen Mark gekostet. Weder die neue noch die alte Welt hat ein ähnlich gewaltiges und zugleich auch wirklich großartiges Gebäude aufzuweisen. Der Bahnhof umfaßt zwei Stockwerke, auf dem oberen laufen auf 42 Schienenpaaren die Schnellzüge ein, auf dem unteren auf ebensoviel Schienenpaaren die Vorortzüge. Die mächtige Halle bietet 1043 Eisenbahnwagen eine gedachte Unterkunft. Die Anordnungen sind so getroffen, daß die Passagiere sich erst dann auf die Perrons begeben, wenn die Züge wirklich einlaufen; bis dahin halten sie sich in den mächtigen Warterhallen auf. Es ist nicht oft, daß sich bei amerikanischen Eisenbahnen die Gewaltigkeit der Dimensionen mit einer harmonischen Schönheitswirkung vermählt, aber bei diesem Bauwerke haben die Architekten auch nach den Aufzügen nichtamerikanischer Kritiker dieses hohe und seltene Ziel erreicht. Der Bau ist fast ausschließlich aus Stein und Stahl errichtet. Der Höhepunkt der Raumwirkung wird in der großen Zentralhalle, der Warterhalle für das Publikum, erreicht. Hier erstigt der Majestät der Dimensionen, wird an einen riesenhaften Dom erinnert und lauscht erstaunt dem weit hin hallenden Echo. Die Deckenwölbung ermöglicht eine luftvolle Abtönung des Lichtzustandes; man hat das Gefühl ausgenutzt, daß die Dede in ihrer Beleuchtung den Eindruck eines innerlichen Raumes erweckt. Inmitten dieses weiten Raumes scheint nun ein Bild des Himmels zu schweben. Die Wirkung wird hervorgebracht durch zwei breite Goldstreifen. Die Streifen verbindlichen den Aquator und die Ekliptik; und zwischen ihnen gruppieren sich 2500 Sterne von verschiedener Größe. Die größeren unter ihnen, die die Sternkonstellationen wiedergeben, werden elektrisch erleuchtet.

Eine kinematographische Studiengesellschaft wurde am Sonntag in der Trepow-Sternwarte begründet. Die Hauptziele dieser Gesellschaft sind: Die Herstellung von wissenschaftlichen Unterrichts- und Kulturfilmen zu fördern und gleichzeitig die Bereidung der Volkserhaltungsfilme herbeizuführen. Auch soll ein Filmarchiv über die wertvollen Aufnahmen auf wissenschaftlichem Gebiete angelegt werden, endlich wird beabsichtigt, ein kinematographisches Museum, das alle Erzeugnisse der Kinoindustrie enthält, ins Leben zu rufen. Besondere Preise sowie Stipendien sollen zu Neuschaffungen anregen. — Zahlreiche Gelehrte nahmen an der Sitzung teil. Zum Vorsitzenden wurde der Direktor der Trepow-Sternwarte Dr. Archenhold gewählt, der auch Ausschluß über die Ziele der Gesellschaft gab.

Nach der geschäftlichen Auseinandersetzung wurden einige interessante Filmbilder und Diapositive gezeigt. Dr. Archenhold erläuterte astronomische Diapositive und Filmbilder, Prof. Eberlein bewies an Hand eines Filmbildes, daß sich der Kinematographie auf dem Gebiete der Tierheilkunde segensreiche Bahnen öffnen; Prof. Glayel zeigte sehr interessante Diapositive aus dem Reiche der Bakterien; Dr. Regener entzerte reichen Beifall durch Vorführung der Schokoladen- und Margarinefabrikation und Prof. Kormis zeigte und erklärte äußerst lehrreiche schuhhygienische Filmbilder. — Der Studiengesellschaft sind bereits wissenschaftliche Filmbilder für das Museum überwiesen worden; zum Ausbau des Museums sind auch schon namhafte Beträge gezeichnet.

Theater.

Neues Volkstheater (Versuchsbühne): „Feindliche Seelen“, Schauspiel von Paul Jacinthe Lohjoh. Lohjoh, der, früher selbst katholischer Geistlicher, in der modernistischen Bewegung eine hervorragende Rolle spielte, schildert in diesem vor fünf Jahren in Paris zum ersten Male aufgeführten Stücke den Kampf eines Freidenkers und Gelehrten um die Seele seines in den Bahnvorstellungen des Katholizismus aufgewachsenen Töchterchens. Man wird zugeben müssen, daß die Umsetzung des typischen Konflikts in ein didaktisch-individuelles, das verborgene Gesicht intimer seelischer Beziehungen aufdeckendes Gebilde dem Autor nicht gelungen ist. Den Personen, vor allem dem Freidenker selber, fehlt es an Hintergründen und Nuancen, sie erscheinen zu sehr als bloße Einbildungen des allgemeinen Standpunktes, den sie zu vertreten haben. Die Diskussionen überwuchern. Auch kommt man von dem Eindrud nicht los, daß dieser Ungläubige, der doch ein eminenten Forscher sein soll, in seinem Streben, Florence aus den Schlingen fanatischer Aberglaubens zu befreien, recht wenig Intelligenz beweist. Wenn er dem Kinde, für dessen seelische Gesundheit er fürchtet, näher kommen wollte, dann war es sicher das Verlehrte, ihrem katholischen feinen Altheisten-Ratechismus unermittelt gegenüberzustellen. Was soll das arme Wesen im Widerstreite solcher Dogmen anfangen? Hätte es nicht genügt, die schlummende Denkraft im Kind allmählich anzuregen, sie auf die Grenzen, die Wissen und Glauben scheiden, hinzuweisen und so Entwicklungsprozesse in ihr einzuleiten, die dann notwendig die Grundlagen naiv anstehender Befangenheit zerhören müßten? Daß sie Denken lerne, den Mut gewinne, Maßstäbe freien Denkens auch an die fromme Ueberlieferung anzulegen; darauf konnte es ihm verständigerweise doch allein ankommen. Freilich hätte bei solchem Verhalten seines Feindes der Verfasser auf manche seiner theatralischen Pointen verzichten müssen.

Indes bei allen Einwürfen, die so erhoben werden können, hat das Werk durch die Bewußtseinheit des dargestellten Konflikts den freizeithlichen Sinn, in dem es ihn behandelt, und die fälle sozial-karakteristische Streiklichkeit, ganz zweifellos ein starkes Interesse und fand beim Publikum, das zum großen Teil aus Mitgliedern der Neuen Freien Volkstheater bestand, lebendigen Widerhall. Daniel Serdan hat in langjähriger Ehe mit seiner Frau niemals über Glaubensdinge gesprochen, auch gegen die geistliche Erziehung seines Kindes zunächst nichts einzuwenden gehabt. Erst die Symptome krankhafter Frömmelheit, die er, von einer langen Forschungsreise heimgekehrt, bemerkt, rüttelt ihn aus seiner schweigenden

Die die „Tag“-Artikel des Freiherrn v. Redlich folgern gemacht haben. Bei der gegenwärtigen äußeren Lage dürfte es nicht zu empfehlen sein, daß sich ein Teil des Volks als Bürger zweiter Klasse sieht. Die Sozialdemokratie lebt von den Fehlern ihrer Gegner. So als Leffendorff die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Eisenachern, als die Umsturzvorlage den Parteifreien um die Agrarfrage beiseite. Gegen ein Verbot des Streikpostens steht das auch der frühere bayerische Minister v. Landmann in der „Deutschen Juristenzeitung“ ausgesprochen, dem Sie doch gewiß nicht Neigung für die Sozialdemokraten zutrauen werden. Auch Graf Sadowitz erklärte, die Sozialdemokraten würden nicht durch Solinger Klängen, sondern durch solonische Weisheit überwunden werden. — Daß wir bei den Landtagswahlen mit den Sozialdemokraten zusammengehen werden, ist eine höchstwillige Behauptung des Abgeordneten Maurer; die auf unserem Preuentage gefasste Resolution und die dort vom Abg. Fischel gemachten Ausführungen beweisen deutlich, daß wir nicht unter das laubdünne Joch kriechen werden. — Auf die Klagen des Abgeordneten Wente über Übergriffe schlesischer Amtsvorsteher meinte der Minister, sie seien frei erfunden und hier nur aus Agitationszwecken angebracht. Das ist ein ganz unerhörter Vorwurf (Redliches Sehr richtig! bei der Volkspartei), zumal der Minister die vom Kollegen Wente selbst erlebten Fälle gar nicht untersucht hat. — Ueber den Wahltermin in Teltow-Weeslow erklärte der Minister keine Zustimmung geben zu können und Herr v. Pappenheim rief dazu: Das schloß noch. Der Minister hat aber dem Parlament Aufklärung zu geben. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Unter dem öffentlichen Wahlrecht leidet besonders der Mittelstand; geben Sie, wenn Sie dem Mittelstand dienen wollen, ein geheimes Wahlrecht, das auch die Schule im liberalen Sinne vorwärts bringt. (Weisfall bei der Volkspartei.)

Minister v. Dallwig erklärt, daß dem Abg. Dr. Schupp diese Kritik an seiner Erwiderung auf Wente nicht zu stehe. (Lebhaftes Wohl links. — Abg. Wente: Was, dem Volksvertreter soll eine Kritik am Minister nicht zu stehen? — Unruhe.) jawohl, nicht zu stehen. Der Minister wiederholt dann seine Ausführungen gegen den Abg. Wente, daß dieser ihm seine Klagen vorher mitgeteilt hätte, wenn es ihm um sachliche Prüfung statt um Bekundung seiner Abneigung gegen die Amtsvorsteher oder um Agitationsbedürfnisse zu tun gewesen wäre. Da er das nicht getan, so sagte ich weiter, wäre sein Material vielleicht so beschaffen, wie das des Abg. Koranyi vor zwei Jahren, das sich dann als ganz unbrauchbar erwies. Ich habe also gegen den Abg. Wente nicht den Vorwurf erhoben, den mir Abg. Schupp zuschreibt. (Weisfall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Konservativen, Freikonservativen (mit Ausnahme des Freiherrn v. Redlich) und einiger Zentrumsmitglieder und Nationalliberalen abgelehnt. Die große Mehrheit des Zentrums stimmt gegen den Schlußantrag.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Fast alle Redner sind über die Sozialdemokratie hergefallen, und da ist es bezeichnend, daß die Herren von der Rechten es versucht haben, und die Erwiderung abzuschneiden. Aber das ist ja bei Ihnen schon Gewohnheit. (Redner ist bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich. — Vizepräsident Krause lingelt wiederholt, um Ruhe herzustellen. — Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Die können sich noch gar nicht beruhigen über ihren Reinsfall!) Die Sozialdemokratie hätte sich nicht träumen lassen, daß sie ein solches Glück

haben würde, solche Agitationsreden von ihren schärfsten Feinden hier zu bekommen, wie von den Herren v. Kardorff, v. Redlich, Graf Groeben und manchen anderen. Wir werden mit diesen Reden die besten Geschäfte machen. Wir werden sie als Agitationschriften zur Propaganda hinausenden und sind gern bereit, Herrn v. Kardorff ein Autorhonorar zu zahlen. (Heiterkeit links.) Diese petrefakte politische Auffassung, die man in aufgebunnert theatralischer Pose sich vor der ganzen Welt hat entwickeln sehen, erleichtert uns unsere Aufgabe ungemein. Man sagt, wir leben nur von den Fehlern unserer Gegner. Unsere Wurzeln liegen viel tiefer, in den gesellschaftlichen Zuständen und in der menschlichen Natur. Aber ungemein erleichtert wird uns die Arbeit durch die Mäandrigkeit unserer Gegner. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch im Reichstag finden wir die Anlässe zu dieser Heppolitik. An demselben Tage, an dem hier die Scharfmacherrede von Graf Arnim-Jäsedom gehalten wurde, hielt Graf Westarp seine entsprechende Rede im Reichstag. Das war abgekartetes Spiel. Im Reichstag hat allerdings die freikonservative Partei diese Scharfmacherei nicht mitmachen können. Sie hätte es jedenfalls sehr gern gewollt. Aber sie ist so klein geworden, daß sie es dort nicht mehr wagt. Das mag der Grund sein, warum sie hier mit doppelter Wut losläßt. Zu einem Teil ist sie zu ihrem Vorstoß durch die letzten Vorgänge im Reichstag, besonders durch das Mißtrauen gegen die Regierung wegen der Enteisungsfrage bewegt worden. Dieses Mißtrauen ist aber auch ausgesprochen durch das Zentrum, und so war die Rede des Herrn v. Kardorff zum guten Teil gegen das Zentrum gerichtet. Das Zentrum hat ja im Reichstag die Möglichkeit, durch eine dauernde Gebärde die ganze Regierung unmöglich zu machen und die ganze parlamentarische Maschine lahmzulegen. Sie aber können nicht mehr eine Mehrheit nach Ihrem Willen bilden. Wir sehen auch, wie das Zentrum der Regierung hier und da ein Bein stellt, so beim Petroleummonopol, so bei der Verschleppung der Elektrifizierung der Stadtbahn. Sie möchten eben den ihnen unangenehmen Bethmann-Hollweg loswerden. Zwar könnte man in bezug auf ihn das Wort „dies Kind, sein Engel ist so rein“ umändern in „dies Kind, sein Engel ist so schwarz“. (Heiterkeit.) Aber trotzdem, sein Verhalten in der Jesuitenfrage heißt blutige Säbne. Mit Ihrer Forderung nach Beseitigung des Jesuitengesetzes haben Sie ja recht, nur dürfen Sie sich dabei nicht als Patrioten aufspielen. Die Zentrumspolitik wird ja viel kommentiert. Das Zentrum ist die Sphinx,

von der man keine Antwort erhält, oder wollen Sie uns klaren Wein darüber einschenken, ob Sie auf die Auflösung des Reichstages hinarbeiten. (Große Heiterkeit.) Wir haben dabei nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. (Lachen im Zentrum.) Bei Ihrer Politik des ewigen Wechsels geht Ihnen auf die Dauer der Atem aus, Sie können sie bei einer politisch ausgewählten Bevölkerung auf die Dauer nicht treiben. Es scheint, als ob das Zentrum bei irgend einer kleinen Gelegenheit die Reichstag will auseinanderreiben lassen. Auch die Konservativen und die Regierung möchten den Reichstag lieber heute als morgen loswerden. Sie wollen aber wohl abwarten, bis etwas mehr Ruhe in der auswärtigen Politik eingetreten ist. Wir Sozialdemokraten haben keine Veranlassung, uns vor der Politik des Zentrums zu fürchten, wohl aber wollen wir ihr Versteckspielen und ihre innere Unehrlichkeit immer und immer wieder vor der Öffentlichkeit aufdecken.

Die Meinung, den Reichstag nicht zu alt werden zu lassen, erklärt sich ohne weiteres aus der drohenden Dissonanz zwischen Preußen und dem Reich, wo die Sozialdemokratie ein zwanzigmal stärkerer Faktor ist als hier. Auf die Dauer aber ist es unmöglich, in Preußen anders zu regieren, wie im Reich. Das ist eine Selbstverständlichkeit; gegenwärtig leben wir in einem Zustand, bei dem ein Pferd vor und eines hinter dem Wagen gespannt ist. Das nach vorwärts ziehende Pferd ist nicht sehr kräftig, denn leider haben wir im Reichstag nicht die Mehrheit, aber das nach rückwärts ziehende ist recht kräftig, und so sehen wir, wie wir in Deutschland rückwärts kommen.

Der Minister des Innern meint, daß hier vorzügliches geleistet wird. (Sehr richtig! rechts.) Wenn dieses Lob nur einmal von einer anderen Stelle käme, als vom preußischen Abgeordnetenhaus und seinem jungen Mann, dem Minister des Innern. (Präsident Graf Schwerin erklärt diesen Ausdruck für unpassend.) Ich habe nur Herrn v. Kardorff zitiert. (Präsident Graf Schwerin: Herr v. Kardorff hat diesen Ausdruck nicht gebraucht, sondern einen

Zeitungsartikel zitiert.) Nun Tatsache ist jedenfalls, daß die Minister in Preußen im wesentlichen nichts anderes sind, als die ausführenden Organe der Mehrheit dieses Hauses, speziell der Konservativen.

Sehr häufig sind hier Fragen der Reichspolitik erörtert worden, sehr häufig ist hier gehetzt worden zum Umsturz der Reichsverfassung, wie haben Sie (nach rechts) unter Führung des Herrn v. Heubrand gegen die ekklesiastische Verfassung gehetzt! (Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht vorwerfen, er habe gehetzt!) Bei den Statdebatten lassen Sie die gesamten Reichsangelegenheiten Revue passieren. Daß der Reichstag das gute Recht hat, sich mit Preußen zu befassen, sollten Sie doch nicht bestreiten, da Sie doch die preußische Politik maßgebend haben wollen für das Reich. Dann muß sich doch der Reichstag mit allem beschäftigen, was mit Preußen zusammenhängt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das im Reichstag gefasste Mißtrauensvotum gegen die Regierung ist Ihnen unangenehm, weil Sie daraus erkannt haben, daß im Reichstag ein Wille vorhanden ist, gegen die Regierung vorzugehen und sich durchzusetzen. Es will Ihnen nicht in den Kram passen, daß der Reichstag

der preußischen Regierung einmal die Faust gezeigt hat.

Der Minister v. Dallwig hat den Staatssekretär Delbrück nicht gerade der Unwahrheit geziehen. Aber seine Rede am Sonnabend zeigte doch ein ganz außergewöhnliches Maß von Mut. Er ist ja aus verschiedenen Gründen mit Herrn Delbrück sehr unzufrieden, vor allem, weil sein Schriftwechsel über die Wahlurnen bekannt wurde. Als man diese Frage anschnitt, hat er keine Antwort erteilt. Inzwischen hat er erklärt, er gäbe keine Erklärung ab, weil es sich um Indiskretionen handele und das preußische Ministerium noch nicht gesprochen habe. Aber er kann nicht bestreiten, daß die sämtlichen angeführten Tatsachen richtig sind. Er ist also nicht gewillt, das zu tun, was notwendig ist, um ein geheimes Wahlrecht durchzusetzen. Sehr unangenehm war es ihm auch, daß die volle Abhängigkeit der Reichspolitik von der preußischen aufgedeckt wurde. Bekannt war das ja längst. Aber die Form, in der sie sich äußert, die Wege, welche die Vertreter des Reiches nehmen müssen, ehe sie in der Reichspolitik die Initiative ergreifen können, waren doch nicht so bekannt. Es ist ausgedehnt, daß die preußische Politik sich als ein Hemmschuh an die Politik des Reiches legt.

Besonders unangenehm war dem Minister die Sache mit dem Wohnungsgesetz. Das lang tatsächlich wie eine Drohpöde, wie ein Pronuntiamento, wie eine Flucht in die Öffentlichkeit. Ob der Staatssekretär Delbrück gewußt hat, daß die Veröffentlichung des Wohnungsgesetzes unmittelbar schon bevorstehe, darüber kann man zweifeln. Ich möchte meinen, daß doch erst die Flucht Delbrücks in die Öffentlichkeit die Veröffentlichung des Entwurfs beschleunigt hat, und daß die Vorlage des Wohnungsgesetzes erst durch den Druck des Reiches auf Preußen erreicht worden wäre. Wer schließlich bei diesem

Duell Dallwig-Delbrück

ohne Wunden und Bandagen über die Straße bleiben wird, werden wir ja sehen. Jedenfalls ist charakteristisch, daß die Konservativen nicht so scharfe Worte gegen das Zentrum gefunden haben, wie die Reichspartei. Die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien sind zwar sehr scharf, aber in der Gegnerschaft gegen die Reichsregierung sind sie sich einig, und das Grad wird bereits geschaukelt, in das Bethmann-Hollweg und Delbrück gelegt werden sollen. Wir Sozialdemokraten können und nur freuen über die schäumende Wut, die die Aktion des Reichstags in der Enteisungsfrage hervorgebracht hat. Das Reich soll an die Kette gelegt werden oder besser gesagt, da es längst an der Kette liegt, die Kette soll etwas kürzer gemacht werden. Darüber sind sich auch die Herren von der konservativen Partei einig, die sich drücken „Reichspartei“ nennen. Eine Reichspartei, die Sturm läuft gegen das Reich vom preußischen Abgeordnetenhaus aus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine Reichspartei, die lieber das Reich in Scherben schlagen möchte, als dulden, daß es auf diesen Wegen weiter geht, eine Reichspartei, die zeigen will, daß das Reich sich immer mehr als ein verlängertes Preußen entfalt.

Die Reichsfreundschaft der Konservativen ist ja seit langer Zeit bekannt; ihr Sündenregister ist in den Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe aufgedeckt worden. Ihnen ist das Reich ein notwendiges Uebel, damit das Reichsrecht ihre heiligsten Güter schütze. Ihr ganzer Theaterdonner zeigt nur Ihre Unsicherheit und daß das Reich anfängt, Ihnen über den Kopf zu wachsen. In der Presse wurde die erbliche Weltanschauung Herrn v. Kardorffs gelobt. Ja, die Herren sind ehrlich bereit, dafür zu sorgen, daß die breiten Massen der Bevölkerung politisch, wirtschaftlich, sozial und politisch unterdrückt werden. Ob es aber eine besondere Ehre ist, eine solche Politik offen zu vertreten, möchte ich doch nicht entscheiden. Als Anwalt und Kriminalist könnte ich versucht sein, statt Ehrlichkeit ein Wort zu gebrauchen, das das Gegenteil von Scham bedeutet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

In demselben Atemzug, mit dem Graf v. d. Groeben Änderungsgegenstände gegen die Sozialdemokratie forderte, hat er mit fast tränenreicher Stimme eine rührende Rede über die Tränen der Arbeitswilligen gehalten, die der Sozialdemokratie zur Last fielen. Diese Tränen des Grafen v. d. Groeben und das Lachen, mit dem Sie das Sündenregister bekräftigten, daß Abg. Wente aufzählte, war eine Kennzeichnung dieses Hauses, wie sie schöner nicht gedacht werden kann. Es gab dabei eine stürmische Szene, aber das ist ganz selbstverständlich, daß Menschen, die kein Rücksicht in den Aemern haben, bei einer derartigen „christlichen“ Szene die Gasse überläßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Sozialdemokratie wird und kann nicht auf ein Gebot aus dem Dreiklassenhaus verschwinden, dazu ist sie eine viel zu naturnotwendige Erscheinung. Deswegen werden alle Ihre Versuche, die Sozialdemokratie zu vernichten, scheitern müssen. Wenn jemand sich fähig fühlt in seiner Weltanschauung, in seiner Begeisterung und Politik, wenn er beweisen will, daß er für wirklich große Ideale kämpft, dann fühlt er sich stark genug, mit allen anderen Mächten fertig zu werden. Aber Sie starke Männer fühlen sich nicht stark genug, mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. Sie rufen nach dem Polizeiknüppel, nach Gewalt an Stelle des geistigen Kampfs. Liegt darin nicht ein vollkommenes Eingeständnis Ihrer inneren Ohnmacht? Ich brauche nicht des unparlamentarischen Wort eines berühmten italienischen Ministers darüber zu zitieren, wer mit dem Ausnahmezustand regieren kann. (Sehr gut! links.) Die Ausführungen der „Kreuzzeitung“, daß für das deutsche Volk die brutale Gewaltpolitik eigentlich die humanste Politik sei, erinnert an eine Bemerkung, die der Abg. Hammer heute tat, als er auf einen Jurat Hoffmann bei seinen Worten über die Annexion von Treptow zugab, daß er allerdings sonst kein Gegner von Annexionen sei, weil sonst Preußen nicht in seiner heutigen Größe bestünde!

Herr Stroffer hat ja zugegeben, daß die Konservativen dann und wann bei Wahlen mit der Sozialdemokratie zusammengegangen sind, für welche Wahrheit allerdings ihm bereits von den Hauptgegnern der konservativen Partei der Kopf gewaschen wurde. (Hört! hört! links.) Es ist wahr, daß Sie allen Anlaß hätten, mit Rücksicht auf die auswärtigen Gefahren sich etwas mehr an Ihre innerpolitischen Pflichten zu erinnern. Die Zeit kann kommen, wo Sie das deutsche Volk mehr brauchen als das tägliche Brot und in derselben Zeit treiben Sie eine

Politik der Provokation und der politischen Verhetzung,

deren Folgen allerdings kaum geeignet sein werden, und Neuwahlen zum Reichstag fürchten zu lassen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr Gewäre nach einem Arbeitswilligengesetz hat im Reichstag ein klägliches Fiasko erlitten: ganze 58 Stimmen haben Sie erhalten, wenn auch gewiß manche Nationalliberale bereit wären, für ein solches Gesetz zu stimmen. Sie verwahren sich immer

dagegen, daß Wohlthätigforderungen einzelner Konservativen Ihrer Partei an die Reichstage gehängt werden, aber die 2000 Verurteilungen, die von einer rücksichtslosen Klassenjustiz mit Hilfe des systematischen Demagogentums der christlichen Gewerkschaften im Ruhrrevier zustande gebracht wurden, sollen ausschließlich auf Verschulden der Sozialdemokratie zurückzuführen sein! Wohl können auch sozialdemokratische Arbeiter Ausschreitungen begangen haben, aber schuld daran ist die ganze Unterdrückungspolitik, die gegen die Arbeiter überhaupt und am schärfsten gegen die Bergarbeiter geübt wird. Gerade der Abg. Gronowski weiß genau, daß der alte Bergarbeiterverband alles getan hat, um die Arbeiter von dem Streik unter ungünstigen Umständen abzuhalten, aber die Aufregung war schon zu groß. (Abg. Hoffmann: Und dazu der Verrat der Christlichen.) Von dem Streikbruch der Christlichen spricht Gronowski nicht, umsoweniger, als seine Richtung sich im Saarrevier gegen den Streikbruch der Berliner Richtung wenden mußte, worauf die Vertreter zu ihrer Verteidigung mit einem Flugblatt antworteten, das die Christlichen im Ruhrrevier zur Verteilung ihres Streikbruchs gegen die freie Gewerkschaft verbreitet hatten.

Herr Stroffer feierte den Preußenadler und Herr Marx vom Zentrum griff dieses Bild auf. Er erklärte, daß wenn man der Kirche die volle Freiheit gäbe, — womit wir vollkommen einverstanden sind —, sie sich gleich einem stolzen Adler gen Himmel schwingen würde. Nun, denken Sie eigentlich nie daran, daß der Adler nicht nur der König der Tiere, sondern auch ein recht gefährliches Raubtier ist? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In den Debatten dieser Tage hat sich die vollkommene Unvereinbarkeit unseres Deutschen Reiches und dieses junkerlichen Preußens erwiesen. Sie möchten, daß Ihr Preußen über das Reich siege. Wir wollen, daß das Reich siegt und an die Stelle Ihres junkerlichen Preußens ein freies Preußen trete, damit das Reich, vom preußischen Joch befreit, aufstehen und dem Wohl des Volkes dienen kann. Dazu brauchen wir allerdings

ein freies Wahlrecht

(Lachen rechts), das Sie uns nicht konzedieren wollen. Jedlich will es rückwärts redigieren, sodas überhaupt keine Sozialdemokraten gewählt werden können und v. Dallwig hat sich dieser Politik des „Nun gerade nicht“ angeschlossen. Aber die mündig gewordene Bevölkerung ist entschlossen, sich das freie Wahlrecht zu nehmen. Ihr Gewerbe aber nach Polizei, Staatsanwalt und Ausnahmengesetz zeigt die ganze Hohlheit Ihrer Herrschaft und daß Ihre Tage gezählt sind, sodas trotz Ihrer gewalttätigen Reigungen in absehbarer Zeit das preußische Volk sich von der Herrschaft der ungelächerten Könige befreien und an Stelle der Ausbeutung der politischen Unterdrückungen und der preußischen Polizeiwirtschaft eine den Interessen des Volkes entsprechende Regierung setzen wird. Zur Erreichung dieses Heiles werden uns Ihre Sünden und Scharfmachereien die allerbesten Werkzeuge sein und deshalb danke ich nochmals von ganzem Herzen den Herren v. Kardorff und v. Redlich für ihre Reden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht für 5 Pfennig Angst haben wir vor Ihnen und all Ihren Drohungen, die wir viel mehr von der Komischen, als von der ersten Seite auffassen. Die Tatsache, daß sich die gesamte Debatte wieder ganz ausschließlich um die Sozialdemokratie gedreht hat, hat wieder einmal vor aller Welt demonstriert, welche Macht die Sozialdemokratie darstellt. Die Sozialdemokratie ist stark, härter als Sie denken, Sie aber sind schwächer als Sie denken und der Sieg wird auf unserer Seite sein. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen und Unruhe rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Gehalt des Ministers bewilligt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Koranyi (Vole) erwidert dem Minister auf die Beschuldigung, das angeklagte Material über ein oberflächliches Verammlungsverbot nicht vorgelegt zu haben, mit Remnung der Atemzögen des Bezirksausschusses Oppeln. Der Minister könne sich überzeugen, wie ihn seine Beamten angelogen hätten.

Abg. v. Gumpel (natl.) erwidert dem Abg. Frhr. v. Redlich, daß der nationalliberale Abg. Maurer keine Großblodpolitik empfohlen habe, hätte er es getan, so würde er sich in Widerspruch mit der Fraktion gesetzt haben.

Abg. Dr. Schupp (Sp.): Nach der Verfassung habe ich als Abgeordneter das Recht, in diesem Hause Kritik zu üben. Daß ich dies nicht in unzulässiger Form getan habe, beweist der Umstand, daß der Präsident nicht eingegriffen hat. Ich weise also die Behauptung des Ministers, daß meine Kritik mir nicht zugestanden habe, zurück. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Redlich (H.) bemerkt, die Rede Liebnechts hätte drnan erinnert, daß morgen Fastungsdienstag sei. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Auf diese geistreiche Pointe ist Frhr. v. Redlich nach langem Zögern über einen Jurat gekommen, den ich ihm bei seiner Bemerkungen gemacht hatte, daß seine Rede in den Reichstag passe. (Hört! hört! links. — Abg. Hoffmann: Daher der Gedanke! — Heiterkeit links.) Uebrigens gibt es ja auch einen Aschermittwoch, den Fastenjammer werden Sie (nach rechts) haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Reihe von Statistiken wird ohne Erörterung bewilligt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 4. Februar, vormittags 11 Uhr; Etat des Innern. Schluß 5 1/2 Uhr.

Ein sozialpolitischer Rückblick.

Heute vor 20 Jahren erließ der König von Preußen folgenden Erlass an den preußischen Handelsminister:

„Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Verfassung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwirklichung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Verordnungen sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Ansehen auf geistliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind geistliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten einzuwickeln zu sehen, und für den Erbbauernbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorbereitung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrat unter Meinen Vorsetz und unter Zugiehung derjenigen sach-

undigen Personen zusammenkreuzen, welche sich dazu berufen werden. Die Auswahl der letzteren behalte ich meiner Bestimmung vor.

Unter der Schwierigkeit, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegensteht, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichszentralrat angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unserigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichszentralrat wird Ihnen Abschrift meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Der Erlass an den Reichszentralrat ging dahin:
„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch diese und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter brotlos machen.

Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Bekämpfung des Weltmarktes beteiligten Länder wenn nicht überwinden, so doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befeuert sind, diese Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeiten, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausländern der letzten Jahre und anderweitig zutage getreten sind.

Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil haben, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Die Erlasse wurden als Anbahnung eines künftigen Staatssozialismus bezeichnet. Was ist aus ihnen geworden?

Eine internationale Konferenz hatte schon seit dem Jahre 1876 die Schweiz wiederholt anregt. Die Folge des internationalen Arbeiterkongresses von Paris im Jahre 1889 war die Anbahnung der internationalen Arbeiterkonferenz, die in Berlin vom 15. bis 20. März 1890 tagte. Ihr Ergebnis war eher eine Hemmung als ein Vorwärtstreiben auf sozialpolitischem Gebiet. Man erzieht auf folgendes als zu erstrebende Ziele: Allgemeine Sonntagsruhe für alle Industriearbeiter, Minimalalter von 12 Jahren für die Beschäftigung von Kindern in Fabriken, Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und Sechstundentag für die Kinder bis 14 Jahren, Verbot der Nachtarbeit und Zehnstundentag für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, Maximalarbeitszeit und Nachtarbeitsverbot für Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren; sowie rücksichtlich der Arbeiterinnen über 16 Jahre: Arbeitsverbot für Wöchnerinnen während 4 Wochen, Verbot der Arbeit unter Tage, Verbot der Nachtarbeit und Eifundentag. Die Verner Konvention vom 28. September 1906 brachte dann ein Verbot der gewerblichen Nachtarbeit in allen gewerblichen Betrieben, in denen mehr als 10 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden; die Nachtruhe soll mindestens 11 Stunden umfassen.

Nach längerer Zeit wurde die Erfüllung des in dem Erlass an den Handelsminister zum Ausdruck gebrachten Programms zum Scheitern gebracht. Der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung wurde vom Zentralverband deutscher Industrieller aus lebhaftester Befürchtung. Er hat es durchgesetzt, daß die Regierung zu seinem Handlanger zur Verkümmern der schmalen Rechte der Arbeiter wurde. Das Koalitionsrecht ist auf allen Ecken und Enden durch Gesetz und Rechtsprechung eingeeignet; noch stärkere Einschränkungen sind im Gange. Den Bergarbeitern ist klar gemacht, daß die „Musteranstalt“ sich dadurch auszeichnet, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern statt eines Rechtsverhältnisses ein Machtverhältnis ist, bei dem die Unternehmer die Arbeitsbedingungen diktiert, und daß gegen Regungen der Arbeiter noch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Polizei, Militär und die Rechtsprechung mobil gemacht ist.

Zeit, Dauer und Art der Arbeit warten heute noch auf eine gesetzliche Regelung.

Die Scharfmacher haben auf diesem Gebiete den Kaiser niedergelassen. Am 2. Juli 1896 triumphierte der Generalsekretär des Zentralverbandes, Herr Buch, in einem Schreiben an den Spinnereifabrikanten v. Hoffler (Augsburg), „daß wir endlich Herrn v. Verlepfischlein bekommen haben“. Der neue Handelsminister Prefeld versprach, Ruhe in der sozialpolitischen Gesetzgebung einzutreten zu lassen. Der Staatssekretär v. Pofadowsky zeigte sich als unterwürfiger Vasall des Zentralverbandes. Er erbat von ihm im Juli 1899 12 000 M. zum Zwecke der Agitation für den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ (Zuchthausgesekentwurf). Er bereitete die Schritte zur Erdrosselung des Koalitionsrechts vor. Seine Nachfolger, v. Bethmann wie Delbrück, wandeln die ihnen vom Zentralverband vorgeschriebenen Wege; es soll bei der „Pause“ auf sozialpolitischem Gebiet bleiben.

Das staatssozialistische Noh des Kaisers ist vom Zentralverband abgelehnt. Zeit, Dauer und Art der Arbeit harren noch heute nach 23 Jahren einer hinreichenden gesetzlichen Regelung. Statt Erfüllung der wirtschaftlichen Bedürfnisse ist künstliche Verteuerung der Lebenshaltung getreten. Die „gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter“ steht noch heute lediglich auf dem Papier.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

(Dritter Tag.)

London, 31. Januar. (Eig. Ber.) Als erster wichtiger Gegenstand kam am dritten Tage ein Antrag zur Veröffentlichung, in dem das Gewerkschaftskomitee von Darlington forderte, daß in Zukunft kein Kandidat der Arbeiterpartei die Unterstützung von Politikern annehmen sollte, die nicht Mitglieder der Arbeiterpartei sind, und auch keinen Kandidaten und keine Organisation unterstützen sollte, die der Arbeiterpartei feindselig gesinnt ist. Dazu war ein Amendement gestellt worden, das mit sozialistischen Organisationen eine Ausnahme machen wollte. Die Verhältnisse, die diesem Antrag zugrunde liegen, dürften allgemein bekannt sein. Die Mehrheit der englischen Arbeiterpartei waren bis vor kurzem Liberale; wie sind es heute noch.

Es fällt ihnen schwer, sich von den mannigfaltigen Beziehungen, die sie zu der liberalen Partei haben, zu trennen und so kommt es denn ziemlich häufig vor, daß sie mit Liberalen zusammen auf derselben Tribüne erscheinen. Das passiert sogar solch unentwegten Sozialisten wie Lansbury. Weit schlimmer aber als diese Unterstützung, die die Liberalen den Arbeiterparteilern angedeihen lassen, ist die Unterstützung, die Arbeiterparteilern den Liberalen und manch-

mal gegen einen anderen Arbeiterparteilern angedeihen lassen. Dann kommt es vor, daß ein Liberaler in einem Wahlkreis für den Arbeiterparteilern, in einem anderen gegen den dortigen Arbeiterparteilern spricht. Daß solche Verhältnisse verwirrend und für die Arbeiterpartei schädlich wirken müssen, ist klar. Der Antrag wurde nur kurz diskutiert und dann wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Reform des Parteitages.

Zu diesem Punkte hatte die Bergarbeiterföderation folgenden Antrag gestellt:

„Wir beantragen, daß der Parteitag der Arbeiterpartei seine Aufmerksamkeit mehr den drängenden politischen Fragen zuwendet, damit diese hinreichend diskutiert werden und sich der Gewerkschaftskongress mit wirtschaftlichen Fragen und allen anderen die Gewerkschaften angehenden Angelegenheiten, die nicht politischer Art sind, befassen kann.“

McKerrell (Bergarbeiter): In der Arbeiterbewegung Großbritanniens kommt viel zu viel Verdoppelung der Arbeit vor. Die Arbeit sollte mehr geteilt werden. Das Notwendigste ist, daß wir von der Tagesordnung des Parteitages alle Punkte streichen, die schon aus dem Gewerkschaftskongress besprochen worden sind. Anstatt eine Menge verschiedener Fragen nur oberflächlich zu besprechen, sollten wir einige wenige Fragen gründlich diskutieren. Die Funktion dieses Kongresses ist, die öffentliche Meinung über wichtige politische Fragen aufzuklären.

Lewis (Bergarbeiter): Es wäre angebracht, wenn die Delegierten nur solche Anträge einbrächten, auf die es wirklich ankommt. Die Partei verliert dabei, wenn der Parteitag seine Zeit mit Familiengeiz vertritt. Deshalb brachte uns das Jahr 1906 solch große Erfolge? Weil wir damals die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf einige große Fragen, wie den Tarifstreik lenkten.

Sanders (Fabische Gesellschaft): Wenn wir an den drei Tagen, die der Parteitag dauert, drei große Fragen besprechen könnten, würde der Parteitag besser gedient sein. Aber die vorliegende Resolution ist zu unbestimmt, als daß sie uns helfen könnte. Nach meiner Ansicht sollten vor dem Parteitag die Organisationen zuerst befragt werden, welche Fragen als Hauptfragen zu diskutieren wären.

Parlamentariermitglied Elmes: Die Resolution drückt nur einen frommen Wunsch aus. Ich hätte es gern gesehen, wenn ein Antrag eingereicht worden wäre, der dem Vorstand einen bestimmten Auftrag erteilt. Man hätte vorschlagen sollen, der Vorstand möge sich mit dem parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses zur Regelung der Frage in Verbindung setzen.

ParteiSekretär Henderson: Was hier angeregt worden ist, ist vom Parteivorstand schon versucht worden. Schon früher hat sich der Vorstand mit dem parlamentarischen Komitee in Verbindung gesetzt; dieses hat es aber stets ausgeschlossen, die Diskussion rein politischer Fragen aus dem Gewerkschaftskongress fallen zu lassen. Wir saßen darauf den Gedanken, die Jahreskonferenzen der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und der Gewerkschaftszentrale zu verschmelzen. Aber, wie Sie wissen, haben die beiden letzten Organisationen den Verschmelzungsantrag verworfen. In dieser Verschmelzung sehe ich jedoch den einzigen Ausweg. Der vorliegende Antrag wird uns nicht weiter bringen.

Die Resolution wurde darauf angenommen.

Versicherungsgezet.

Zu diesem Punkte waren eine Reihe Anträge gestellt worden. Der wichtigste war der von den Dordarbeitern gestellte, in dem verlangt wurde, das bestehende Krankenversicherungsgezet rückgängig zu machen, um es ohne Beitragspflicht wieder anzurufen. Der Antrag fand Annahme; verworfen wurde hingegen ein von der Fabischen Gesellschaft hierzu gestelltes und von Beatrice Webb begründetes Amendement, in dem folgende Forderungen zur Verbesserung des bestehenden Gesetzes gestellt wurden: Auflösung der Klassen, die von den kapitalistischen Volksversicherungsgezetten gegründet worden sind; Organisierung der erkrankten Kostlosenmitglieder in Gewerkschaften; Erlassung der Beitragspflicht für diejenigen, die weniger als 20 Schilling die Woche verdienen, Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter; Regierungsgarantie für die Kostenleistungen; Ausdehnung der ärztlichen Hilfeleistung auf die Frauen und Kinder der Versicherten.

Von einer Textilarbeiterorganisation war ein Antrag gestellt worden, in dem die Gewerkschaften aufgefordert werden, die Volksversicherung selbst zu organisieren. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Krieg und Frieden.

Einmütig und ohne Diskussion nahm der Parteitag entschieden gegen den Krieg und den Militarismus in allen seinen Formen Stellung.

Die von Dr. Marion Phillips (Arbeiterinnenliga) eingereichte Resolution lautete: „Der Parteitag protestiert gegen den Militarismus in allen seinen Formen, erklärt, daß es im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt ist, daß sie jeden Druck auf die Regierung ihres Landes ausüben, um Streitigkeiten zwischen Nationen auf friedegerichtlichem Wege beizulegen, und fordert die Frauen und Mütter der Arbeiterklasse auf, in dieser Arbeit mitzuwirken, indem sie ihren Kindern die Bedeutung der internationalen Arbeitersolidarität und die Notwendigkeit beibringen, die nationalen Kräfte, die heute für den Militarismus ausgegeben werden, für das große Ziel, die Lasten der Armut von den Schultern der Arbeiter aller Länder zu heben, zu verwenden.“

Ein Antrag zugunsten der Verhältniswahl wurde nach kurzer Diskussion dem Vorstand zur Beratung überwiesen.

Parlamentarische Politik.

Ganz zum Schluß des Parteitages kam es noch zu einer hitzigen Debatte über die Politik der Arbeiterpartei im Parlament. Die Gewerkschaft der Elektriker hatte zu diesem Punkte folgende Resolution gestellt: „Der Parteitag mißbilligt die Untätigkeit, die von den Arbeitermitgliedern des Unterhauses in bezug auf die Arbeiterinteressen entfaltet worden ist.“

Kinniburgh (Elektriker): Die Arbeiter im Lande sind mit der Arbeiterpartei unzufrieden. Es wird zuviel parlamentarischer Kreismus getrieben. Ich verlange als revolutionärer Sozialist, daß unsere Vertreter im Parlament, wie es Herr Hardie häufig gewünscht hat, mehr als Propagandisten, denn als Gesetzgeber auftreten. Was uns die Arbeiterpartei verschafft hat, hätte uns die liberale Partei auch ohne Arbeiterpartei verschaffen können. Die Parlamentarier haben die Fühlung mit den Massen verloren; sie können sich nicht mehr in die Lage des Mannes versetzen, der nur zwanzig Schilling und weniger die Woche verdient. Hat ein Arbeiterparteilern gegen die Teuersteuer protestiert? Haben sie nicht alle für die zweite Kammer, für das neue irische Parlament gestimmt? Haben sie etwas getan, um die alte Belastungslinie für Schiffe wieder herzustellen? Wenn ihre Arbeit in zwanzig Jahren nicht mehr vermag, dann kann das Volk lange auf Erlösung warten.

Butler (Regierungsarbeiter): Die Verhältnisse in den Regierungsbetrieben sind heute schlechter denn je zuvor. Als wir nur drei Vertreter im Parlament hatten, gelang es uns, unsere Löhne von 21 auf 23 Schilling zu erhöhen. Das war unter einer konservativen Regierung. In der liberalen Ära mit 40 Arbeitervertretern im Hause sind unsere Löhne um ganze drei Pence gestiegen; und für die drei Pence haben wir die drei Tage Ferien verloren, die wir früher hatten. Diese Resultate zeigen nicht davon, daß sich unsere parlamentarischen Vertreter unserer Sache sehr tätig angenommen haben.

Henderson (ParteiSekretär): Deshalb haben die Kritiker der parlamentarischen Fraktion nicht gesprochen, als der Bericht der Fraktion zur Debatte stand? Wenn wir jetzt noch Zeit hätten, könnte ich dem Vordredner beweisen, daß die von ihm vertretenen Arbeiter weit größere Vorteile durch das Eingreifen der Arbeiterpartei erzielt haben, als er angegeben hat. Der beste Beweis, daß wir unsere Pflicht getan haben, sind die Resolutionen, in denen uns die Regierungsarbeiter für unsere Dienste gedankt haben.

Beit (Regierungsarbeiter): Die Arbeiterpartei ist stets für uns eingetreten, wenn wir sie aufgefordert haben. Wir haben Mg

bessere Freunde als sie im Parlament gehabt. In dieser Session haben Arbeiterparteilern nicht weniger als 61 Fragen über die Zustände in Regierungsbetrieben an die Minister gestellt.

Barclay (Eisenbahner): Niemand kann mich anklagen, kein guter Sozialist zu sein. Ich gehöre sowohl der I. L. P. wie der B. S. P. an. Ich muß aber sagen, daß die Regierungsarbeiter viel schlechter daran wären, wenn wir keine Arbeiterpartei im Parlament hätten.

Sammond (Postangestellter): Ich vertrete hier nicht weniger als 80 000 Regierungsarbeiter und kann daher mit größerem Recht als Vertreter dieser Arbeiter reden als jeder andere. Die Arbeiterpartei hat uns im Parlament große Dienste geleistet. Als sich voriges Jahr die Regierung weigerte, unseren Wunsch, ein Komitee zur Untersuchung unserer Lohnverhältnisse sofort einzusetzen, zu erfüllen, war es der Einfluß der Arbeiterpartei, der den Premierminister innerhalb sechs Tage zur Känon brachte. Butler ist wahrlich der Letzte, der sich über die Arbeiterpartei beklagen sollte. Als er wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit von der Regierung aus einer ihrer Werkstätten entlassen worden war, war es die Arbeiterpartei, die seine Wiedereinstellung erzielte. Die Arbeiterpartei mag uns nicht gefallen, aber bedenken wir, daß sie nur der Reflex der Arbeiterbewegung im Lande ist und daß nur sein kann.

Smilie (Bergarbeiter): Die Arbeiterpartei ist keine revolutionäre sozialistische Partei. Ich wünsche, sie wäre es. Wenn sie es wäre, wäre die Kritik, die wir gehört haben, vollkommen gerechtfertigt. Die Arbeiterpartei ist ein Kompromiß zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaften und weist natürlich alle Schwächen eines Kompromisses auf. Aber sie hat der Arbeiterpartei sehr wertvolle Dienste geleistet. Es hat in den letzten Jahren keinen Streit gegeben, in dem sie nicht hilfreich eingegriffen hätte. Auch uns ist sie in unserem großen Kampfe tätig beigetragen, was um so anerkennenswerter ist, als manche Parlamentarier überzeugt waren, daß die Politik der Bergarbeiter verfehlt sei. Es ist ein bemerkenswertes Beginnen, hier eine Partei in Grund und Boden zu kritisieren, für die wir noch die Massen im Lande gewinnen wollen.

Die Resolution wurde darauf mit allen gegen 14 Stimmen verworfen.

Der nächste Parteitag wird in Glasgow abgehalten werden.

Gerichts-Zeitung.

Zu einem Ohrfeigengesetz zwischen zwei Ärzten

kam es nach einer Verhandlung, welche die 5. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats v. Schmiedeberg beschäftigt hatte.

Als Kläger trat der praktische Arzt Dr. Ehrmann gegen den Dr. Saling aus Köpenick auf. Gegenstand der Klage bildete der von dem Beklagten erhobene Vorwurf, Dr. Ehrmann habe sein Ehrenwort gebrochen. Die Verleumdung war in der öffentlichen Gemeindevertretung gefallen. Das Schöffengericht Köpenick war zu einem freisprechenden Urteil gekommen.

Die Berufungsstrafkammer hob dieses Urteil jedoch auf und verurteilte Dr. Saling zu 300 Mark Geldstrafe. Schon während der Verhandlung war es zu sehr erregten Auseinandersetzungen gekommen, die sich nach Beendigung der Sitzung auf dem Korridor fortsetzten. Ehe jemand dazwischen springen konnte, war plötzlich zwischen Kläger und Beklagten die schönste Prügelei im Gange, bei der gegenseitig heftigste Ohrfeigen fielen. Erst durch das Eingreifen des Gerichtsdieners konnten die beiden temperamentvollen Herren getrennt werden.

Ein Bernsteinprozeß.

Ein großer Bernsteinprozeß begann gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Angeklagt sind 1. Kaufmann Adolf Brumbach in Duisburg; 2. Kaufmann Emil Friede in Essen; 3. Bernsteinbrecher Hermann Bach in Ruhl; 4. Bernsteinbrecher Franz Schwalm in Danzig; 5. Bernsteinwarenfabrikant Gustav Wendesfeiler in Danzig; 6. Karl Dargatz in Stolp; 7. Kaufmann Walter Woeller in Berlin.

Die ersten fünf Angeklagten werden des Betruges gegen den preußischen Fiskus, vertreten durch die königlichen Bernsteinwerke in Königsberg, beschuldigt. Der preußische Staat besitzt ein sogenanntes Bernsteinregal und gibt den Bernstein an die gemerbetreibenden Kreise nur unter ganz besonderen Bedingungen und unter Aufstellung besonderer Kautelen gegen mißbräuchliche Durchbrechung dieses Regals ab. Die Angeklagten sollen es nun verstanden haben, unter allen möglichen Vorwänden die königlichen Bernsteinwerke zu täuschen, indem sie den ihnen gelieferten Rohbernstein nicht nur im eigenen Betriebe verarbeiteten, sondern die Abfälle, die sie zurückerhielten, insofern widerrechtlich verwerteten, daß sie sie an Woeller lieferten, der die Abfälle dann mittels des Ambroidverfahrens zu sogenanntem Preßbernstein, der einen ganz ansehnlichen Preis hält, umwandeln ließ. Den Betrag gegenüber dem Fiskus erblidete die Staatsanwaltschaft in der Vorprüfung folgender Tatsachen: 1. der Absicht, den zu liefernden Rohbernstein im eigenen Betriebe zu verarbeiten; 2. in der Aufgabe von Bestellungen und in der Angabe eines tatsächlich nicht vorhandenen Bedarfs, um das Material weiter liefern zu können; 3. in der unrichtigen Führung der Kontrollbücher; 4. in der Unfertigung von Fabrikaten für Kontrollzwecke; 5. in der Ablieferung extra eingetauchten Abfalls. — Der Angeklagte Dargatz, der früher Prokurist des inzwischen verstorbenen Bernsteinwaren- und Preßbernsteinfabrikanten Edmund Westphal in Stolp war, soll letzterem Beihilfe geleistet haben, insbesondere durch Täuschung der Beamten der Bernsteinwerke bei den Revisionen, durch unrichtige Darstellung der Sachlage in Eingaben. Der Angeklagte Woeller ist der gewerblich und gewohnheitsmäßigen Fälschung beschuldigt, indem er jede Gelegenheit zum Ankauf der nur zur Verarbeitung bestimmten Regierungsware ausgenutzt und sie mit großem Gewinn an Zwischenhändler und Ambroidfabrikanten weiter verkauft haben soll. Er soll auch die übrigen Angeklagten durch Versprechungen, Ueberredung usw. zu den Straftaten bestimmt haben, ihnen auch Beihilfe geleistet haben. — Der Angeklagte Bach ist ferner angeklagt, durch eine fortgesetzte Handlung von falschen Urkunden zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht zu haben, diese falschen Urkunden sollen von Woeller angefertigt worden sein. Es handelt sich dabei um die Benutzung von Postpaketadressen, auf denen bei dem Absendervermerk ein falscher Name vorgebracht war, bezw. um die Tatsache, daß Woeller bei der Ueberweisung von Geldbeträgen durch die Post Anweisungformulare benutzte, auf welchen er den Namen des Einzahlers falsch angegeben hatte.

Die Tatsache, daß die Untersuchung vier Jahre gedauert hat und die Anlage 400 Seiten umfaßt, beweist schon, daß es sich um höchst verwickelte technische und Rechtsfragen handelt. Da die Strafkammer nur dreimal in der Woche verhandeln kann, wird sich der Prozeß voraussichtlich über mehrere Wochen hinziehen. Wir werden feinerzeit das Urteil mitteilen. Die Verhandlung findet im kleinen Schwurgerichtssaal statt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift. Wien, 1. Februar 1913. Jahrgang VI, Heft 5. Karl Kemmer: Der Schlüssel! Die Länder über die Leber? Ernst Garomi (Budapest): Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Friedrich Engels: Die Bewegungen von 1847. Friedrich Adler: Die Klassenerhebung der Wahlberechtigten. Karl Richter: Das Jahr 1913 und die Sozialdemokratie. Otto Gidel: Der Kampf um das Koalitionsrecht der Staatsangestellten. Adolf Braun: Arbeitslosigkeit. Dr. Siegfried Justiz (Küsterfeld): Ärzte und Kranenläufer. Mathias Ederich: Eine Erwiderung. Adelheid Popp: Anna Kaulisch. Josef Luitpold Stern: Wienland, der Revolutionär.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

Am 1. Februar verstarb unser
Genosse, der Schloffer

August Schratz

Walplaquestr. 38, Bezirk 785.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des neuen Nazareth-
Kirchhofes in Reinickendorf-West,
Kögelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 2. Februar verstarb unser
Genosse, der Steinmetz

Otto Hanschke

Koloniestraße 31, Bezirk 826a.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Februar, nach-
mittags 1 Uhr, vom Trauerhause
aus nach dem südlichen Friedhof,
Kögelstraße, Ecke Seestraße,
statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Elektro-
monteur

Lars Rasmussen

am 1. Februar an Bauchfell-
entzündung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, 4. Februar, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Nazareth-Kirchhofes in
Schöneberg, Briesestraße, aus statt.

Herner starb unser Mitglied,
der Schloffer

August Schratz

am 1. Februar an Lungen-
schwindsucht.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, 4. Februar, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Nazareth-Kirchhofes in
Reinickendorf-West aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

112/2

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**

Bazirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drogschlei-
fährer

Rudolf Becker

am 31. Januar im Alter von
54 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 4. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des südlichen Gemeinde-
friedhofes, Friedrichsfelde, aus
statt. 61/14

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Druckset-
zler

Leopold Brätsch

am 1. d. Mts. im Alter von
62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 4. d. Mts., nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des südlichen Gemeinde-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege

Karl Schünemann

am 31. Januar im Alter von
38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 4. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Südwest-Friedhofes in
Stahnsdorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.**

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Sonntag, den 2. Februar,
der Kollege

Oskar Bolle

(Bezirk Wien)

im Alter von 20 Jahren an
Lungenleiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstagmorgen 3 Uhr von
der Leichenhalle des Zentralfried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

102/2

Zentralverband der Steinarbeiter.

Zahlstelle Berlin.

Am 2. Februar starb unser langjähriges Mitglied und
derzeitiger **Gauleiter**, der Steinmetz

Otto Hanschke

an der Verurskrankheit im Alter von 36 Jahren.
Ein unermüdlicher, rastloser Kämpfer ist in ihm dahin-
geschieden. 171/1

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwochmorgen 1 Uhr vom
Trauerhause, Koloniestraße 31, aus auf dem südlichen Friedhof
in der Seestraße, Ecke Kögelstraße (Eingang Seestraße), statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein i. den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Görzitzer Viertel, Bez. 197 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Klempner

Franz Hecht

Wiener Str. 53, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 5. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.

Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege

Karl Till,

welcher im Betriebe der städtischen
Köcherwerke, Zentralmagazin, be-
schäftigt war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am
Dienstag, den 4. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Nikolai-Kirchhofes in der
Brenzlauer Allee 7 aus statt.

33/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Posamentier

Karl Marpmann

im Alter von 53 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf
dem Begräbnisplatz der Brun-
nens-Gemeinde in Pantow,
Wollankstraße, statt.

Rege Beteiligung wünscht
195/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Sektion der Putzer.

Unseren, sowie den Mitgliedern
des Gesangsvereins der Putzer
hiermit zur Nachricht, daß unser
Mitglied

August Haufe

gestorben ist.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 5. Februar, nachm.
3 Uhr, auf dem Kirchhof der
Hions-Gemeinde in Nieder-Schön-
hausen-Nordend, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
140/12 Die örtl. Verwaltung.

**Verband der Steinsetzer,
Pflasterer u. Bernisg. Deutschlands**

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hammer

Franz Grabowski

am 31. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Halle des südlichen
Friedhofes, Kögelstr., Ecke See-
straße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
175/4 Der Vorstand.

Am 2. Februar verschied nach
langen schweren Leiden unser ge-
liebter Sohn

Richard Hauf.

Um stille Teilnahme bitten
Die Eltern, Geschwister,
Frau und Kinder.

Die Beerdigung findet von der
Halle der Hions-Gemeinde in
Nordend um 3 Uhr statt.

Dankagung. Für die herzliche
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Vaters, des Schmiedes
Heinrich Röhr, sagen wir allen
Freunden und Bekannten sowie den
Genossen des 67. und 69. Bezirks,
den Kollegen des Deutschen Bau-
arbeiter-Verbandes, Zweigvereins
Berlin, dem 2. Wahlverein und den
Kollegen der Heil-
halle Bechly unseren herzlichsten
Dank.
Sibbe
Dorothea Röhr
nebst Kindern.

23165

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Klavier-
arbeiter

Ole Olsen

Beymannstr. 12, im Alter von
52 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 5. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.

Um stille Teilnahme bitten
78/15 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß
meine liebe Frau, unsere gute
Mutter

Anna Bartram

geb. Teichert
am 2. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag von der Leichenhalle
des Friedhofes der Lazarus-
gemeinde in Witzschfelde aus statt.

Um stille Teilnahme bitten
Martin Bartram
nebst Kindern.

2317

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Vaters,
unseres guten Vaters, des Wollwebers
Julius Duchaufour

sagen wir hiermit allen Freunden
und Bekannten sowie dem Wollweber-
verein, dem Arbeiter-Gesangsverein „Sanges-
lust“, dem Arbeiter-Nachbarverein
„Frisch auf“, Grünau sowie dem Ver-
bande der Gast- und Schankwirte
von Adlershof und Umgebung unseren
innigsten Dank. 85a

Witwe Duchaufour
nebst Kindern.
Grünau, Januar 1913.

Am Sonntag, den 2. Februar
starb unser liebes Töchterchen und
Schwieger

Lottchen Lambrecht.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 5. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Neuföhner
Friedhof am Mariendorfer Weg
aus statt. 12a

Um stille Teilnahme bitten
Die tieftraurigen Eltern,
Neuföhner, Brunendorferstraße 2.

12a

Den Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Bruder, Schwager, Onkel

Eugen Schöbel

nach langem Leiden am Sonn-
abend, den 1. Februar, früh
4 Uhr, sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 6. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuföhner Friedhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
12a Die Anverwandten.

12a

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung unseres lieben Sohnes
und Bruders

Albert Nieß

sagen wir hiermit allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der Deutschen Telegraphen-
verbindung unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

38a

Dankagung.

Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Vaters, unseres
geliebten Vaters, des Schneiders
Heinrich Rülke sagen wir
allen Bekannten, insbesondere der
Firma Röhne, seinen Kollegen, dem
Verband der Schneider, der Kranken-
und Sterbe-Zuschüsse, den Genossen
des 6. Wahlkreises, dem Spar- und
Bergmännischen Verein „Blüh u. Gedeih“,
dem Kollektsverein „Gemütslichkeit“,
den Laubkolonnen der Kolonie
„Sandring“, den Mitgliedern des Quartes
Graunstr. 25, sowie seinen Freunden
der H. C. G. unseren herzlichsten Dank.
Witwe Anna Rülke
nebst Kindern.

23155

Spezialarzt

i. Haut-, Genu-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beintraume jeder
Art, Ehrlich Gata - Kuren in
u. Co. lung
Laborat. I.
Blut-
untersuchung, Fäden i. Darm usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Genophtikum.

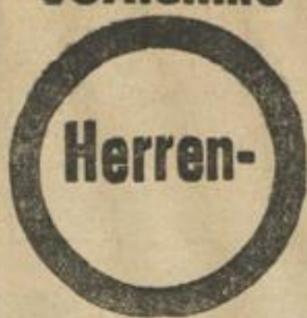
Dr. Homeyer

Spr. 10-2, 5-9. Sonnt. 11-9.

Honorar nachig, auch Teilzahl.

Separates Damenzimmer.

Vornehme



Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate



Rosenthaler Strasse 36
1. Etage.

Frankfurter Allee 104
Ecke Friedrichstraße.

Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Lieferwagen und alle Sorten
Häber Ballabendenfrage 101. 22848

Diese Woche!!

Inventur-

Extrapreise für

Buntpersische doppelseitige

Diwandecken

à M. 5,85-8,75 (bisher 10-15 M.)

einfachere Qualität 4³⁵ 4⁸⁵

Bunte

Mokett-Plüsch-Diwan-
decken. 16⁸⁵ (bisher 27 M.)

Mokett-Tisch-
decken 8⁷⁵ (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus

Emil

Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

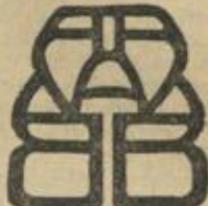
Oranienstr. 158

Habe nirgends Filialen!

Räumungs-Extralist

(enorm billiger Angebote)

gratis und franko.



**EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE**
stod unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und
arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich.
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Köpenickstadt 3088, 4088/90

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8 1/2 Uhr:

**Vertrauensmänner-Verjammlungen
der Bezirke und Branchen.**

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes.
2. Bericht der Werkstätt-Vertrauensleute.
3. Aufstellung der Kandidaten-
liste für die Delegierten zur Generalversammlung.
4. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstätt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Verjammlungslokale:

Tischler.

Südwesten u. Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.

Süden: bei Glesing, Bassertorstr. 68.

Südosten I u. II: im Lokal Züsch, Waldemarstr. 75.

Osten I: bei Kluge, Langestr. 58.

Osten II: bei Huth, Warshauer Str. 61.

Osten III: bei Bergmann, Vogthagenstr. 26.

Oestliche Vororte: bei W. Zühl, Vichtenberg, Kronprinzen-
straße 47, Ecke Schornweberstraße.

Nordosten: bei Wiermann, Gr. Frankfurter Str. 16.

Jede Tischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Ver-
jammlung senden.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,
Schwedter Straße 23.

Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Havensstr. 6.

Weißensee: im Prälator, Lehberstr. 122. Abends 5 1/2 Uhr.

Neukölln: im Ideal-Kafé, Weichselstr. 8.

Schöneberg: um 5 1/2 Uhr bei Kusche, Meiningen Str. 8.

Charlottenburg: bei Thunack, Bismarckstr. 4.

Küchenmöbelbranche bei Andrig, An der Stralauer Brücke 3.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Gröbner,
Admiralstraße 18a.

Bezirk 2: Osten bei Bräuer, Weidenweg 85.

Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glesing,
Kronprinzenstr. 74.

Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Zach

Ein Grabstein für Paul Singer.

Zu einer würdigen Feier gestaltete sich die Enthüllung des Denkmals, das die Genossen von Groß-Berlin und vom 4. Reichstagswahlkreis insbesondere in dankbarer Erinnerung unseren verstorbenen Paul Singer gestiftet haben. Etwa 1500 Personen mögen bei dem Akte, der sich am Sonntagvormittag auf dem städtischen Friedhofe zu Friedrichsfelde vollzog, zugegen gewesen sein. Vertreten waren auch die Fraktionen des Reichstages, des Landtages und der Stadtverordneten.

Zu Füßen des verhäulten Denkmals waren prächtige Kränze und Palmenwedel niedergelegt worden, so u. a. vom Verband Groß-Berlin, vom 4. Reichstagswahlkreis, von der Vorwärts-Druckerei, vom Arbeiter-Samariterbund, vom Les- und Diskussionsklub „Paul Singer“, sowie von den Angehörigen des Verstorbenen. Prädigt nahm sich das feishe Grün in der starren kalten Winternatur aus, und die roten Schleifen hoben sich leuchtend von der weißen Schneedecke ab.

Die Feier leitete der Männerchor-Ost ein, der sehr stimmungsvoll das Lied: „Ich warte Deiner“ zum Vortrag brachte. Ergreifend klang der Gesang durch die Stille des Friedhofes und in stummer Andacht lauschten die Teilnehmer, unter denen auch die nächsten Verwandten und Freunde des Toten sich befanden, den feierlichen Mänglen.

Darauf nahm Genosse Eugen Ernst das Wort zu einer eindringlichen, zu Herzen gehenden Ansprache:

„Zwei Jahre sind nun vergangen, seit die Trauerhochzeit das deutsche, ja das internationale Proletariat erschütterte: Unser Paul Singer ist tot. Zehntausende gaben an diesem Sonntag ihrem toten Führer und Freunde schmerzbeugte das letzte Geleit. Und als er hier an der Seite seiner alten Kampfgenossen Auer und Liebknecht eingebettet wurde, gingen alle die Tausende entblöhten Hauptes an seinem Grabe vorbei, so der Liebe und der Verehrung eines ganzen Volkes Ausdruck gebend. Heute grüßen wir in Ehrfurcht noch einmal sein Gedächtnis, gedenken noch einmal unseres großen Toten. Zwei Jahre sind vergangen und wir alle haben das Bewußtsein, daß der unerlöste Tod eine schmerzliche Lücke in unseren Reihen gerissen, daß damals ein wahrhaft Großer unter uns zu Grabe getragen wurde. Wie oft wurde seiner in Liebe und in Bewunderung gedacht, wie oft auf seine Taten verwiesen. Und doch müssen wir eingestehen: Wie wenig können wir ihm doch wiedergeben von all der Mühe und all der Hingabe, die er uns in seinem Leben gewiehl. Aber wir sagen es noch einmal: Wir danken ihm auch heute noch aus welchem Herzen und wir lieben ihn, wie wenige sich rühmen können, von dem Volke geliebt zu werden. Und wenn es für seine hier anwesenden Verwandten, wenn es für seinen Bruder, mit dem ihn innige Zuneigung verband, wenn es für sie einen Trost gibt, so das Gefühl, daß ihr Schmerz geteilt wird von Millionen treuer Herzen, die ihren verstorbenen Freund und Führer nie vergessen werden. Worte mühsam behaltene Schmerzes erklangen hier auf dem Friedhof, als vor zwei Jahren die Vertreter des internationalen Proletariats an seinem Sarge standen und ihm den letzten, wehen Scheidegruß widmeten. Aber doch auch Worte des Stolzes waren es, daß ein so reines, lauterer Herz für uns geschlagen, daß dieser selbstlose, tapfere Mann unserer Sache gedient.

Paul Singer! Sein Leben war ein großer, immerwährender Kampf und darum war es kostbar zu nennen! Wo immer seine Stimme erklang, da lauschten die Massen, da wühlten sie, daß dort in heifer, leidenschaftlicher Weise ihre Ideale vertreten wurden. Wir aber wußten alle, daß dort auch ein Verteidiger wahrer Menschenliebe sprach. Und wie oft hat Paul Singer Worten der Warmherzigkeit und der Nächstenliebe das Wort geredet, wie oft selbst Tränen der Not getrocknet und ist bei Krankheit und Elend helfend eingespungen. In unauslöschlichen Letztem steht sein Name verzeichnet in der Geschichte dieser wohlthätigen Anstalten, wie das Berliner Aylh u. a. Heberall, wo es galt Rat zu lindern, Armen beizuhelfen, da war Paul Singer bereit. So hätte sich allein dadurch sein Bild leuchtend herborgehoben, wäre sein Andenken gewahrt geblieben. Und doch war sein Wunsch Gutes zu tun und die Leiden anderer zu lindern, der Tugend größte nicht von ihm. Paul Singer hat größeres getan, als abzugeben von dem, was ihm des Lebens Genuß gegeben. Paul Singer gab sich selbst dem Volke, dem sein Herz gehörte. Sein ganzes Leben widmete er dem arbeitenden Volke, jede Stunde, jede Minute zerrieb er sich in Sorge um dessen Wohl. Dieses Leben voll Güte war auch ein Leben heißen Kampfes. Schon als Jüngling schloß er sich der demokratischen Bewegung an, hoffend, daß diese die Menschheit aus den Fesseln befreie. Und als der eilige Sturm des Ausnahmestandes über Deutschland hinwegzog, als so viele Hoffnungen brütel getrieben und hunderte erbarmungslos von Haus und Hof gejagt, aus dem Kreise ihrer Familien gerissen wurden, als eine Aera schrankenloser Willkür und Verfolgungen eintrat, da litt es unseren Paul Singer nicht länger, nur mitzuführen mit der Bewegung, der schon längst sein Herz angehörte. In dieser schweren Stunde der Partei, als uns der tödliche Feind am schlimmsten bedrohte, als das arbeitende Volk völlig rechtlos und wehrlos gemacht war, da trat er kühn und entschlossen in die Schranken. Als so viele schwankten und mutlos wurden, da warf er alle Annehmlichkeiten des Lebens verächtlich beiseite und hatte nur den einen Wunsch, Kämpfer zu sein gegen Gewalt und Unrecht. Nicht einen Augenblick hinderte ihn bängliches Jaudern, nur Kämpfer wollte er sein für die Rechte des Volkes. Das war der Laten größte von ihm. Das war es, was ihn so verwachsen ließ mit dem Volke, was es, was ihm die Liebe und die Verehrung des arbeitenden Volkes sicherte. Von diesem Augenblick an schlang sich um beide das Band felsenfesten Vertrauens, das durch nichts erschüttert werden konnte. Und das Vertrauen bewährte sich. Wie Paul Singer doch bei aller Verehrung der einfache, schlichte Mann, der teilnahm an den kleinen Sorgen und Mühen der Arbeiter, an den großen und ersten Stunden der Genossen. Keine Einmischung im Berliner Parteileben ist getroffen, ohne daß sein Rat eingeholt, seine Erfahrung bemüht wurde.

Paul Singer war auch ein Muster von Pflichttreue, ein Beispiel von Freundestreue. In all den Jahren, die er der Partei gewidmet, hat er sich bewährt als der tapfere, der kluge, der nimmer verzagende Kamerad. Bei aller Klarheit und aller Abgeschlossenheit seiner Weltanschauung, bei aller Entschiedenheit, mit der er seine Ansichten vertrat, fühlte man doch den Geist der Versöhnlichkeit, der sein ganzes Leben beherrschte. Daher auch der große Kreis seiner persönlichen Freunde. Aber wie versöhnlich er den Freunden gegenüber war, so bitter haßte er das Unrecht, das dem Volke angetan. Nie erlaubte er in dem großen Kampfe für des Volkes Wohl. Jede Stunde wühlte er aus, für die Entertien einzutreten, für sie zu kämpfen. Und wie oft rief er den Herrschenden Worte des Jornes zu, schte ihnen mit brennendem Mund

auseinander, wie das arbeitende Volk sich müht und plagt, wie dort Elend und Hunger haufen, wie die Massen nichts haben von den Errungenschaften der Kunst und des Wissens, wie ein Tag dem anderen gleicht in namenloser Pein. Wie oft warnte er mahnend, daß das Volk nicht länger darben will, daß es mitgenießen will von dem Sonnenlicht des Lebens, daß es nach Befreiung lechzt. Da horchten die Massen auf, hörten sie doch von ihm verstanden, was sie selbst gedacht und gefühlt hatten. Doch die Herrschenden blieben wie immer taub gegen die Mahnung; standen sich doch zwei Welten gegenüber, die sich nicht mehr verstehen konnten. Als Paul Singer 1886 im Reichstag die Fämis der Zustände gehehle, da hatten die Herrschenden keine andere Antwort, als daß man ihn hinauswies aus der Stadt, an deren Verwaltung er so lange Jahre in der selbstlosesten Weise mitgewirkt. Heimlos wurde er gemacht, nur weil er dem arbeitenden Volke diente, weil er es erretten wollte aus der Mühsal, die es erdrückt. Gedachtet um des Volkes willen, das vergaß ihm das Volk nie, Treue um Treue. Und als Niedertsicht und Lüge versuchten, diesen lauterer Charakter zu schmähren und zu besudeln, als politische Rachsucht ihn mit giftigem Haß verfolgte, da standen die Massen zu ihm in unwandelbarer Liebe und Treue. Paul Singer hat damals schwer gelitten, aber wir können wohl mit Stolz sagen: Wer von den Herrschenden kann sich solcher Liebe rühmen und wie wenige der Mächtigen sind es, die sich solcher Treue eines Volkes gewiß sind. Ja, sie waren unendlich verbunden: Paul Singer und das arbeitende Volk. Und so ruhten denn die Genossen des 4. Kreises wie auch die Genossen Groß-Berlins nicht, bis sie ihrer Liebe und ihrer Verehrung für unseren Toten einen für alle Welt sichtbaren Ausdruck geben konnten. Ein Aufzug soll das Denkmal sein für uns, ein Mahnruf für die Jüngeren, fest zu stehen zu dem Ziel, für das er sein Lebenlang gerungen. In gerader genialer Weise hat der Bildhauer Prof. Stark diese Aufgabe gelöst, das Bild des Vereinigten festzuhalten. Einfach und schlicht, gleich dem Toten, ist auch das Denkmal. Hochauferichtet steht der Obelisk da als ein Symbol der Größe dieses Mannes. Ruhig und fest auf den Boden ruhend, blickt er weit hinaus in die Ferne, als sehe er den Tag nahen, den Tag, den der Tote so sehnsüchtig herbeigewünscht, der Tag der Völkereinheit und des Völkerglücks. Noch ist der Tag nicht da; aber dieser Tag kommt, das ist uns heilige Gewißheit. Dann aber wird das Volk hinauswandern nach der Stätte, wo so viele tapfere Männer ruhen; dann wird es auch an die Gruft unseres Paul Singer treten und jubelnd rufen: Paul Singer, wir haben erreicht, was Du gewollt, für was Du gekämpft. Wir danken Dir noch einmal für all die Sorgen, die Du um uns gehabt; für all die Liebe, die Du uns gewidmet. Wir danken Dir aber namentlich für den harten Kampf, den Du für uns geführt, damit das Dichtwort zur Wahrheit werde: Ein freies Volk auf freiem Grund. So wird das Volk seine Toten ehren, in Treue und in Ehrfurcht. Und so übergeben wir denn dieses Denkmal der Obhut der Berliner Arbeiterschaft. Es falle nun die Hülle!

Die Hülle fällt, und in seiner schlichten Schönheit bietet sich das Denkmal den Blicken der Anwesenden dar. Ein sechs Meter hoher Obelisk aus Lavastein reht sich trotzig und frei empor, und zeigt an seiner Stirnseite in Form eines Wronzemedallions den charakteristischen wuchtigen Kopf unseres verstorbenen Genossen Singer, der lebenswahr und sprechend ähnlich die Züge des Toten wiedergibt. Einmütig waren die Anwesenden in der Anerkennung des Kunstwerkes, das den Prof. Stark-Wilmersdorf zum Schöpfer hat.

Und als wir in Betrachtungen versunken an der Grabstätte standen, kam uns eine kleine Episode aus dem Wahlkampf von 1908 in Erinnerung. Es war im Saal der Vordrucker am Tempelhofer Berg, in einer beängstigend dichtgedrängten Versammlung, wo Genosse Singer sich in padenden Worten an die Wähler des 2. Reichstagswahlkreises wendete. Er kam dabei auf die niederträchtigen Anwürfe gewisser Segner zu sprechen und jagte, unter dem stürmischen Jubel der Versammlungsbefucher: daß, wenn man auf der Strafe einen Rothausen sehe, man nicht hineintrete, sondern einfach ausweiche. Ebenso mache er es mit seinen Verleumdern, die an ihn nicht heranreichten, dessen Leben wie ein aufgeschlagenes Buch vor aller Welt daliege.

Ja, sein Leben war ein aufgeschlagenes Buch, in dem die Seiten angefüllt waren von Opfermut, Hilfsbereitschaft und rastloser Arbeitsfreudigkeit und aus dem uns als leuchtendes Beispiel der Mann entgegenblickt, dem seine Getreuen in dankbarer Erinnerung dieses Denkmal setzten.

Für Groß-Berlin!

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung verhandelte gestern über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der aufs neue die Forderung aufstellte, Berlin und die Vororte zu einem Groß-Berlin zu vereinigen. Der Antrag lautete:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, aus Anlaß der zurzeit stattfindenden Verhandlungen betreffs Eingemeindung von Treptow in Berlin sich mit den Behörden der anderen Vorortgemeinden um Berlin in Verbindung zu setzen, um die immer dringender gewordene administrative oder mindestens steuerpolitische Vereinigung von Berlin mit seinen Vororten bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften Preußens eindrucksvoll zu betreiben.“

Genosse Ed. Bernstein, der den Antrag begründete, wies einleitend hin auf die kürzlich vom Berliner Oberbürgermeister Wermuth angestimmte Klage über das städtefeindliche Verhalten der Regierung. Der Antrag ist, so führte unser Redner aus, kein spezifisch sozialdemokratischer. Er verlangt etwas, worüber die ganze Stadtverordnetenversammlung einig ist, und betrifft eine Forderung, die auch schon früher von den Liberalen vertreten wurde. Es handelt sich dabei um einen Gegensatz der Gemeindefürsorge und der Regierungspolitik sowie der Haltung der Provinziallandtage und der Kreise. Schon die Regelung der Steuerfrage in den Gemeinden erfordert eine Zusammenziehung zu einem Groß-Berlin, weil die Gemeindevertretungen sonst sich nicht zu der notwendigen Erhöhung des Steuerzuschlages entschließen wollen. Der Zweckverband Groß-Berlin hat eigentlich keine der Erwartungen erfüllt, die er rege gemacht hatte, aber alle Befürchtungen, die an ihn geknüpft wurden, scheinen sich bewahrheiten zu wollen. Wir brauchen eine organische Verbindung zwischen Berlin und den Vororten, nicht etwa nur mechanische. Ich will den Kreisen nicht unrecht tun, auch ihnen soll ihr Recht werden. Aber gehören die Gemeinden Groß-Berlins organisch zu den Kreisen oder or-

ganisch zu Berlin? Unser Antrag verlangt, Schritte zu tun, die eine Eingemeindung anbahnen. In England hat eine konservative Regierung den Londoner „Grafschaftsrat“ geschaffen, der direkt von der Bevölkerung nach gleichem Wahlrecht gewählt wird. In Preußen ist man eherzig genug, das Zustandekommen eines Groß-Berlin zu hindern. Bei einer administrativen Vereinigung Berlins und der Vororte würde die Verwaltung erleichtert und auch an Kosten gespart werden. Wir müssen, wenn nicht so gleich die Eingemeindung, so doch mindestens eine Vereinheitlichung gewisser Aufgaben der Gemeinden verlangen. Das Mißgebilde des Zweckverbandes bedeutet nicht eine Erweiterung, sondern eine Verengerung der Selbstverwaltung. Wir wünschen und fordern, daß der Magistrat Schönebergs an die Gemeinden Groß-Berlins herantritt, um die Schaffung eines Groß-Berlin zu betreiben. Der Ausschuß des Provinzial-Landtages hat sich grundsätzlich gegen jede Eingemeindung ausgesprochen. Diese Leute werden uns immer wieder nicht nur ein „Wir können nicht“, sondern auch ihr „Wir wollen nicht“ entgegensehen. Aber die Groß-Berliner Gemeinden müssen sich regen. Schon gegenüber dem Plan des Zweckverbandes hätten die Gemeindevertretungen und die Bevölkerung Groß-Berlins einmütig erklären müssen: Das genügt uns nicht. Was damals nicht geschah, muß jetzt geschehen. Einzelne Gemeinden werden sich ausschließen, aber die große Mehrheit wird zustimmen, vor allem Berlin. Hier gilt es, den Tag zu nützen und die Gelegenheit zu ergreifen. Sorgen Sie dafür, daß die Abstimmung über unseren Antrag eine einheitliche Demonstration Schönebergs wird und daß sie widerständig in Groß-Berlin!

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff Oberbürgermeister Dominicus das Wort, um namens des Magistrats eine Erklärung abzugeben. Der Magistrat steht, so führte er aus, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die administrative Vereinigung der Gemeinden Groß-Berlins dringend wünschenswert ist. Die Frage ist aber für ihn die, ob von dem in dem Antrag empfohlenen Vorgehen zurzeit ein positiver Erfolg zu erwarten ist. Gegenüber dem Widerstand des preussischen Abgeordnetenhauses versprechen wir uns nichts davon. Auch eine steuerpolitische Vereinigung Groß-Berlins erscheint uns sehr erwünscht. Aber die Einigkeit, die in dieser Frage im vorigen Jahr bei den Magistraten der Vororte zustande kam, besteht in diesem Jahre zwischen ihnen nicht mehr. Unter diesen Umständen erwarten wir auch hier keinen Erfolg von dem gewünschten Vorgehen. Wir fürchten vielmehr, daß dabei eine Zerissenheit der Gemeinden konstatiert werden könnte, die dem Ziel des Antrages nicht nützlich wäre.

Diese scharfe Abfrage des Oberbürgermeisters fand bei keiner Fraktion der Versammlung Beifall. Für die „liberale Fraktion“ erklärte Stadtverordneter J o b e l sich einverstanden mit der Tendenz des Antrages, die durchaus der früher von Liberalen gegenüber dieser Frage eingenommenen Haltung entspreche. Anders könne es werden, wenn ein anderer Geist in den Gemeinden herrichte und nicht immer gefürchtet würde, daß bei einem Zustandekommen Groß-Berlins — Stadtverordnetenmandate eingebüßt werden. Bernsteins Freunde hätten die Probe machen und in allen Gemeinden Groß-Berlins diesen Antrag einbringen sollen. Zweifelsfah schien Herrn J o b e l, ob jetzt etwas zu erreichen sei. Darum beantragte er, durch Einschiebung der Worte „zu gegebener Zeit“ dem Magistrat freie Hand für ein späteres Vorgehen zu lassen. Auch der Redner der „Freien Fraktion“, Stadtverordneter J a k o w, bezeichnete ein Groß-Berlin als das „einzige Wahre“. Er bedauerte die ablehnende Haltung des Magistrats. Von der Hinausschiebung auf „gegebene Zeit“ fürchtete er eine Vertagung auf den N i m m e r m e h r s t a g. Bedenken hatte er gegen den Passus des Antrages, daß die Vereinigung „mindestens steuerpolitisch“ sein solle. Er wünschte, daß einfach die administrative Vereinigung gefordert werde.

Das Ergebnis der Debatte wurde vom Genossen Bernstein dahin zusammengefaßt, daß eine einmütige Kundgebung zustande kommen müsse. Werde die Sache richtig behandelt, so sei zu hoffen, daß sie nicht bei den Gemeindebehörden bleiben, sondern auch die Bevölkerung hineinziehen werde. Die Betomung der „steuerpolitischen“ Seite könne aus dem Antrag gestrichen werden. Der Zusatz „zu gegebener Zeit“ werde als Verschleppung erscheinen. Mindestens bedeute er eine Abschwächung, durch die diese ganze Kundgebung besinträchtig würde.

Nachdem Stadtverordneter J o b e l seinen Zusatzantrag zurückgezogen hatte, wurde der Antrag unserer Genossen einstimmig angenommen.

Die erfreuliche Einmütigkeit dieser Kundgebung wird hoffentlich dem Magistrat ein Anlaß sein, seine Meinung zu ändern, um der durch den Antrag an ihn gerichteten Anforderung Folge zu leisten.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich-Friedenau. Heute, Dienstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhase, Steglich, Kohnstr. 15a, der dritte Vortrag des Genossen Dämmig über: „Deutsche Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts“ statt. Eintrittskarten sind im Vortragefokal zu haben.

Schmargendorf. Morgen, Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Waldater, Warnemünder Str. 15/16: Auserordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtw. M. Groger über die bevorstehenden Landtags- und Gemeindevahlen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Vortragskurse für Erzieher in Fürsorgeanstalten. Aus dem Rathause wird berichtet: In Anerkennung der Bedeutung, die einer gründlichen Ausbildung der bei der Fürsorgeerziehung tätigen Erzieher zukommt, beauftragt die städtische Waisendeputation zurzeit einen Ausbildungskursus für ungefähr 20 Erziehergehilfen, Hausväter usw., die aus Fürsorgeanstalten aller Landesteile geladen sind. Der Kursus wurde heute früh im Stadthause durch den Vorsitzenden der Waisendeputation, Stadtrat Düring, um 9 Uhr mit einer kurzen Ansprache begonnen. Daran schloß sich der erste Vortrag des Direktors Knaut, unter dessen Leitung der für die Dauer einer Woche berechnete Kursus stattfindet. Die Arbeit des Kursus ist so geteilt,

das regelmäßig vormittags von 9-1 Uhr in wechselnder Reihenfolge Vorträge aus dem Gebiete der Erziehungsliteratur stattfinden, während die Nachmittage für Besichtigungen bestimmt sind. Abends findet regelmäßig eine zweifelhafte Diskussion statt. Von den in Aussicht genommenen Vorträgen verdienen hervorgehoben zu werden ein siebenstündiger Vortrag des Anstaltsarztes Dr. Seelig über die ärztliche Fürsorge und namentlich über die Erkenntnis und Verhütung der vielfachen Grenzstörungen der Psychopathie, Vorträge des bekannten Direktors der Groß-Hofener Anstalt P. Roth über die Psychologie Jugendlicher, des Direktors Pflaß-Behrendorf über die Arbeitserziehung schulpflichtiger Jünglinge, des Direktors Kraut über „Erziehungsgrundsätze“, „Die Persönlichkeit des Erziehers“ usw.

Der berühmte „Natsch“ hatte schon am Sonnabend die Groß-Berliner Verkehrsstraßen in einen Sumpf verwandelt. Als am Sonntag der Regen dazu kam, wurde es noch schlimmer. Die Straßenreinigung hielt Sonntagsruhe und setzte erst in der Nacht wieder lebhafter ein. In den Vorstädten lagen bis weit in den Montag hinein sehr erhebliche Schneemassen, die bald schwarzgraue Farbe annahmen, sich zum Teil in Schlammfluten auflösten und den Fahrweg zum Morast machten. Die Hauptstraßen waren ja einigermassen frei, in den Seitenstraßen sah es greulich aus. Ein kräftiger Sturm unterband vollends den Sonntagspaziergang. Auch aus den kaum begonnenen Eisbahnfreuden wurde natürlich nichts. Selbst auf der Müggel und anderen Seen hatten sich nur wenige Sportbegeisterte eingefunden.

Man muß desinfizieren lassen?

Wie berichteten in Nr. 23 über eine Desinfektion, die infolge Verwechslung zweier Familien Lehmann bei den unrichtigen Lehmanns ausgeführt worden war. Hierzu teilt ein Leser unseres Blattes und das Ergebnis einer anderen Familie mit, die vor einiger Zeit gleichfalls durch den unerbetteten und unerwarteten Besuch von Desinfektoren überrascht wurde. Da in dieser Familie seit langem überhaupt niemand krank gewesen war, so wurde den Desinfektoren geantwortet, das sei wohl eine Verwechslung. Sie riefen einen Schumann herbei, aber auch diesen wurde erklärt, daß ja jeder Anlaß zu einer Desinfektion fehle. Hinterher stellte sich heraus, daß ein bei der Familie wohnender Schlafkurist aus einem Ort zugewandert war, in dem Erkrankungen an Granulose vorgekommen waren. Er selber war niemals an Granulose erkrankt, aber die Polizei befürchtete wohl eine Einschleppung der Krankheit durch ihn. Bei Granulose ist Desinfektion vorgeschrieben, die sich natürlich nicht nur auf krank gewesene Personen zu erstrecken braucht. Weil die Zuwanderung des Schlafkuristen schon vor mehreren Monaten erfolgt war, so nahm die Polizei schließlich davon Abstand, auf nachträglicher Ausführung der Desinfektion zu bestehen.

Unter Hinweis auf diese Desinfektionsgeschichte wird uns die Frage vorgelegt, ob die Desinfektion hätte erzwungen werden können. Erzwungen werden kann sie allerdings unter Umständen auch dann, wenn in der betreffenden Familie niemand krank gewesen ist. Nach den Vorschriften des Seuchengesetzes kann die bei bestimmten Krankheitsvorfällen vorgeschriebene Desinfektion auch für Gegenstände und Räume angeordnet werden, von denen anzunehmen ist, daß sie mit Krankheitsstoff befaßt sind. Wer den polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt, läuft Gefahr, sich strafbar zu machen. Vermutlich hat die Polizei auch bezüglich des Mannes, der aus jener durch Granulose befallenen Gegend zugewandert war, angenommen, daß seine Sachen mit Krankheitsstoff befaßt seien. Auch bei dem, der nicht selber krank gewesen ist, wäre das immerhin möglich. Wundert man sich nur darüber, daß diese Annahme erst so spät, nachdem mehrere Monate seit der Zuwanderung vergangen waren, noch entstanden ist.

Zahlreiche Wasserrohrbrüche sind in den letzten Tagen während des Tauwetters gemeldet worden. In mehreren Fällen sind dadurch Ueberschwemmungen entstanden und in einigen mußte sogar die Feuerwehre einschreiten, um weitere Gefahr zu beseitigen, unter anderem am Brandenburger Ufer 1, in der Oberwallstr. 16a und Prenzlauer Allee 26. In der Invalidenstr. 129 hatte der Stumm ein Firmenlokal gelockert und die Wandschichten herabgerissen. In der Eisenacher Straße Ecke Alazienstraße hatte der Wind ein großes Schaufenster der Wutterhandlung von Reichelt zertrümmert.

Die vielgerühmte Findigkeit der Post scheint, wie so vieles unter dem Scepter des Herrn Kraetzle, auch schon der Vergangenheit anzugehören. Sie stolpert oft über Unschicklichkeiten. Ein gemeinnütziger Berliner Verband sandte dieser Tage die von ihm herausgegebenen Zeitschrift an sämtliche Reichstagsabgeordnete unter ihrer Berliner Privatadresse nach Maßgabe des amtlichen Verzeichnisses. Die Würde war neben den sonstigen Titeln abgekürzt mit „M. d. R.“ bezeichnet. Diese Abkürzung ist allgemein bekannt. Nur die Postverwaltung scheint sie nicht zu kennen oder zu ignorieren. Sie sandte ein paar Dutzend Briefe, die unter der angegebenen, inzwischen veränderten Privatadresse nicht bestellbar waren, mit dem Vermerk „unbekannt bezogen, nicht ermittelt“ an den Absender zurück. Auf die Idee, die Briefe nach dem Reichstagsgebäude gehen zu lassen, sind die „findigen“ Kraetzle-Jünger nicht gekommen. Oder liegt hier wieder mal ein engberäuber Bureaunkrämer vor, der das „M. d. R.“ für „Mitglied des Reichstages“ offiziell nicht anerkennt?

Einem Spielerklub überraschte die Kriminalpolizei in der Nacht zum Sonntag bei „voller Arbeit“. In seinem Hause am Velle-Allianzplatz 3, das auch einen Ausgang nach der Gitschiner Straße hat, richtete ein Herr Müller vor mehreren Jahren im hohen Erdgeschoß und im Untergeschoß elegante Räume für den „Geselligkeitsklub Velle-Allianz“ ein. Im Untergeschoß liegen die Küchen und Wirtschaftsräume, im hohen Erdgeschoß die Gesellschaftssäle, deren Fenster nach dem Hof hinausgehen und sehr fein ausgestattet sind. Außer einem Bibliothek- und Schreibzimmer findet man dort einen Spielraum mit den Vorrichtungen für Puff, Dame und andere Spiele, in einem hinteren Raum einen Vaccaratisch. Am Eingang am Velle-Allianzplatz weist ein ganz kleines Schild mit der Aufschrift „G. U. V. A.“ und einer Klingel auf den Klub hin, in dem sich abendlichen Mitglieder und Gäste aus den Kreisen der Künstler, Kaufleute und Rentiers vereinigen. Schon vor zwei Jahren besaß die Klub einmal die Kriminalpolizei, ohne daß es zu einem Strafverfahren kam. Seitdem war der Klub in der Aufnahme der Mitglieder und der Einführung von Gästen sehr vorsichtig. Dennoch besaßen sich in der letzten Zeit bei der Staatsanwaltschaft wieder mehrere Leute, die große Verluste erlitten hatten. Die Kriminalpolizei beobachtete deshalb den Klub wieder andauernd. Es war aber jetzt sehr schwer, sich Zutritt zu verschaffen, ohne Mitglied oder geladener Gast zu sein. In der Nacht zum Sonntag gelang es den Kriminalbeamten aber doch, die Spieler zu überraschen. Sie trafen gegen 30 Personen, die eifrig beim Spielen waren, und stellten alle fest. Es gelang auch noch Würfel usw. und bares Geld zu beschlagnahmen. Einige Spieler fanden noch Zeit, ihre Würfel zum Fenster hinauszuerwerfen. Sie fielen aber auf dem Hofe gerade den Kriminalbeamten vor die Füße, die dort zur Beobachtung aufgestellt waren. Unter den Ueberraschten befanden sich trotz der Vorsicht des Klubs mehrere Personen, die der Kriminalpolizei als Spieler bekannt sind. Gegen den Besitzer der Klubräume, den Hauseigentümer Müller, und die Spieler wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Im Tiergarten erschaffen hat sich Sonntag früh der 63 Jahre alte Schausteller Otto Barnigle aus der Stargarder Straße 49, Barnigle betrieb in den letzten Jahren hintereinander mehrere Schaustellerei, die jedoch alle schlecht gingen.

Ueber 14 Tage tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 49 Jahre alte Aufwärtlerin Frau Ida Mazank geb. Marx, die für sich allein

eine Stube im Erdgeschoß des Seitenflügels im Hause Reichberger Straße 155 bewohnte. Frau Mazank lag wegen eines schweren inneren Leidens längere Zeit im Urbin-Krankenhaus. Am 11. v. M. wurde sie von dort nach ihrer Wohnung entlassen. Hausgenossen sahen sie zurückkehren, hörten dann aber nichts mehr von ihr. Sie nahmen an, daß die Mieterin Bekannte aufgesucht habe und zur Erholung sich bei diesen aufhalten würde. Ein Bruder der Frau wunderte sich schließlich, daß seine Schwester sich nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus noch nicht hatte bei ihm sehen lassen. Er wollte sie deshalb Sonntag vormittag in ihrer Wohnung aufsuchen, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Als er hörte, daß man seine Schwester schon seit über 14 Tagen nicht mehr im Hause gesehen hatte, ließ er die Tür zu ihrer Wohnung durch einen Schlosser öffnen. Ein starker Verwesungsgeruch strömte ihnen beim Betreten der Stube entgegen. Frau Mazank lag, schon ganz in Verwesung übergegangen, auf dem Fußboden. Nach dem Befund scheint sie nach der Entlassung aus dem Krankenhaus vom Schläge gerührt worden zu sein und seitdem tot dort gelegen zu haben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Protest gegen den zwangsweisen Religionsunterricht der Dissidenten. Das Kulturkartell Groß-Berlin hatte am Sonntag eine öffentliche Versammlung zum Schutze der Dissidenten Kinder gegen staatliche Vergewaltigung in der Viktoriabrauerei in der Lützowstraße einberufen. Die Verhandlungen leitete Stadtrat Dr. Penzig-Charlottenburg. Er erklärte, daß es der Gewissensfreiheit widerspreche, wenn man die Kinder von Dissidenten mit Polizeistrafen zur Teilnahme am Religionsunterricht zwingt. Bisher habe sich dieser Zwang auf die Volksschulen erstreckt. Durch eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums vom 27. Juni 1910 sei dieser Zwang auch auf die höheren Schulen ausgedehnt worden. Bis zum Jahre 1897 habe das Kammergericht zugunsten der Dissidenten in solchen Streitfällen entschieden. Seitdem habe sich aber seine Rechtsprechung geändert. Vor anderthalb Jahren habe das Kulturkartell in einer Petition an den Preussischen Landtag um Befreiung der Dissidenten Kinder vom Religionsunterricht an den Schulen erlucht und als Ersatz die Unterweisung in der Religionsgeschichte und Morallehre empfohlen. Das Herrenhaus habe diese Petition zwar eingehend geprüft, aber auf Grund unrichtiger Voraussetzungen schließlich doch abgelehnt. Die Dissidentenfrage sei dadurch wieder aktuell geworden, daß der Antrag Schiffer-Hadenberg, der gleichfalls die Befreiung der Dissidenten Kinder von dem konfessionellen Religionsunterricht bezwecke, zur Zeit im Abgeordnetenhaus verhandelt werde. Es gelte alles auszusetzen, um eine Erledigung der Frage im Sinne der Gewissensfreiheit herbeizuführen. Professor Anshütz erläuterte die juristische Seite der Frage. Seiner Ansicht nach könne dem Staate das Recht nicht bestritten werden, die Dissidenten Kinder in den Volksschulen zur Teilnahme am Religionsunterricht zu zwingen. Dagegen sei die Ausdehnung dieses Zwanges auf die höheren Lehranstalten im Gesetz durchaus unbegründet. Das Provinzialschulkollegium berufe sich auf die Schulordnung, die sich aber der Verfassung zu unterordnen habe. Die jetzige Verwaltungspraxis bedeute eine schwere Schädigung der Gewissensfreiheit. Professor Dr. Eckelt vom Komitee „Konfessionslos“ forderte zur Teilnahme an der Kirchenaustrittsbewegung auf. Im letzten Jahre sollen in Berlin allein etwa 15 000 Personen aus der Landesliste ausgeschieden sein. Nur durch Aufgebot großer Massen könne den Gegnern der Gewissensfreiheit imponiert werden. Landtagsabgeordneter Hoffmann polemisierte gegen die Ausführungen des Professor Anshütz und trat energisch für die Trennung von Schule und Kirche ein. Als Mitglied der Unterrichtscommission, welcher der Antrag Schiffer-Hadenberg jetzt vorliegt, teilte der Redner mit, daß die Aussichten im Augenblick wenig günstig seien. Es werde sich wohl in der Kommission eine geringe Mehrheit finden, im Plenum würde der Antrag aber durch Abkommandierung einer entsprechenden Anzahl von Zentrumabgeordneten sicher abgelehnt werden. Als Antwort darauf soll die Austrittspropaganda so energisch betrieben werden, daß bald darauf eine Viertel Million Austrittserklärungen zu verzeichnen seien.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die vom Kulturkartell Groß-Berlin veranstaltete harte besuchte öffentliche Versammlung zum Schutze der Dissidenten Kinder gegen den zwangsweisen Besuch des konfessionellen Religionsunterrichts bittet die beiden Häuser des Preussischen Landtages dringend, den Antrag Schiffer-Hadenberg, Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören oder einer solchen, für welche Religionsunterricht an der Volksschule, die sie besuchen, nicht erteilt wird, können gegen den Willen des Vaters oder anderer Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichts nicht angehalten werden“, ihre Zustimmung erteilen zu wollen.“

Im Apollotheater gibt Harry Walden wieder einmal eine Gastrolle. Diesmal produziert sich Herr Walden als eine Art Verwundungskünstler, als welcher er in der Operette: „Der Herzog von Westminster“ auftritt. Dieser Einakter, der von einem Herrn Hugo Marx, hinter dem sich der verstorbene Rechtsanwält Marcuse verbergen soll, und von Walden verfaßt sein soll, ist teilweise ein Detektivstück, in dem Walden die Doppelrolle als ein unter dem Namen Herzog von Westminster verfolgter Hochstapler und als ein eben in den Ehestand getretener Rittergutsbesitzer Palm mimi. Die junge Frau Palm leidet dem von der Polizei gesuchten Verbrecher Hilfe beim Entweichen vor den Kriminalbeamten, die sich Albertspeln lassen. Walden bewies bei dieser Gelegenheit sein Schauspielertalent und fand sich mit den beiden Rollen gut ab.

Dem Einakter ging die Suppliche Operette „Die schöne Galathee“ voraus, in der Phila Wolf die Galathee recht nett darstellte.

Vollständig-wissenschaftliche Vorträge über die Alkoholfrage veranstaltete vom Arbeiter-Abtinentenbund finden in der Zeit vom 7. Februar bis 14. März im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelsufer 16, statt. Der Eintrittspreis für den Einzelvortrag beträgt 10 Pf., für alle 6 Vorträge 30 Pfennig. Ein Ausblick von Getränken findet nicht statt. Es sprechen am Freitag, den 7. Februar, Gen. Dr. med. J. Woles: „Alkohol, Kinderreichtum und Kindersterblichkeit“. Freitag, den 14. Februar, Gen. S. Rosenstein: „Alkoholschuld und Alkohol“. Montag, den 17. Februar, Parteisekretär A. Hanisch: „Abstinenzbewegung und Pesse“. Freitag, den 28. Februar, Redakteur J. Weiz: „Rausch und Alkohol“. Freitag, den 7. März, Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn: „Alkoholismus und Alkoholkapital“. Freitag, den 14. März, Gen. Aug. Neumann: „Aufgaben der Gemeinde im Kampf gegen den Alkohol“.

Die Vorträge beginnen pünktlich 8 Uhr abends. Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle des Bundes Engelsufer 19, sowie zu Beginn der Vorträge.

Verloren wurde Sonnabendabend in der Friedenstraße bis Frankfurter Allee eine Kammerschloß. Der Finder wird um Abgabe gebeten Friedenstr. 55, Hof 3 Treppen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Neues von der Schöneberger Straßenreinigung. Die Verwaltung hat schon seit einiger Zeit Versuche mit einer elektrischen Automobilstreife für die Kopfsteinpflasterstraßen angestellt. Diese Maschine unterscheidet sich von der Berliner Straßenreinigung erprobten elektrischen Streife dadurch, daß sie zwei Motoren und einen Wasserbehälter von 0,7 Kubikmeter Fassungsvermögen besitzt. Nachdem die Versuche zur vollen Zufriedenheit der Verwaltung ausgefallen sind — die neue Maschine leistet das Doppel- bis Dreifache einer mit Pferden bespannten Maschine —, hat die Schöneberger Straßenreinigungsdeputation die Anschaffung von zwei weiteren Maschinen beschlossen. Diese Maschinen sollen zwar auch zwei Motoren, jedoch zunächst keine Sprengvorrichtung erhalten, weil nach den angestellten Versuchen die Wirkung der Spreng-

vorrichtung der ersten Maschine auch für die beiden anderen mit ausreichend ist, falls für ein örtliches Zusammenarbeiten aller drei Maschinen Sorge getragen wird. Mit diesen drei Maschinen können sämtliche Kopfsteinpflasterstraßen Schönebergs gereinigt werden.

Eine weitere Neuerung, welche für die Allgemeinheit von größerem Interesse sein dürfte, gelangte am Sonnabend bei der Besichtigung der Schneemengen des letzten Schneefalles zur Erprobung. Die Straßenreinigungsverwaltung hat einen der vorhandenen eisernen Schneepflüge veranlaßt verändern lassen, daß sein Vordergestell mit dem Vorderteil der neuen elektrischen Automobilstreife zu einem elektrisch betriebenen Automobilstreifeplugg zusammengefügt werden kann. Diese Maschine wurde auf der Hauptstraße und in einigen Straßen des Schöneberger Westens praktisch ausprobiert und hat zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet. Vor allem ist wichtig, daß diese Maschine bedeutend schneller wie die mit Pferden bespannte Maschine arbeitet und jederzeit verwenngsbereit ist, wogegen bekanntlich die Herbeischaffung von Pferdmaterial sowohl zur Nachtzeit, als auch dann, wenn die Pferde an entfernteren Arbeitsstätten beschäftigt sind, mit Schwierigkeiten verbunden und höchst zeitraubend ist.

Todesfall aus dem dritten Stockwerk. Ein eigenartiger Unfall hat sich am gestrigen Montagvormittag in dem Hotel „Goldener Schlüssel“, Feurig, Ecke Kolonnenstraße abgepielt. Der 53jährige Sattler Wilhelm Hamis, der in dem Gasthof angeheiratet ist, hatte sich in das dritte Stockwerk des Hauses, wo große Strovvorräte aufgestapelt liegen, begeben, um dort zu schlafen. Infolge einer unvorsichtigen Bewegung rutschte er aus und fiel durch die Fensterbank hindurch auf die Straße hinab, wo er mit zerquetschten Gliedern liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Lichtenberg.

In den dauernden Kommissionen und Deputationen, deren Wahl in der letzten Stadtverordnetenversammlung vorgenommen wurde, sind unsere Genossen vertreten: Petitionsausschuß: Ritter, Köhler und Ludewig; Rechnungsausschuß: Günther, Elias, Linke, John; Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen: Grauer, Düwels, Tempel; Ausschuß für regelmäßige Kassenrevisionen, Cohn, Ludewig, Wigle, Stöber, Linke; Bau- und Verkehrsdeputation: Jaffe, Hedert, Grauer, John, Ritter; Deputation der städtischen Werke: Düwels, John, Günther, Kertischer, Krehling; Deputation für die Kanalisation außerhalb der Ringbahn: Hedert, Kertischer, Abraham; Deputation für die Kanalisation innerhalb der Ringbahn: Stöber, Eisenstadt, Kuffert, Wigle; Deputation für die Verwaltung des Riefelgutes: Grauer, Kertischer, John, Tempel; Grundeigentumsdeputation: Grauer, Jaffe, Tempel, Abraham; Bau- und Friedhöfsdeputation: Wigle, Elias, Lenner, John und als Bürgerdeputierter Hermann Müller; Straßenreinigungs- und Fuhrparkdeputation: Köhler, Peterhansel, Elias, Wigle, ferner als Bürgerdeputierter Paul Wehl; Deputation für die höhere Mädchenschule: Linke, Köhler, August Weder, Ritter; Feuerlöschdeputation: Linke, Günther, Wigle, Köhler; Inquartierungsdeputation: Abraham, Ludewig, Kuffert, Cohn; Deputation für die höhere Knabenschule: Düwels, Peterhansel, Linke, Köhler; Vorstand der städtischen Sparkasse: Düwels, John; Deputation für die Fortbildungsschulen: Peterhansel, Ritter; Krankenhausdeputation: Grauer, Jaffe, Hedert, A. Weder, Ender; Gesundheitsdeputation: Ritter, Köhler, Krehling, Jaffe; Kommission für soziale Angelegenheiten: Ritter, Peterhansel; Kommission für den Rathausneubau: Grauer, Hedert, Düwels, Tempel, John; Kommission betreffend die Errichtung einer Betriebskanalisation: Ritter, Linke, Peterhansel, Köhler; Schuldeputation: Grauer; Stadtwappenkommision: Grauer, Cohn; Kommission betreffend Abschreibungen bei den städtischen Werken: A. Weder, Kertischer, Tempel, Wigle; Feuerungskommision: Kuffert, Elias, Günther, Ritter.

Mariensfelde.

In der Gemeindevertretung wurde der Etat für das Rechnungsjahr 1913 festgestellt. Es sollen erhoben werden 110 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 225 Proz. zu den Gewerbesteuerklassen 1 und 2, 150 Proz. der Klassen 3 und 4. Als Grundsteuer werden 3 M. pro Mille des bebauten und ungebauten Grundbesitzes erhoben. Der Gemeindevorsteher bezieht neben seinem Gehalt von 6000 M. eine Dienstlaufmehrschuldigung von 1200 M. für Ortstreffensamt 1500 M. angelegt, der Ausbau am Potsdamer Vorortbahnhof kostet allein 700 M. Es sind Anstaltsposten vom Ort angefertigt, welche an die größeren Geschäfte des Ortes unentgeltlich abgegeben werden. Die Luftfahrsteuer ist auf 1000 M., die Hundesteuer auf 1200 M. veranschlagt. Die Umlagsteuer, welche im vergangenen Jahre circa 5000 M. brachte, ist mit 10 000 M. eingesetzt. Der Gemeindevorsteher hofft auch das hiesige Kloster, das eine große Wähererei betreibt, zur Gewerbesteuer heranziehen zu können. Der gestante Etat belanziert mit 672 800 M. Die Öffentlichkeit scheint für unsere Vertretung nur in beschränktem Maße zu existieren, denn von einer regelrechten Beratung des Etats kann nicht geredet werden; bei einzelnen Positionen wurde sogar beantragt, die Öffentlichkeit auszuschließen. Zum 1. April sollen drei Nachschulente mit einem Anfangsgehalt von 1500 M., steigend bis 2100 M., angeheiratet werden. Der Vorsteher teilte noch mit, daß nun endlich Aussicht vorhanden sei, daß der hiesige Bahnhof eine Halle erhält. Zum Ausbau der Kaiser-Allee soll eine Anleihe von 175 000 M. angenommen werden. Die Gemeindevorsteherliste enthält 655 Wähler, davon gehören 4 zur ersten Klasse, 41 zur zweiten und 610 zur dritten Klasse.

Petershagen-Friedersdorf.

Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen referierte in einer im Lokal zum alten Dehauer in Petershagen abgehaltenen öffentlichen Versammlung Genosse Max V a r h. Am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats forderte der Redner die Versammelten auf, nicht nur im kommenden Wahlkampf nach Kräften ihre Pflicht zu tun, sondern durch massenhaften Eintritt in die Organisation des Proletariats mit dazu beizutragen, daß diese Aufgabe baldigst gestützt werde. — In der Diskussion wies Genosse Hesselbarth darauf hin, daß der Bildungsausschuß am 16. Februar einen Anstobend veranlaßt, für dessen Besuch jeder nach Kräften Sorge tragen möge.

Döhen-Schönhäusen.

„Die Volksgesundheit ist in Gefahr“ lautete das Thema, welches Genosse Dr. Woles in einer öffentlichen Versammlung behandelte. Redner ging besonders auf die Ursachen des Geburtenrückganges in Deutschland ein und kritisierte in derber Weise die Maßnahmen, welche von der Regierung dagegen unternommen worden sind. Er schloß seinen Vortrag mit einer eingehenden Erläuterung der Gefahren des Alkoholenusses. Die wegen des sehr schlechten Wetters nicht gerade gut besuchte Versammlung spendete dem Referenten lebhaften Beifall. Gegner waren trotz der Ankündigung ihres Besuches nicht erschienen.

Rosenthal.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst war eine nochmalige Vergebung der Chaußierung der Kastanienallee erforderlich, weil ein Unternehmer ein zu niedriges Angebot abgegeben hatte und dann von der Ausführung entbunden sein wollte. Unser Genosse schlug vor, Bedingungen zu schaffen, die auch eine Garantie dafür bieten, daß die Arbeiten ohne Verzögerung ausgeführt werden. Die Arbeit wurde für 17 680 M. der Firma Körner übertragen. — Zwei Kaufgeldforderungen zweier Landwirte gaben Anlaß zu einer längeren Debatte. Hierbei äußerte sich der bürgerliche Vertreter Walter über die vor Weihnachten bewilligte Feuerungszulage an die Arbeiter und Beamten der Gemeinde in recht abfälliger Weise; er meinte, diese Summe sei nutzlos verausgabt. — Als kulturell rüchständig bezeichnete es Genosse M i l b r o d t, daß im Mutterdorf einzelne Bauerngehöfte vorhanden seien, die von der modernen Einrichtung des Wasserwerks noch keinen Gebrauch gemacht haben. Da es gerade die reichsten

Laudwürde waren, die sich von dieser gemeinnützigen Einrichtung auslösen. Beauftragte der Wasserwerkskommission: zur Erhöhung der Rentabilität des Wasserwerks einen Mindestverbrauch pro Vierteljahr von 30 Kubikmetern (7,50 M.) vorzuschreiben und 2,50 M. Wasser messermiete zu erheben. Gegen diesen Vorschlag zogen einzelne Hausbesitzer heftig zu Felde, doch gelangte derselbe gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter zur Annahme. — Ein Antrag der Mietungsgesellschaft der Wasserwerk-Bereine von Berlin und Umgebung auf Gewährung einer Beihilfe wurde abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit übte Genosse Milbrodt Kritik an dem Verhalten des Gemeindevorstandes und forderte denselben auf, das bewilligte Geld für die Arbeiter-Samariterkolonne abzuführen. — Die Erhöhung der Zahl der Schöffen und Gemeindevorordneten, die Einführung eines kollegialischen Gemeindevorstandes sowie die Anstellung eines befähigten Schöffen wurde einer Kommission überwiesen, der auch unser Genosse Milbrodt angehört.

Vernau.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde über einen Antrag unserer Genossen verhandelt, der vom Magistrat eine Vorlage betreffend die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert forderte. Genosse Helbig betonte, daß vor drei Jahren derselbe Antrag bereits von unseren Genossen gestellt, aber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden sei. Die finanziellen Verhältnisse Vernaus gebieten, daß nach weiteren Einnahmemeinungen Umschau gehalten werde. Mit Recht könnte verlangt werden, daß die Grundstücksbesitzer, deren Besitzum durch die neugeschaffenen Einrichtungen, wie Krankenhaus, Wasserwerk, höhere Schulen usw. bedeutend im Werte gestiegen seien und ferner infolge der noch zu errichtenden Kanalisation, sowie des Elektrizitätswerkes weitere Steigerung erfahren, ihren Vermögensverhältnissen entsprechend herangezogen werden. In der sehr langen Diskussion sprachen sich die Bürgerlichen gegen die augenblickliche Einführung der Grundsteuer aus. Unsere Genossen Krüger und Knöckle führten noch aus, daß bei Einführung der Steuer die Miethäuser gegen die jetzige Veranlagung entlastet würden, wogegen die Villengrundstücke ihrem wahren Werte nach zur Besteuerung kämen. Der Antrag wurde wieder abgelehnt und zwar mit 14 gegen die 8 Stimmen unserer Genossen. Die Bürgerlichen gaben als Grund der Ablehnung die schlechte wirtschaftliche Lage des Grundstammes sowie die Härten an, welche sich für die industriellen und landwirtschaftlichen Grundstücke durch die Einführung der Grundsteuer ergeben würden. Auf die Anfrage des Stadtverordneten Schulze, welche Schritte der Magistrat zur Errichtung einer städtischen Spargasse sowie einer Fortbildungsschule unternommen habe, wurde vom Bürgermeister erklärt, daß die Kommission für die Spargasse wohl eine Menge Material gesammelt habe, dieses aber nach seiner Ansicht nicht genüge. Die Errichtung der Fortbildungsschule erfordere erhebliche Kosten; hauptsächlich fehle es an Personen, die eine schnellere Erledigung solcher Aufgaben vollziehen könnten. Also mehr Beamtenspersonal. Alsdann stimmte die Versammlung für die Magistratsvorlage, wonach der Baustraßenplan für die Lohmühlenstraße von der Bodsdorfer Straße bis zur Wallstraße eine Breite von 20 Meter erhalten soll. Ferner wurde dem Ankauf zweier 1 Hektar 10 Mor und 67 Quadratmeter großen Wiesen zum Preise von 12 761,55 M. zugestimmt.

Eggersdorf (Kreis Niederbarnim).

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung einstimmig, den Chauffeebau Friedersdorf-Petershagen-Eggersdorf auszuführen. Alsdann stimmte die Vertretung dem Anschluß an das Kreiswasserwerk unter den vom Kreis festgesetzten Bedingungen zu. Herr Lehmann hatte beantragt, für den verstorbenen Vertreter der zweiten Klasse Herrn Haase in Bälde eine Ersatzwahl vornehmen zu lassen. Sonderbarerweise zog der Antragsteller seinen Antrag wieder zurück. Unser Genosse verteidigt sich, da die Sozialdemokratie hier nicht in Betracht kommt, bei der Beratung über diesen Antrag passiv. Ein bürgerlicher Vertreter meinte, daß die Bürgerlichen bei der vorigen Wahl geschlafen hätten.

Potsdam.

Die Milchpflege in den hiesigen Gemeindefschulen ist erst im Entstehen begriffen. Die Mittel, die bisher dafür ausgetrommen worden sind, stehen bei weitem nicht mit dem Bedürfnis im Einklang. Die meisten Schulen haben im Vorjahre erst im Herbst mit der Milchpflege begonnen, in der Annahme, daß zu dieser Zeit das Bedürfnis ein größeres sei als in den wärmeren Jahreszeiten. Im Vorjahre sind in der Gemeindefschule I = 671 Liter, Gemeindefschule II = 682 Liter, Gemeindefschule III = 513 Liter, Gemeindefschule IV = 546 Liter, Gemeindefschule V = 450 Liter, Gemeindefschule VI = 685 Liter, Gemeindefschule VII = 500 Liter, in der Lehnungsschule = 235 Liter, in den katholischen Schulen = 520 Liter, in der Hülfschule = 250 Liter Milch verbraucht worden. Die bedürftigen Kinder werden von den Lehrern bezw. Lehrerinnen vorgeschlagen und vom Schulleiter und Schulsorger anerkannt. Hierbei entscheidet der körperliche Zustand, welcher auf Unterernährung, Blutarmut, Nervenschwäche, Schwächezustände usw. schließen läßt. Auch wird festgestellt, ob die Väter der Kinder arbeitslos sind, ob Krankheit in der Familie herrscht, ob die Mütter Witwen oder die Kinder Waisen sind und dergleichen mehr. Für das laufende Jahr sind 2450 M. in den Etat eingestellt worden. Diese Summe ist natürlich nicht ausreichend, denn in den Gemeindefschulen sind nur wenige Kinder, die der Verabfolgung von Milch nicht bedürftig sind. Seitens der Schulleiter wird denn auch mit Nachdruck für das Verbleiben und den Ausbau der Milchpflege eingetreten. Man beabsichtigt, jetzt im Winter im Bedarfsfalle den Kindern warme Mittagstöße zu verabfolgen, die aus der Volksküche des Vaterländischen Frauenvereins beschafft werden soll. Eine Umfrage im Dezember des Vorjahres hat ergeben, daß 14 Knaben und 6 Mädchen gar keine oder nicht an allen Tagen warme Kost erhielten. Diese Zahlen dürften natürlich keineswegs stimmen, denn wer das Geld und die Not, die auch zum Teil in den Potsdamer Arbeiterfamilien herrscht, kennt, weiß, daß täglich eine größere Anzahl mittags nichts Warmes zu essen hat.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Neukölln. Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus, Berliner Str. 63, neuer Sitzungssaal.
Waldmannsdorf-Lübard. Mittwoch, den 5. Februar, im Gemeindebureau, Kurhanstr. 12/13.
Wahrendorf. Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, beim Gastwirt Müller, Tagesordnung a. a.: Beschlusfassung über Mittel für die Jugendpflege.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Mordanschläge gegen Arbeiterführer.
 Ein ähnliches Verbrechen wie die Ermordung des Spielhöckers Rosenthal hat sich am Sonnabend in Jersey City in einem dortigen Salon abgespielt. Zwei Männer betreten den Salon und feuerten ohne weiteres zwei Schüsse auf Thomas Conah, den Führer der Arbeiterparteien ab. Conah sank sofort leblos zu Boden. Seine beiden Mörder entflohen. Eine Anzahl Passanten, denen sich auch bald Polizisten angeschlossen, nahmen die Verfolgung der Täter auf, die auf ihrer Flucht fortgesetzt auf ihre Verfolger Schüsse abgaben. Nach hartnäckigem Kampf gelang es, sie gefangen zu nehmen. Die Mörder sagten aus, daß sie bestochen seien, eine gewisse Person zu ermorden, die aber nicht mit Conah identisch ist. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß es sich um den bekannten Arbeiterführer Burge handelt, der schon wiederholt mit dem Tode bedroht wurde.

Bruderkrieg.

Die Bewohner zweier in der Nähe von Pineiro (Spanien) gelegenen Dörfer stehen seit längerer Zeit im offenen Kriegszustand. Am Sonnabend entspann sich zwischen den feindlichen Nachbarn ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf über 500 Schüsse gewechselt wurden. Auf beiden Seiten gab es viele Tote und Verwundete. Erst einem verstärkten Gendarmereiaufgebot gelang es mit großer Mühe, die Kämpfenden zu trennen.

Russisches.

Die Stadt Kaluga beschloß kürzlich, elektrische Straßenbeleuchtung einzuführen, fand aber einen heftigen Gegner dieses Planes in dem Gouverneur Fürst Gortischalow, der von der Macht der Elektrizität die merkwürdigsten Vorstellungen hat. Der Gouverneur verlangte zunächst, daß die hölzernen Masten für die elektrischen Lampen entfernt und durch eiserne ersetzt werden sollten. In einem späteren Befehl bestimmte der Gouverneur, alle Stützen müßten mit Petroleumlampen beleuchtet werden! Die Stadt sandte darauf eine Deputation an ihn ab, die erklärte, daß die Petroleumlampen völlig überflüssig wären, weil das elektrische Bogenlicht sie ganz und gar überstrahlen werde. Er solle also so gütig sein und seinen Befehl zurücknehmen. Aber der Fürst ließ sich auf nichts ein; er glaubte nicht an die Elektrizität. „Ich habe es befohlen, und es soll so bleiben. Ich erlaube nicht eher, die Elektrizität zu eröffnen, als bis ich sehe, daß die Stadt geneigt ist, meinen Wünschen einen Schritt entgegenzukommen.“ Die Stadt begriff, daß man in solchen Fällen nachgibt und ließ 280 Petroleumlampen an den Masten anbringen. Daraufhin durfte die Station eröffnet werden. Und so schwimmt Kaluga denn jetzt im Licht! Allerdings — der Anblick ist sehr seltsam: von der Höhe der Masten ergießt sich ein Meer von Glorie; aber darunter leuchten trübe, rötliche, kleine veräucherte Petroleumlampen! Diese sonderbaren Lichteffekte sind recht malerisch, sonst aber nur geirrigt, Spott und Hohn hervorgerufen. Die Tatsache, daß der Gouverneur an die Elektrizität nicht glaubt, kostet die Stadt 3000 Rubel!

Kleine Notizen.

Eisenbahnunfall in Oberschlesien. Auf dem Bahnhof Ostwiecim fuhr am Sonntag nachmittags ein Personenzug auf einen ausfahrenden Güterzug auf. Ein Passagier wurde schwer, zwei Reisende und drei Zugbeamte leichter verletzt.
Eiferjuchtdrama. In Schweier hat am Sonntagabend ein Arbeiter ein junges Mädchen, das er in Begleitung eines anderen jungen Mannes antrat, aus Eiferjucht erschossen. Alsdann brachte er sich selber mehrere Schüsse bei, so daß er hoffnungslos daniederliegt.
Panik im Kinetheater. Bei einer Explosion in einem Kinematographen im Ausländerviertel im Osten von New York entstand eine Panik. Zwei Frauen erlitten lebensgefährliche Quetschungen, zwölf Personen, die zu Boden getreten worden waren, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Brand konnte gelöscht werden, ohne daß er größeren Sachschaden angerichtet hätte.
Wortat einer Balletteuse. Am Montag früh erlitt eine Balletteuse in Nirbach den Automobilschicksal Weizel. Die Tänzerin wurde verhaftet.

Eingegangene Druckschriften.

Die Konkurrenztafel weist keine Druckschrift für den Reichstag. Von H. Lange. 63 S. — Handlungsgehilfen-Verein, Berlin O. 25.
 „Konten.“ Monatschrift für Literatur und Kunst. Januarheft. 60 S. Kienig-Verein, Leipzig.
 Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein? Von Norman Ungell. 125 M. Vita, Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg.
 „Centralblatt für Gewerbehygiene“, herausgegeben von Dr. H. Curschmann, Dr. H. Fischer und Dr. phil. C. Franke. Jährlich 12 Hefte. 15 M.
 Der Baarandfall. Von Dr. H. Kann. 1 M. D. Coblenz, Berlin W. 30.
 Ein artiger Robinson. Von Kapitän Riffelers. Lieferung 1. Erscheint in 18 Lieferungen zu je 50 Pf. J. H. Brockhaus, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 1. Februar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,82 bis 19,90, mittel 19,66—19,74, geringe 19,50—19,58. Roggen, gute Sorte 16,98—17,00, mittel 16,94—16,96, geringe 16,90—16,92 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,80—17,40, geringe 16,10—16,70. Hafer, gute Sorte 18,60—20,40, mittel 17,00—18,50 (frei Wagen und ab Bahn).
 Markthallenpreise. 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spelzbohnen, weiße 35,00—50,00. Linien 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schmelzfleisch 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Rale 1,60—3,20. Rinder 1,40—3,80. Schafe 1,80—2,60. Schweine 1,60—3,20. Vögel 0,80—1,60. 60 Stück Aechse 4,00—24,00.

Witterungsüberblick vom 3. Februar 1913.

| Stationen | Barometer | Wind | Wolkenlage | Wetter | Temp. in °C | Stationen | Barometer | Wind | Wolkenlage | Wetter | Temp. in °C |
|---------------|-----------|------|------------|---------|-------------|------------|-----------|------|------------|---------|-------------|
| Eminence | 754 | S | 2 | mollig | 1 | Saparanda | 749 | D | 2 | Schnee | -5 |
| Hamburg | 756 | SB | 3 | mollig | 3 | Petersburg | 760 | SB | 6 | mollig | 10 |
| Berlin | 755 | SB | 3 | bedeckt | 3 | Selva | 760 | SB | 3 | bedeckt | 6 |
| Frankf. a. M. | 763 | SB | 4 | bedeckt | 6 | Überboen | 746 | SB | 3 | bedeckt | 6 |
| München | 760 | SB | 6 | bedeckt | 3 | Paris | 769 | SB | 2 | bedeckt | 9 |
| Wien | 763 | SB | 2 | mollig | 3 | | | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Februar 1913.

Bleiblich mild, zeitweise aufklarend, aber vorwiegend trübe mit öfter wiederholten Niederschlägen und Parten südwestlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am 2. 1. | | am 3. 1. | |
|-------------------|----------|-----------------|----------|-----------------|
| | cm | cm ³ | cm | cm ³ |
| Remels, Mühl | 242 | -3 | 242 | +2 |
| Veelze, Jüterburg | -7 | -5 | 242 | +2 |
| Wegels, Thom | 173 | +7 | 242 | +2 |
| Dder, Ralibor | 189 | -3 | 242 | +2 |
| • Krossen | 131 | +2 | 242 | +2 |
| • Frankfurt | 193 | -7 | 242 | +2 |
| • Barth, Särkum | 38 | -8 | 242 | +2 |
| • Landsberg | 68 | +8 | 242 | +2 |
| Rehe, Borsdam | 128 | +22 | 242 | +2 |
| Elbe, Zeimert | -10 | -4 | 242 | +2 |
| • Dresden | -145 | -23 | 242 | +2 |
| • Barby | 222 | -28 | 242 | +2 |
| • Magdeburg | 174 | -29 | 242 | +2 |

*) + bedeutet Wachs, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Ufstrand. — *) Uferrand. — Nach heutigen telegraphischen Nachrichten haben die mit *) bezeichneten Wasserstände folgende Veränderungen erfahren:

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.
 III. Abänderung
 Statut der Ortskrankenkasse der Stellmacher.
 § 27 Absatz 1
 wird wie folgt abgeändert:
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen 4 Proz. des durchschnittlichen Lohnes und zwar für die Mitglieder:
 der Lohnklasse I 0,96 Mark
 II 0,72
 III 0,48
 IV 0,36
 Vorstehende Abänderung tritt mit dem ersten Montag nach der statutenmäßigen Bestimmung in Kraft. Berlin, den 22. November 1912.
 M. Wischer, Georg Grouning, Vorsitzender. Schriftführer.
 Genehmigt durch Beschluß vom 14. Januar 1913.
 Berlin, den 19. Januar 1913.
 Der Bezirksausschuß zu Berlin. Abteilung II.
 Wagner.
 Abänderungen sind im Kassenlokal erhältlich.
 II C. 1. 13. 23115



LÖWENBIERE
 SIND AUF DER HOHE
 Jahressumme 1912: 1.000.000 Liter
 1913: 1.200.000 Liter
 Export nach allen Weltteilen.
 Löwen-Brauerei A.-G., Berlin N.

Stoffe
 für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostüme, Damenuche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelorinon Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadelloso u. schick verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutatun zirka 25.—, 30.— M. etc.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt. Kat. 3208.
 Für Damen Frauen-Bedienung. *
 Referent für alle Krankenkassen.

Knorr
 macht schon seit über 25 Jahren Suppen.
Knorr - Suppenwürfel
 sind infolge ihrer Vorzüge weit verbreitet und überall beliebt.
 Jede Sorte besitzt den ihr gehörenden reinen Eigengeschmack, von hausgemachten Suppen nicht zu unterscheiden.
 45 Sorten Knorr-Suppen
 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradehalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
 alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
 jetzt Berlin N., Lehniger Str. 60.
 Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
 Küchenmöbel
 reichhaltig, Spengler,
 Samariterstr. 7. 55792.

Sterbekasse Nr. 56
 Berlin.
 Ordentliche
General-Versammlung
 am Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Buchdrucker, Abt. II, Chausseest. 64.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 22345
 2. Wahl für die ausstehenden Vorstandsmitglieder.
 3. Wahl der Revisoren.
 4. Wahl für die Ersatzpersonen.
 5. Anträge.
 6. Beschlußenes.
 Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen des Kassenbuchs gestattet.
 Der Vorstand.

Kranzspenden
 sowie sämtliche
Blumenarrangements
 liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 301. 7208.
 Heute und morgen 17/30
Gegehühner,
 garant. junge, beste Leget, 2 1/2 M.
 verkauft F. Wegner, 2 1/2 M.
 Berlin SO., Mariannenstr. 31.
Große Firma vergibt auf Teilzahlung!
 Ohne Anzahlung! Keine Kaffert! Leppiche, Portieren, Gardinen, Stores und alle Arten Decken. Preise erbeten unter K. 100, Vormärts-Spedition, Hefestr. 174.
Reuters Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts



Engelhardt Caramel-Bier
 alkoholarm
 ärztlich empfohlen
 Diätetisches Gesundheitsbier
 Flasche 10 Pf., überall käuflich

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Doeker, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht vom IV. Quartal 1912. 2. Erstattung des Jahresberichts pro 1912. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Bollfähigen Besuch erwartet

169/1

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis: Telefon: Amt Norden 1067. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 6. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Oefftl. Metallarbeiterversammlung

im großen Saale des Moabiters Gesellschaftshauses, Bielefeldstraße 24.

Tagesordnung:

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Quarck über: Das kommende Zuchthausgesetz.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

112/3

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 1):

Ausschuß-Sitzung

für den ganzen Gau.

Tagesordnung:

1. Aufnahme von Vereinen. 2. Wahl der Revisoren und der Kontrolleure. 3. Bundesangelegenheiten.

Der Vorstand.

Konsumverein für Tegel und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)

Am Dienstag, den 11. Februar 1913, abends 8 Uhr, in Trapps Gehäusen, Tegel, Bahnhofstraße 1:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Berichterstattung des Revisionsberichts. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der grünen Legitimationskarte.

Der Vorstand.

Max Lichtenberg. Hugo Köhler. Friedrich Hülla. 1. Massa, Vorsitzender.



Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gipsbaubranche

Rabitzputzer, Träger und Rabitzspanner.

Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Zuckstraße 10:

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Branchenvorstandes und Vorschläge zum Sektionsleiter. 2. Bericht über die auf dem Verbandstage zur Verhandlung gekommenen Anträge der Spezialbranchen. 3. Branchenanglegenheiten.

Wichtig! aller Kollegen ist es zu ersehnen.

140/13

Die Sektionsleitung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

8 sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 33. — So nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 4. Februar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Aertura (Korfu).
Kgl. Schauspielhaus. Die Fieschen.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Hörtsaal 8 Uhr: Die pflanzliche Nahrung.
Deutsches Opernhaus. Zigaros Hochzeit.
Seltens. Das Feinzip.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die Studentengräfin.
Romdönhans. Der Ketter in der roten.
Nimmerpfeife. Maria Magdalena.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der Frauenreißer.
Kleines. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Luisen-Theater. Die Frau Präsidentin.
Schiller. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Zahler O. Uriei Acosta.
Schiller-Charlottenburg. Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht...

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Vollständig m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Herange.
— Anfang 8 Uhr. —
Rittwoch und folgende Tage: Mein Leopold.
Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld
Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverl. 11-2 (Theaterf.).

Schiller-Theater O. Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Mittwoch, nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater am Nollendorfsplatz 5.
Für allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königgräber Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der frauenreißer.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanke in 4 Akten von E. Kridberg und Ernst Mittelstedt.
Mittwoch, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“
Donnerstag, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Vollständig m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Herange.
— Anfang 8 Uhr. —
Rittwoch und folgende Tage: Mein Leopold.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld
Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverl. 11-2 (Theaterf.).

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum vorletzten Male:
Cavalleria schiucciana.
Anfang 8 Uhr.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Dienstag 8 Uhr:
Die Weltmacht des Eisens.
Hörtsaal 8 Uhr:
Die pflanzliche Nahrung.

Sängerchor Wedding M. d. O. A. S. B.
Gau Berlin u. Umgegend
Gr. Wiener Maskenball
am
Sonnabend, den 8. Febr., abends 8 1/2 Uhr,
in den
Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110
* Allerlei Volksbelustigungen *
Festzug der Zigeunerkönigin Preziosa. — Prämiiierung der schönsten Damen- u. der originellsten Herrenmaske
Während der Kaffeepause:
Vorträge des Volksängers Herrn H. Lewandowsky
Um 12 Uhr: Demaskierung
Eintrittskarte 60 Pf. (inklusive Tanz).

Neue Welt
Arnold Schoiz Hasenheide 108/114
Heute, Dienstag, den 4. Februar 1913:
Elitetag! Prämiiert werden die
ähnlichsten Damen-Zwillinge.
3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Damen über 16 Jahre! Legitimation ist mitzubringen!
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Ein lustiger Faschnachtsabend. 3 Kapellen!
Musik: Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
Musik: 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baarz
der Zillertaler und Tegernseer Sänger, Schuhplattler und Jodler!
Direktor Starp.
Tanzkränzchen, Tanzmusik von 2 Kapellen!
Jeder Besucher erhält ein originelles, wunderhübsches Angebinde.
Eintritt 1 M. Abonnements und Passpartouts 50 Pf. Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Alle Vergünstigungen aufgehoben!

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(früher Schippmannski)
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)
Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend ::
mit großem Konzert
bei freiem Entree!
Traiteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch
Konzerthaus „zum Hofjäger“.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr

Sängerchor Wedding M. d. O. A. S. B.
Gau Berlin u. Umgegend
Gr. Wiener Maskenball
am
Sonnabend, den 8. Febr., abends 8 1/2 Uhr,
in den
Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110
* Allerlei Volksbelustigungen *
Festzug der Zigeunerkönigin Preziosa. — Prämiiierung der schönsten Damen- u. der originellsten Herrenmaske
Während der Kaffeepause:
Vorträge des Volksängers Herrn H. Lewandowsky
Um 12 Uhr: Demaskierung
Eintrittskarte 60 Pf. (inklusive Tanz).

Neue Welt
Arnold Schoiz Hasenheide 108/114
Heute, Dienstag, den 4. Februar 1913:
Elitetag! Prämiiert werden die
ähnlichsten Damen-Zwillinge.
3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Damen über 16 Jahre! Legitimation ist mitzubringen!
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Ein lustiger Faschnachtsabend. 3 Kapellen!
Musik: Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
Musik: 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baarz
der Zillertaler und Tegernseer Sänger, Schuhplattler und Jodler!
Direktor Starp.
Tanzkränzchen, Tanzmusik von 2 Kapellen!
Jeder Besucher erhält ein originelles, wunderhübsches Angebinde.
Eintritt 1 M. Abonnements und Passpartouts 50 Pf. Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Alle Vergünstigungen aufgehoben!

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(früher Schippmannski)
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)
Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend ::
mit großem Konzert
bei freiem Entree!
Traiteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch
Konzerthaus „zum Hofjäger“.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Dienstag, 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! **Laurent-Trio** Neu!
Gymnastischer Kraft-Akt.
Avis: Mr. Laurent der amerikanischen Steinschläger benutzt seine Faust als Eisenhammer u. zerbricht Feldsteine, welche vom Publikum mitgebracht werden können.
Prolongiert! **Casarios Löwen- u. Tiger-Gruppe** die wildeste Dressur d. Gegenwart
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg der großen neuen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in der Grotosko
„Der Herzog von Westminster.“

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Mittwoch, 5. Februar 1913, 8 1/2 Uhr:
König Krause. in 4 Akten, von Aut. Keller und Herrmann.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Voranzeige! Freitag, 7. Februar: Benefiz für Hl. Hedwig Kraemer: **Stolz und Liebe.**

Boigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Jeden
Dienstag und Donnerstag:
Großes bayerisches Bockbierfest
mit sensationell. Prämierungen.
Preise 15, 10 u. 5 M.
Bedienung durch echt bayr. Mad'n.
Kupelle des urtümlichen
Seppi Weinzierl in München.
Vollständig neue Dekorationen!
— !! Stimmung !! —
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber
Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Heute
Münchener Faschings-Redoute
im
Admiralspalast
mit Maskenzwang für Herren und Damen.
Demaskierung um 2 Uhr.
Balltoilette oder Kostüm.
Herrenkarten 10 M.
Damenkarten 6 M.
Zuschauerkarten 3 M.
Dominos und Masken teilweise an der Garderobe.
Tischbestellungen rechtzeitig erbitten.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Zirkus Busch.
Heute Sonntag, 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Prolongiert! Prolongiert!
Mac Norton
das Phänomen d. Magentrainings, gen. d. menschliche Aquarium.
Verschlingt
nach wie vor 30 Goldstücke und 30 Früchte und trinkt hierzu 50-100 Glas Bier.
Neu! **Md. Delita del Oros's Nou!**
6 dressierte Kühle.
Der mysteriöse Deckenläufer.
Zum Schluss:
„Sevilla“.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Kassenstein.
Die Doppelhime.
Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.
Offe Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Zoo u. Zoostraße.
Tägliche 1/8, Sonnt. 1/6 Uhr:
Puppen tadello.
Bosse m. Ges. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Walhalla-Theater.
Weinbergweg 19/20. Rosenthal Tor.
Für noch bis 12. d. Mts.:
Goldener Leichtsinn.
Am 15. Februar: Premiere
der neuen großen Jahres-Revue
Parole „Walhalla“.

Casino-Theater
Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Lokalpost
Am grünen Strand d. Spree.
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Heute
Münchener Faschings-Redoute
im
Admiralspalast
mit Maskenzwang für Herren und Damen.
Demaskierung um 2 Uhr.
Balltoilette oder Kostüm.
Herrenkarten 10 M.
Damenkarten 6 M.
Zuschauerkarten 3 M.
Dominos und Masken teilweise an der Garderobe.
Tischbestellungen rechtzeitig erbitten.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Verbandstag der Zimmerer.

Im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses, der zu diesem Zwecke festlich geschmückt war, wurde am Montagvormittag die 20. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands eröffnet.

Der Verbandsvorsitzende Schrader-Hamburg erinnerte in seiner Eröffnungsrede daran, daß in wenigen Tagen 30 Jahre verflossen sein werden, seit in Berlin der Grundstein für die Organisation der Zimmerer Deutschlands gelegt wurde. Fast ein Menschenalter hindurch habe die Organisation trotz mancher Hindernisse und Schwierigkeiten die Aufgaben erfüllt, die ihr bei der Gründung gestellt wurden. Wo immer es möglich war, habe sie die wirtschaftliche Lage der Zimmerer Deutschlands verbessert. Wenn die Wünsche und Ziele in dieser Hinsicht nicht immer erreicht worden seien, so liege die Schuld nicht an der Organisation, sondern an den Tausenden von gleichgültigen und teilnahmslosen Berufs-genossen, die dem Verbande noch fernstehen. Doch es sei zu hoffen, daß auch diese Kameraden endlich zum Klassenbewußtsein erwachen und sich dem Verbande anschließen. Aber auch in anderer Hinsicht sei diese Generalversammlung von großer Bedeutung. Sie sei zu einer ungewöhnlichen Zeit einberufen. Der Grund dazu sei der, daß es in diesem Jahre voranschreitend nicht ohne Kampf abgehen werde. Es sei deshalb nicht zweckmäßig, mit der Abhaltung des Verbandstages bis zu dem statutenmäßigen Zeitpunkt, kurz vor oder nach Ostern, zu warten. Vielleicht werde sich wegen der Lohnbewegung in einigen Wochen die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages nötig machen. Für die frühere Einberufung des gegenwärtigen Verbandstages sei auch der Umstand maßgebend gewesen, daß die Beitragsfrage noch vor dem 1. März neu geregelt werden müsse, da die vor zwei Jahren beschlossenen Extrabeiträge nur bis zum Dezember 1912 erhoben werden dürften. Der Redner ließ die Teilnehmer der Generalversammlung herzlich willkommen und teilte mit, daß als Vertreter der dänischen Bruderorganisation From-Petersen-Kopenhagen, der Zimmerer Oesterreichs Wessely-Wien, der schweizerischen Organisation Schrader-Wajel anwesend sind. Die holländische und die ungarische Zimmererorganisation haben Begrüßungsschreiben geschickt, weil sie durch eigene Organisationsarbeiten an der Entsendung von Vertretern behindert sind.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt: als Vorsitzende Schrader-Hamburg und Knüpfer-Berlin, als Schriftführer Steffen-Bremen und Engelbrecht-München. Nachdem sich das Bureau konstituiert hatte, nahm

Witt-Berlin das Wort. Er verwies darauf, daß der Verbandtag bereits zum siebentmal in Berlin tagt, er gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Berlin und ließ die Delegierten namens der Berliner Kameraden willkommen.

Die Tagungszeit wurde auf 9-1 und 3-7 Uhr festgesetzt.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes

Schrader-Hamburg. Er sagte u. a.: Die Befürchtung, daß die vom vorigen Verbandstage beschlossene Beitragserhöhung einen Rückgang der Mitgliederzahl bringen würde, sei nicht eingetroffen. Es habe sich gezeigt, daß der Verband nicht nur keine Mitglieder verloren, sondern in den beiden letzten Jahren rund 9000 Mitglieder gewonnen habe. Auch die Zahlstellen hätten sich vermehrt. In dieser Zeit sei der Verband auch in Gegenden eingedrungen, wo er vordem noch nicht Fuß gefaßt habe. — Der Redner gedachte der verschiedenen Versuche von reaktionärer Seite, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken durch Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung. Wenn sich auch der Reichstag jetzt gegen diese Verschärfungen erklärt habe, so dürfe man doch nicht hoffen, daß in dieser Hinsicht alle Schwierigkeiten überhand nehmen. Es sei zu erwarten, daß die Versuche, das Koalitionsrecht zu beschränken, auf dem Gebiete des Strafgesetzbuches erneuert werden. Die Polizeibehörden, namentlich in Preußen, hätten versucht, Zahlstellen des Verbandes zu politischen Vereinen zu kempeln. In einigen Fällen hätten die betreffenden Zahlstellen leider versäumt, gegen die Gerichtsentscheidungen, welche der Polizei Recht gaben, Berufung einzulegen. Sollte die Behauptung der Polizei, daß sich bestimmte Zahlstellen mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, zutreffen, dann sollten die betreffenden Kameraden das unterlassen. Für die politische Betätigung habe die Arbeiterkraft ihre politischen Organisationen. Der Redner gab einen Überblick über die Lohnbewegungen und Tarifverträge, worüber wir im Vorbericht schon die wichtigsten Mitteilungen gemacht haben. Er bemerkte hierbei, es sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen so, daß die kleinen Lohnkämpfe, die alljährlich Tausende von Mark kosteten, abnehmen, daß dagegen die großen Tarifkämpfe, die alle drei Jahre wiederkehren, immer weitere Ausdehnung annehmen und Millionen von Mark kosten. Im Zusammenhang mit den Lohnbewegungen ständen die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts, die ja in manchen Fällen so ausgefallen seien, daß die Arbeiter nicht damit zufrieden sein könnten. Sollte eine derartige oder eine ähnliche Einrichtung wieder eingeführt werden, dann müsse sie etwas anders gestaltet werden. — Es seien noch einige Worte über die internationalen Beziehungen der Zimmerer zu sagen. Ein fester Zusammenschluß sei noch nicht vorhanden. Die Bruderorganisationen im Auslande hätten in derselben Weise zugewonnen wie die deutsche Organisation. Es sei notwendig, daß die internationale Verbindung der Zimmerer eine feste werde. Der Redner wünscht, daß ein Beitrag, vielleicht 1 oder 1/2 Pf. für internationale Zwecke festgesetzt werde. Schließlich besprach er die Ergebnisse der Arbeitslosenunterstützung, bezeichnete dieselbe als reformbedürftig und sprach die Hoffnung aus, daß die Generalversammlung den Weg finden werde, auf dem man vorwärts komme.

Röwer-Hamburg, der den Kassenbericht erstattete, machte eine Reihe geschäftlicher Ausführungen zu dem gedruckt vorliegenden, von uns im Auszuge wiedergegebenen Bericht.

Kube-Berlin gab den Bericht des Ausschusses. Er ging auf die vom Ausschusse erledigten Angelegenheiten ein und bemerkte, daß gegen die Kassenführung keine Beschwerden vorliegen, weil alles in Ordnung war.

Bringmann-Hamburg, Redakteur des „Zimmerer“, verwies, um die Zeit nicht mehr als nötig in Anspruch zu nehmen, auf den gedruckten Bericht über das Verbandsorgan. Aus demselben geht hervor, daß Beschwerden über die redaktionelle Haltung des „Zimmerer“ nicht eingegangen sind.

Die Diskussion

erstreckte sich zunächst auf den Bericht des Verbandsvorsitzenden.

A. M. er. München führte unter anderem aus: Solange die Tarifschlichtungsinstanzen bestehen, seien sie von den Kameraden ziemlich skeptisch beurteilt worden. Man habe gesagt, die ganze Einrichtung sei mehr oder weniger Komödie. In den letzten beiden Jahren sei es etwas besser geworden, aber die Urteile der Schiedsgerichte brachten doch nicht das, was die Arbeiter von ihnen gehofft haben, um zu ihrem Recht zu kommen. Mit der Abnahme der Baukonjunktur habe auch die Tarifstreue der Unternehmer abgenommen. Sie hätten vielfach besondere Vereinbarungen mit den Arbeitern getroffen, um geringere Löhne als der Tarif festsetzt, zu zahlen. In solchen Fällen entscheide das Schiedsgericht nur, daß der betreffende Unternehmer den Tarif verletzt hat; aber nicht, daß er die Lohn Differenz nachzahlen hat. Die Arbeiter müßten also den Lohn erst beim Gewerkschaftsgericht einlangen, wo sie aber nur dann Erfolg haben, wenn sie bei der ersten Lohnzahlung Einspruch erhoben haben.

Auch von den nachfolgenden Rednern kamen noch mehrere auf die Tarifschlichtungsgerichte zu sprechen. Sie verwiesen auf Einzelfälle,

wo die Entscheidungen im Widerspruch mit den Rechtsanschaunungen der Arbeiter zugunsten der Unternehmer ausgefallen seien. Die Arbeiter müßten sich überlegen, ob sie an derartigen Einrichtungen noch ferner teilnehmen könnten. — Ferner wurden in der Diskussion Wünsche hinsichtlich der Agitation ausgesprochen. So meinte ein Redner, wenn die Bezirke der Gauleiter verkleinert würden, so wäre es möglich, die Agitation besonders nach der Richtung hin zu betreiben, daß die Fluktuation abnehme und die aufgenommenen Mitglieder wenigstens zum größeren Teil dem Verbands treu bleiben. — Einleitend des polizeilichen Vorgehens gegen einige Zahlstellen bemerkten mehrere Redner: Es werde schwer halten, die Verührung politischer Angelegenheiten in Zahlstellenversammlungen so streng zu meiden, wie es nach Ansicht der Polizei geschehen solle. Wenn beispielsweise über die Lebenshaltung der Arbeiter gesprochen werde, so müsse man doch auch die Ursachen der Lebensmittelerhöhung erörtern und damit komme man schon auf ein Gebiet, welches nach polizeilicher Auffassung politisch sei. Derartige Ausführungen unter den Mitgliedern zu verbreiten, gehöre aber zu den Aufgaben, auf welche die Gewerkschaften nicht verzichten könnten. Man werde also in jedem Falle die Entscheidungen der Gerichte gegen das Verlangen der Polizei herbeiführen müssen.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht unterbrochen und ein Vortrag des Genossen v. Elm über die

„Vollfürsorge“

der als sechster Punkt auf der Tagesordnung steht, vorweggenommen, da der Referent zu anderer Zeit nicht abkommen kann. v. Elm verwies zunächst darauf, daß die Versicherungsgesellschaft „Vollfürsorge“ bis jetzt noch nicht in Funktion treten konnte, weil ihre Pläne und Tabellen vom Aufsichtsamt noch nicht genehmigt sind. Besondere Schwierigkeiten habe das Aufsichtsamt bis jetzt nicht gemacht. Einige Änderungen der Tabellen seien verlangt worden. Das müsse aber auch bei anderen Gesellschaften zu geschehen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit könne erwartet werden, daß die „Vollfürsorge“ die Genehmigung des Aufsichtsamtes bekomme. Erst nachdem das geschehen, könne der Betrieb eröffnet werden. Der Redner gab eine eingehende Darstellung der technischen Grundlagen und der Organisation der „Vollfürsorge“. Sie werde alle Arten der Versicherung betreiben, die auch von anderen derartigen Versicherungsgesellschaften betrieben werden. Aber die „Vollfürsorge“ könne und werde für die Versicherten erheblich mehr leisten als die bestehenden Versicherungsgesellschaften, da die Verwaltungskosten der „Vollfürsorge“ bedeutend billiger seien, denn sie zahle keine hohen Gehälter und tantiemen an Direktoren und Aufsichtsräte. Das Aktienkapital solle sich nur mit 4 Proz. verzinsen. Auch bei den Akquisitionskosten werde die „Vollfürsorge“ viel billiger fortkommen als andere Gesellschaften. Während die „Vittoria“ für jede Aufnahme 5,96 M. zahle, glaube die „Vollfürsorge“ mit 30 Pf. auszukommen. Für die Einlassierung der Beiträge rechne die „Vollfürsorge“ auf die ehrenamtliche Mitarbeit der in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen, denen eine geringe Entschädigung für ihre Nebenwahrung angebilligt werden solle. Weiter ging der Redner auf den versicherungstechnischen Aufbau der „Vollfürsorge“ ein und zeigte, daß hier alles nur daraufhin berechnet sei, den Versicherten so viel wie möglich zu bieten. Die heutigen sogenannten Volksversicherungsgesellschaften dienen nicht dem Volksinteresse, sondern schädigen es. Wir dürfen uns nicht, wie die kapitalistischen Gesellschaften, an den Beiträgen der Armen bereichern. Das wäre unmoralisch. Die jetzt bestehenden Gesellschaften können uns unsere Einrichtungen nicht nachmachen; denn diese Gesellschaften wollen Gewinn erzielen, wir aber nicht. Der Redner ging auf die Einwendungen der Gegner und die Grünungen ein, welche der „Vollfürsorge“ Abbruch zu tun bestimmt sind. Da werde nun alles Mögliche verprochen, was aber nicht gehalten werden könne. Im die „Vollfürsorge“ von vornherein an gewissen Stellen in Mitleidenschaft zu bringen, sei die Behauptung aufgestellt worden, sie stehe in Verbindung mit der Sozialdemokratie. Das sei eine Unwahrheit. Wir bauen ein Werk auf, das dem Volke dient. Das Aufsichtsamt wird uns so sehr genau daraufhin kontrollieren, ob wir in unserem Geschäftsbetrieb mit der Sozialdemokratie in Verbindung stehen. Das dürfen wir nicht, weil es das Gesetz verbietet, und das wollen wir auch nicht. Den Volksinteressen dienen wir am besten, wenn wir unser Unternehmen mit keiner Partei verquiden. Aber die geplante sogenannte nationale Volksversicherung, zu welcher der Direktor des Aufsichtsamtes die Anregung gegeben hat, ist eine politische Gründung. Unter den Fittichen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wird mit den schmutzigen Mitteln gegen unsere „Vollfürsorge“ gekämpft. Aber trotzdem hat unsere Sache eine große Zukunft. Wir brauchen die Konkurrenz der nationalen Versicherung nicht zu fürchten, denn bei uns sind die Interessen der Versicherten viel besser gewahrt, wie bei irgend einer anderen Gesellschaft. Wir beschränken uns nicht auf die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, sondern jeder, ob Mann, ob Frau, ist uns willkommen. Die Gewerkschafter und Genossenschaftler aber werden ihren Stolz darin setzen, allen Widerständen der Gegner zum Trotz, ein Werk aufzubauen zu helfen, welches den Interessen des Volkes dient. Sie werden ihre Organisationen in den Dienst der „Vollfürsorge“ stellen. So wird es uns trotz aller gegen uns ausgestreuten Lügen und Verleumdungen gelingen, in der „Vollfürsorge“ ein Werk zu errichten, auf das die Arbeiterklasse stolz sein kann. (Starker Beifall.)

Das Wort zu dem Vortrage nahm niemand. Der Vorsitzende Schrader bezeugte es als selbstverständlich, daß die Mitglieder des Verbandes für die „Vollfürsorge“ arbeiten werden, sobald dieselbe ins Leben getreten ist. (Zustimmung.)

Hierauf gab Kremer-Frankfurt a. M. den

Vericht der Mandatprüfungskommission.

Es sind anwesend 135 Delegierte, 18 Gauleiter, 4 Vertreter des Zentralvorstandes und der Vorsitzende des Ausschusses, der gleichzeitig die Generalkommission vertritt. Außerdem sind drei Vertreter ausländischer Zimmererorganisationen anwesend. — An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion über einige Delegiertenwahlen. Nach Schluß derselben wurden alle Mandate, dem Antrage der Kommission entsprechend, als gültig erklärt. Hierauf nahm der Verbandstag die

Debatte über den Geschäftsbericht

wieder auf. Sie war nach kurzer Dauer erschöpft.

Dann erhielt der Verbandsvorsitzende Schrader das Schlusswort. Er ging auf verschiedene Ausführungen der Diskussionsredner ein, die sich auf innere Verwaltungsangelegenheiten bezogen. Ferner betonte er, er sei hinsichtlich der politischen Betätigung von einigen Rednern mißverstanden. Er habe nicht gesagt, daß sich die Kameraden nicht politisch betätigen sollen. Im Gegenteil: sie sollen es; aber in den Verbandssammlungen solle keine Politik betrieben werden. Dazu sind die Parteioorganisationen da, in diesen mögen sich die Kameraden betätigen. Das liegt in ihrem Interesse. Auf diese Pflicht müssen sie aufmerksam gemacht werden, ohne daß in den Versammlungen der Zahlstellen Politik getrieben wird. Wenn das beachtet werde, dann könne die Polizei keine Handhabe zum Vorgehen gegen die Zahlstellen finden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Bankverkehr im Jahre 1912.

Von den Berliner Großbanken hat noch keine ihre Abchlüsse für 1912 veröffentlicht. Trotzdem läßt sich bereits jetzt ein Anhalt

für die Entwicklung des Berliner Bankverkehrs im verfloffenen Jahre gewinnen und zwar durch den Geschäftsbericht der Bank des Berliner Kassendvereins u. G. Diese Bank wurde im Jahre 1850 von Berliner Bankiers gegründet. Sie hat den Zweck, die täglichen Abrechnungen zwischen den Berliner Bankfirmen zu erleichtern. Jede Bank mußte ohne diese Vermittlungsstelle täglich durch eigene Boten Schecks, Anweisungen, Rechnungen, Wechsel oder Wertpapiere an jede einzelne andere Firma, mit der sie in Geschäftsverbindung steht, übersenden, einziehen und begleichen lassen. Abgesehen von der großen Zahl des dazu nötigen Personals bedürften die Banken auch eines großen Vorrats an Bargeld. Das Geld würde dabei unnötig zwischen mehreren Firmen hin- und herlaufen, was durch Berechnung aller Forderungen an einem Ort vermieden werden kann. Der Kassendverein übernimmt für seine Mitglieder diese Berechnung. Jede Firma übersendet täglich ihre Forderungen an den Kassendverein, der in seinen Büreaus das Konto der zahlungsverpflichteten Firmen belastet. Was sonst durch die tatsächliche Ueberbringung der Parianne geschehen müßte, leistet hier die einfache Buchung. Auch die nicht verrechneten Summen werden nicht durch Barzahlung sondern durch Schecks des Kassendvereins ausgeglichen. Welche Erparnis an Bargeld und Zinsen dadurch eintreten, mögen die Ziffern für 1912 zeigen. Es wurden insgesamt für 24,6 Milliarden Mark Anweisungen eingeliefert und davon 22,4 Milliarden oder 91 Proz. durch bloße Verrechnung ausgeglichen. (Im Jahre 1893 betrug die Gesamteinlieferungen erst 8,5 Milliarden.) Der Gesamtumsatz der Bank stieg gegen das Vorjahr von 69 auf 72 Milliarden. Brutto- und Reingewinn stiegen ebenfalls; die Dividende wurde von 6 1/2 auf 7 Proz. heraufgesetzt.

Scheckstempel und Scheckverkehr.

Während in nichtdeutschen Staaten der Scheckverkehr stark entwickelt ist und immer mehr zunimmt, ist in Deutschland auch im letzten Jahr der Scheckumsatz wiederum zurückgegangen. Diese Tendenz widerspricht der natürlichen Entwicklung, denn mit der Zunahme der wirtschaftlichen Umläufe müßte auch die bargeldlose Ausgleichung der Zahlungen auf dem Wege des Scheckverkehrs wachsen. Der Rückgang in Deutschland wird nur durch die 1899 geschaffene Wechselstempelsteuer verursacht; er ist rein politisch, nicht ökonomisch bedingt. Im Jahre 1910 wurden noch 38 Millionen Stück Scheck und Bankquittungen versteuert; im Jahre 1911 waren es nur 31,7 Millionen und im vergangenen Jahre gar nur 30,8 Millionen. Berücksichtigt man dabei, daß seit 1910 das Wirtschaftsleben kräftiger auslebte und das verfloffene Jahr eine Hochkonjunktur zeitigte, dann ist der Rückgang um so auffälliger. Uebrigens durchkreuzt diese Steuer, die dazu nur die geringe Summe von 3 Millionen M. im Jahr einbringt, das eigene Bestreben der Regierung, den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern. Die kürzlich beantragte Vermehrung der kleinen Reichsbanknoten wäre so gut wie überflüssig, wenn das Reich nicht durch den Scheckstempel die bargeldlose Zahlungsausgleichung durch Schecks einschränken würde. Auch in diesen kleinen Dingen zeigen sich die Schädigungen der Reichsfinanzreform.

Aus der Frauenbewegung.

Jiu-Jitsu als weibliches Erziehungsmittel.

Zu dem Programm des Stadtfrauentages, der am Sonntag in Berlin stattfand, gehörte auch eine Uebung in Jiu-Jitsu. Die bürgerliche Presse weih darüber zu berichten, daß zu den Spielen — und zwar als eine Art Höhepunkt — die Vorführung des Jiu-Jitsu, des bekantnen japanischen Ringkampfes, gehörte. Die verschiedenen Griffe, die sich gerade nicht durch zarte Behandlung des Angegriffenen auszeichnen, sollen von den jungen höheren Töchtern sehr erakt ausgeführt worden sein. Wie beglückwünschend die bürgerliche Welt lebhaft zu dieser neuesten Erziehungsmethode für junge Mädchen und hoffen, daß die erlauchten Juchauerinnen Gräfin Dohna-Schlobitten, Frau v. Doylgarten, Frau v. Gierke u. a. mit regem Interesse und vieler Freude den grazios-weiblichen Bewegungen gefolgt sind. Daß die Damen für das Leben in unseren Arbeiterjugendheimen weniger Sympathie hegen, ist und bei der ganz andersartigen Beschäftigung der proletarischen Jugend jetzt voll verständlich.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Die Ueberwindung der Nervosität durch Erziehung. Unter diesem Titel veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht einen Zyklus von fünf Vorträgen. Referentin: Kathi Log. Diese Vorträge werden vor allem die Erziehung in den grundlegenden ersten sechs Lebensjahren behandeln. 1. Vortrag: Gesunde Lebensbedingungen für das Kind, Mittwoch, den 5. Februar, 8 1/2 Uhr, im Humboldtsbräu, Tauentzienstr. 7. Zyklusarten für 2 M., Einzelkarten für 50 Pf. an der Abendkasse.

Briefkasten der Redaktion.

- Die juristische Sprachschule findet Ende März 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmahnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprachschule vor.
- B. R. 26. 1. Ja. Der freihändige Verkauf ist ohne Zustimmung des Schuldners nicht zulässig. 2. Kosten richten sich nach dem Wert der Gegenstände. — E. 2. Ein Scheidungsgrund scheint, soweit ersichtlich, nicht vorzuliegen. Sie können nur nach beim Amtsgericht vorausgesetzten Wohnverhältnis Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft erheben. — A. 8. 1. Unseres Erachtens ja. 2. Nein. 3. Ja. Sie können es auch selber besorgen. 4. Solange erreichbar, können Sie Privatklage erheben. 5. Den Bescheid können Sie empfangen. — Wedding 500. Bei einem solchen Anlaß ja. 2. Uma eine Woche. 3. Ohne Beweismittel nein. 4. Die Ausgabe der Zeitung würde voranschreitend möglich sein. — B. R. 25.25. Das können wir nicht auf uns nehmen. Gemüthliche Waghalsigkeit. — W. R. 27. Wir würden nicht Mitglied werden. — C. C. 15. Tierarzneischule, Lützenstraße. — Vemel. Hofstraße 7. Dienstag, Mittwoch und Freitag von 7-9 Uhr. — W. M. 21. Auf dem Volksbildungsheim. Kosten gering. — S. K. 100. Mit warmem Seifen- oder Sodawasser so lange bürsten, bis die Haare, die auf ein Brett gemittelt sind, rein ist. — Unzufrieden 12. Die Institute sind Landesanstalten. Der König teilt aus der Initiative einen größeren Zuschuß. — B. 70. Aber, aber vielleicht lassen Sie sich im Zoologischen Garten auslasten geben. — P. 2. 333. Wenn Sie in einem gewerblichen Betriebe tätig sind, die Kasse des Berufs. Neben Sie sich bei der Offenbacher Brauerei, Hinz, Prinzenstr. 66. — P. M. 7757. 1. und 2. Nein. — B. 3. 12. Mit einem Arzt sprechen. — Streitfrage. Die Summe ist wie angegeben, genannt. — E. D. 43. Schreiben Sie an das Städtische Bauamt. (Befehl nach Zählbuch). — J. G. R. 3923. Technische Hochschule, Charlottenburg, Reiner Straße. — D. R. 218. Die Ursachen können verschieden sein, fragen Sie einen Arzt. — A. 2. 26. Uns ist die Gesellschaft nicht bekannt. — M. J. 28. Freier Radebund, Geschäftsstelle: Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Strasse bei Dölle. — J. M. 100. Der Rhein. — M. S. 57. Die Bedingungen, unter denen Lehrlinge in die Gemeindevverwaltungen eingestellt werden, sind verschieden. Sie erfahren durch direkte Anfrage. — P. B. In der Nacht-Vorbildungsschule, Langestr. 33, Dienstag und Freitag von 7 1/2 Uhr ab. — M. S. 111. Stellungsbepanation des Magistrats, Poststr. 1b. Dort erfahren Sie das Nähere. — G. R. 18. Im Buchdruck, II. Teil, finden Sie diese Zeitungen. — G. B. 3. Die Aufgabe kann der Briefkasten nicht haben. — G. 19. Schulleiter: Caffé, Reutbahn, Koller-Friedrich-Str. 207. Von 11-12 Uhr. — M. R. 100. Sprechen Sie mit dem Rektor oder dem Klassenlehrer des Kindes. Wir können das von hier nicht beurteilen. — C. R. 29. Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht Charlottenburg, Dandemannstr. 3. — P. S. C. 17. Wille der Ober, also etwa 45 Jahre. — Str. G. 42. Durch Ansuchen oder Bescheid des Postamts. — M. S. 1000. Uns nicht bekannt. — P. R. 42. 1. Das Gesetz wurde am 27. Januar 1906 angenommen. 2. 3000 M. 3. Unbekannt. Jedenfalls nicht aus Staatsmitteln.

Siems Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichts-Chemiker, enthält „Siems Kraftfleisch“ alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überträgt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

MOSLEM



Die neue „Problem“ Cigarette

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin. Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt Norden, 2438. Achtung! Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügungen ufm. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12. Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal grau und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzufallen.

Kios Cigaretten. Kurprinz 3 Pfg, Fürsten 4, Welt-Macht 5, Auto-Klub 6, Aero-Klub 10. Kleine Berliner Stück 2 Pf.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Dadescher Markt 4 (Bahnhof Börje), Sonntag geöffnet.

Geiragene Herrengarderobe. Leibhaus Brunnenstraße 70. 28388*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche sportbillig, Pfandfleischhaus Rührerplatz 7. 29318*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20—40 Mark, Jolen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Germanicus u. Biondehaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extra-billige Jacketanzüge, Wetrodanzüge, Winterpaletots, Herrenmäntel, Herrenhosen, Hefenauswahl, Pelzkleid, Kleidermacher Bettenverkauf, Besondere Billigkeit, Aussteuerbetten, Kissen, Federbetten, reichhaltige Portierenlager, Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Tischdecken, Steppdeckenlager, Goldschmied, Lackwaren, Sanduhren, Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

Teppiche! (leiblichste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhof Börje. (Leiter des Vorwärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Wetten. Stand 9.—, Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Zeiterbahnen und Weiden verkauft Prinzessinnenstraße 12, III links.

10 Prozent Rabatt im Inventurausverkauf. Totalausverkauf von angeführten Gardinen, Stores, Rändergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt sabelhaft billig.

Gardinenreste. Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 ufm. C. Weisenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Reisbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Tischportieren, Radrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 ufm. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinwanddecken, Tischdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Simlisseide vornehme Ausführung 3,75, 4,55, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 ufm. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Dwanddecken, zurechtgeleitet 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Küchertische, Möbeltische, Einleumische, Schlafdecken und Reisdecken, sabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 29118*

Simlisseidene Steppdecken 4,15 (Seibenerlag), Kollas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grauhaarig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,55. Inventur-Küchertische, Teppichhaus Emil Lehndorff, Drantenstraße 158. 29528*

Englische Wohnungseinrichtung. Stube, herrliche Küche, alles neu, sabelhaft billig. Was, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts.

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kaufpreis, Zinsvergütung, keine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Adlerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbelhandlung Karlsruherstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärts*-leiter 3 Prozent Rabatt. 368*

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. In jedem Stück deutscher Preis. Lieberverkäuferin und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Mühe. Möbelgeschäft W. Goldmann, Joffenstraße 38, Ecke Grenienstraße. 29018*

Möbel-Cohn. Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungseinrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Percusszimmer. In bunten Farben vielreihige Auswahl. Lieferung auch nach auswärts. Abzahlung monatlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Mühe für den Käufer und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Interests erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag 12—2 geöffnet. 29008*

Küchenwirtschaft. moderner Stil, aparte Küche, sabelhafter Gelegenheit. Kennerts Möbel- und Tischlergeschäft, Polyringerstraße 55, Rosenhaller Platz. 168*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung gehen Wirtschaften und einzelne Stücke an Kredit unter äußerster Breitenhaltung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten lauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Eckhäuser Saalhof). *

Möbel-Kolte. Bestenommene Möbelstücke liefert Herr Kolte, Speise- und Schlafzimmer, sowie Ein- und Zweizimmerwohnung mit Küche von 200 Mark an (Teilzahlung gestattet), zu Katalogpreisen mit geringem Aufschlag. Transport frei. Verleihen gemeinsame Möbel besonders billig. Hermann Kolte, Köpferinnungsmeister, Plönschstraße 38/39. *

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen jeder Preisliste in großer Auswahl, fünf Etagen, billig, geborgen und sonnenhell. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trochtem streng reelle Kassa- und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejzende, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 214

Musikinstrumente.

Pianos. Harmoniums. Klänge jeder Preislage, gebraucht 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 5348*

Piano. billig, Anglerstraße 15 I, links, Schönhauser Allee. 772

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgend billiger als direkt Fabrik bei Bildersogdan, Weinmeisterstraße 2. 22488

Fahrräder.

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin“ hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerstraße 29, allergrößte Auswahl und sabelhaft billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29.— an, mit Gummi 35.—, 42.—, 48.—, 55.—, Gebrauchte 10.— an. Landdecken 1,75 an, Gebirgsreifen mit extra harter Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50, Luftschläuche 1,75, 2,25, 3.—, Sattel 1,45, Korbbletern mit großer Riemle 1,50, 1,75, 2,25, 3,50, Dellen 0,65, 1.—, Radfahre 0,60, Gepäckträger 0,60, Pedale 0,65, Ketten 0,65, Engländer 0,20, Schraubenschlüssel 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billig. Emallierung 3,50, Vernickelung, Elektrische Lichtlampen und Lichtschalterzeuge. *

Fahrräder. Teilzahlungen, größte Auswahl, billige Preise. Kottbingerstraße 40. Hülken: Steglitz, Schloßstraße 116. Bismarckdort, Umlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 12008*

Kaufgesuche.

Göckstahl. Retalle, Fahrgestelle, Kabinabfälle, Gold, Silber, Duedelber Metallschmelze Christian, Kopenstraße 20a (gegenüber Rautenfelstraße). 112*

Platinabfälle. alte Goldschmied, Bruchgold, Silber, Gefälle, alte Uhren, Redergold, Goldwägen, Duedelber, Stanniol, sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände lauft Groß, Chemikalien, Berlin S. Ademsenerstraße 29. Teleph. Nostitzplatz 6958. 29048*

Platinabfälle. Gramm 5,70, Kilogramm, Silber, Fahrgestelle, Stanniol, Duedelber bis 3,85 lauft höchstehend Wämel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. 73*

Stanniol. Retalle, Spezialgeschäft, Eberstraße 66. 578*

Platinabfälle. 5,60, Fahrgestelle, Goldschmied, Silber, Duedelber, Stanniol höchstehend Wämel, Kottbingerstraße 10. 22406*

Fahrgestelle in Rauslauf, Gold, Silber und Platin lauft pro Jahr bis 50 Pfennig und für Platin sabelhaft höchsten Preis. Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor, (Teleph.) 7638*

Kaufe Frauendare.

ausgezeichnete, sabelhafte Preise. Kassa, Reutbahn, Eberstraße 3.

Silbergeschmelze lauft gegen beste Bezugsquelle Gold, Platin, Fahrgestelle, Duedelber, Stanniol, Standgold, Vollerfüllt. Sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, sowie alle Retalle. Wm. Marie Neper, Kur Kopenstraße 157. 29558*

Mägen. Briefmarken lauft Grohmann, Spandauerstraße 2. 213*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittenen, einzeln oder im Paare, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. S. Woientz-Vielhnecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Fahrradführer. Mercatorium, Eberstraße 11/12, am Reutplatz. Gründliche Ausbildung als Radfahrer für Zentralheizung und als Fahrradführer auf alle Systeme. Näheres Honorar. Anschließend persönliche Prüfung. 29448*

Technische Lehranstalten Hoppe, Berlin, Rathenstraße 13. 200161*

Technische Kurse Regierangsbaumeister Dr. Werner, Inhaber, Schmelz-Akademie, Berlin, Reanderstraße 3 und Rathenowerstraße 3.

Dr. Ing. Werner's technische Kurse, Berlin, Reanderstraße 3, und Rathenowerstraße 3. 58*

Verschiedenes.

Bestellungen. Große Frankfurterstraße 67. 19738*

Vorantwahr Seigel, Gütchenerstraße 94a.

Vorantwahr Müller, Gütchenerstraße 81. 24398*

Kunstkopierer von Jan Kolosch Schachtelstr. Kurze 8 III.

Wandbleche Heinersdorferstraße 14, nahe der Reichswehrstraße. 16955*

Strümpfe werden neu- und angefertigt.

Verkauf von Wolle, speziell Schweizerwolle, Strümpfen auf Maschine leicht gründlich. Verkauf von Strümpfmäschinen erhaltlich. Clement, Raminstraße 27. 25388*

Teled. -Gefühle. Schläger auf Schläger! Bornholmerstraße 1a. *

Handwäscherei Frau Kuback, Köpenick, Flemmingstraße 9, nächst schönbr., lauter Kalen, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Kein Verkauf. Abholung Donnerstags. 23148

Handwäscherei Deike, Köpenick, Dahnherstraße 1, liefert sabelhaft im Freien getrocknet, glücksel. Kalen, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung täglich. 20190

Vermietungen.

Geschäftskeller mit Wohnung Kopenstraße 104. 22905*

Restoration. hohes Geschäft, Percusszimmer, Keller vermietbar. Wegen Schließung Bahnhof. Offerten Postlagerkarte 22, Postamt 17. 742

Wohnungen.

Kleine Wohnung. Andrastraße 70.

Balkonwohnung. zwei Stuben, Küche, Gartenhaus 2 Treppen, 32,00, ruhiges Haus, kleine Parkstraße 3.

Zimmer.

Gut möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. Auguststraße 51, vorn III rechts (Nähe Rosenthalerstraße). 73*

Mietsgesuche.

Sofort einlad. möbliertes Zimmer gesucht, allein, im Süden oder Norden bis Straßburgerstraße. Offerten mit Preisangabe an U. Wiler, Rasmundstraße 22, vorn portiere links. 763

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Kaufbische für Nachmittagsverlang Schulz, Reichenbergerstraße 166.

Gärtner, welcher auch gut hant und wech löten kann, verlangt Metzwaren-Fabrik, Charlottenburg, Reichstraße 42. 2017

Zigarren-Verkauf gesucht Admirastraße 9. 23215

Mamiels auf Radetts verlangt Kump, Grotpolstraße 6. 2017

Unterhaltenarbeiterinnen, im anheim Hause, verlangt Frau, Baumsehnenweg, Reichstraße 248. 588

Kinderlehrer-Belehrerinnen verlangt Lange, Eberstraße 2 III.

Mamiels auf Standmütel sucht Stebel, Schlemmerstraße 21. 472

Kinderlehrer-Belehrerinnen Reindendorf-Pl., Herbststraße 26. 150

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Mühlhausen i. Elsaß soll auf eine Amtsdauer von 8 Jahren besetzt werden.

Bewerbungen mit Gehaltsangaben und sonstigen Bedingungen sind, unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, bis spätestens 20. Februar dieses Jahres an den Unterzeichneten einzureichen. 204/13 Mühlhausen i. El., den 31. Januar 1913.

Der Bürgermeister. J. S. : A. Wolff, Beigordner.